

**Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS**

# rote blätter

**Herausgegeben v. Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS**

Nr. 4, 14. 1. 1972, 2. Jahrgang

1.— DM

**Jede verfügbare Maschine fli**

Jede verfügbare Maschine fliegt Brandt will Partnerschaft besonders ansprechen  
USA setzen 350 Flugzeuge gegen Nordvietnam ein US-Präsident Nixon auf dem Weißen Haus betont „sehr gute“ Beziehungen  
**Superbombe tötet selbst die Würmer**  
Mehr als 100mal schien sich in den vergangenen Monaten

#### **Hanoi: Herausforderung der Weltöffentlichkeit**

SAIGON, 27. Dezember (AP/AFP/ddp). Eine Luftarmada von 350 Kampfflugzeugen der -Luftstreitkräfte und -Marine setzte am Montag die Bombardierung von Nachschubern, Luftabwehrbatterien und MIG-Flugplätzen in Nordvietnam rund um die Uhr fort. -- <sup>... Luftangriffe von US-Präsident Nixon als</sup>  
**Brandt: Ausgezeichnete Beziehungen über**  
aufz der Danktelegramm an Nixon / „Wie zur Zeit von Adenauer und

Radio H BONN, 30. December (AP/dpa/EP) In London, G. W.

Radio H BONN, 30. Dezember (AP/dpa/FR). In griffen einem Telegramm an den amerikanischen geuge Präsidenten Richard Nixon hat Bundeskanzler rden. D Willy Brandt „tiefe Genugtuung“ über das be- er gefa stehende Einvernehmen zum Ausdruck ge- ischinen bracht. „Ich habe aus meinen Gesprächen mit noi ang Ihnen die feste Überzeugung gewonnen, daß zhaus sc die deutsch-amerikanische Zusammensetzung sei sowohl im Rahmen der  
wiesene Gastfreundschaft und Glückwünsche zum Jahreswechsel aus.  
In seinem letzten Gespräch mit Präsident Nixon betonte Bundeskanzler Willy Brandt, daß die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik „ausgezeichnet“ seien und einen  
1 den Zeiten  
ster Dulles

## Nobelpreis an Brandt verliehen

In Oslo als Friedens- und Versöhnungskanzler geehrt

zu unserem Redakteursmitglied Anton Andreas Guha

**schafft besonders ansprechen**  
ant Nixon auf! Weißes Haus betont „sehr gute“ Beziehungen  
**Superbombe tötet selbst die Wirt**

und mit 5,6 Tonnen geleeeartigem Brei aus Ammoniumnitrat und Aluminiumpulver gefüllt.

Das Pentagon, das Verteidigungsministerium, in Washington lehnt jede Auskunft darüber ab, ob die Bombe bei den derzeitigen Luftangriffen gegen Nordvietnam eingesetzt wird. Nach Angaben der beiden Wissenschaftler, die sich in einem am 9. Dezember im Kongressprotokoll veröffentlichten Bericht auf amerikanische Militärstellen beziehen, habe es bis-





## Michael Maercks 1972 gemeinsam für Demokratie und Frieden

Am 28. Januar wollen die Ministerpräsidenten der Länder weitere Maßnahmen gegen die Einstellung von Kommunisten und Sozialisten in den öffentlichen Dienst beraten. Wer wie DKP und Spartakus — so heißt es zur Begründung — eine revolutionäre Veränderung der großkapitalistischen Machtverhältnisse anstrebt, der sei Feind der Verfassung und Demokratie.

DKP wie Spartakus haben in der Tat einen anderen Demokratiebegriff wie jene Herren. Sie sagen gegen wen und für wen Demokratie zu verwirklichen ist; sie sagen: Das Großkapital ist aus seinen Ausbeutungs- und Profitinteressen heraus Feind jeder Demokratie.

Wann jemals haben die Krupp, Stinnes, Abs und Thyssen für die Demokratie, für die Rechte des Volkes gekämpft? Wo immer das Großkapital herrschte und herrscht, ist es darauf aus, demokratische Rechte abzubauen. Krupp paktierte mit der kaiserlichen Reaktion, Thyssen, Flick und die IG-Farben paktierten mit Hitler. Auf den Blutaltären ihrer Superprofite verreckten die Toten zweier Weltkriege. Millionen mußten fallen, damit die Kurse stiegen. Dieselben IG-Farben, die in Auschwitz-Monowitz aus den KZ-Sklaven ihre Gewinne preßten (wer nicht mehr arbeitsfähig war, ging ins Gas), konnten in der BRD ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen wiederherstellen, — durch den Bruch des Potsdamer Abkommens, durch den Bruch der Verfassung, — mit Hilfe derselben CDU/CSU, die uns heute am lautesten als Verfassungsfeinde verleumdet.

Dagegen war es schon immer die Arbeiterklasse, es waren Kommunisten und Sozialisten, die am entschiedensten für Demokratie und Frieden gekämpft haben und die dafür die größten Opfer gebracht haben. Das war unter der Herrschaft der preußischen Junker so, das war so in der Weimarer Republik, das war so zu Zeiten des Faschismus.

Die Volksrechte, die sich die Arbeiterbewegung und andere demokratische Kräfte im Kampf gegen die Diktatur des Großkapitals errungen haben und die im Grundgesetz verankert sind, sie werden heute wieder von Kommunisten und Sozialisten verteidigt gegen das Großkapital und seine Parteien. Die Perspektiven eines gesicherten Friedens in Europa — sie wurden erstritten gegen das Großkapital und seine aggressiven Rollback Politiker. Die Arbeiterklasse, die Jugend, alle Demokraten müssen weiterhin dafür sorgen, daß die Bäume der Volks- und Friedensfeinde nicht mehr in den Himmel wachsen. Deshalb stehen der Kampf für friedliche Koexistenz, gegen den Antikommunismus, gegen den massiven Angriff auf die demokratischen Rechte der Arbeiter und der Studenten im Mittelpunkt dieses ersten Heftes der Roten Blätter im neuen Jahr.

- 2 Michael Maercks: 1972 gemeinsam für Demokratie und Frieden
- 3 1972: Rotes Licht für Kalte Krieger
- 6 Der Charakter des Grundgesetzes
- 8 Bilanz des sozialistischen Eigentums in der DDR
- 9 VDS-ISB-Seminar in Hamburg
- 11 Zu Gast in den „roten blättern“: Stephan Albrecht: SHB konsolidiert
- 12 Demokratische Lehrinhalte: Reform der Juristenausbildung
- 14 Waffe gegen die Reaktion: Protokoll des VII. Weltkongresses
- 15 WRK-Präsident: Marxistischen Fragestellungen nicht verschließen
- 16 Noch eine Togeburt: Über den „K“SV und die Roten Zellen
- 24 Aus dem Kapitalismus kann man nicht einfach aussteigen: Fragen der Lehrlingsbewegung
- 26 Ein Kapitel Klassenkampf: Zum Metallarbeiterstreik
- 27 Grundsätzliches zur Mitbestimmung
- 30 Sechzig Hummer...
- 31 Bangla Desh: Entwicklung eines Krisenherdes
- 32 Was sich Ultra„linke“ unter demokratischem Kampf vorstellen
- 34 Aus den Hochschulen: Spartakisten an der Seite der streikenden Metaller
- 36 Büchervorschläge: E. Weinert: Bei Dichters

---

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur:

Roland Lang (verantw.)

Redaktion:

rote blätter

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS

53 Bonn, Sternenburgstr. 73

Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn

Konto-Nr. 10 14 14 40

Druck: K. F. Nohr, Lahnstein

# 1972: Rotes Licht für Kalte Krieger

## Arbeiter und Studenten für Friedenspolitik und Überwindung des Antikommunismus

Selbst Quiz-Sendungen im Deutschen Fernsehen beginnen schon, sich mit der jüngsten Entwicklung der Ost-West-Beziehungen zu be-

Es bedarf keines großen Rätselraths, um festzustellen, weshalb das Interesse an außenpolitischen Fragen, die Sympathie für Entspannungsschritte zunimmt: die Konfrontation der Militärblöcke in Europa sichert nicht den Frieden, sondern gefährdet ihn permanent, und verschlingt

fassen. Und Meinungsumfragen haben ergeben, daß die Westberlin-Vereinbarungen von allen politischen Ereignissen des vergangenen

Jahres auf das größte Interesse bei der westdeutschen Bevölkerung gestoßen sind, — mit überwiegend positivem Echo.

Der Kampf für einen gesicherten Frieden in Europa wird attraktiver, und ein Blick auf das Jahr 1971 zeigt: das Ziel ist realistisch. Die Westberlin-Regelung brachte mehr, als in den Vertragstexten steht: sie räumte einen Großteil der künstlichen Hindernisse beiseite, die entspannungs-

Auch war das Treffen von Oreanda ein wichtiger Schritt zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD. Welche Möglichkeiten zur Weiterführung dieser ersten Ansätze bestehen, deutet sich in den Vereinbarungen zwischen Breschnew und Pompidou über



Rund 2500 vorwiegend Jugendliche nahmen an dem von der SDAJ und dem MSB Spartakus getragenen „Kongreß der Jugend gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg“ im September 1971 teil, auf dem repräsentative Teile der arbeitenden und lernenden Jugend in der BRD für eine Politik der Demokratisierung und des Friedens demonstrierten.

zudem gerade in der BRD die Mittel, deren Einsatz im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und des Wohnungsbaus lebensnotwendig wäre. So ist es auch kein Zufall, daß Forderungen wie „Bildung statt Bomben“ im Mittelpunkt der studentischen Demonstrationen vom 1. Dezember gestanden haben.

feindliche Kräfte, vor der Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aufgetürmt hatten. Zugleich erleichterte die Vereinbarung den Abschluß des Transitabkommens zwischen der DDR und der BRD, in dem die Bundesregierung erstmalig in einem völkerrechtlich gültigen Abkommen mit der DDR die Grenzen der DDR anerkannt hat.

die sowjetisch-französischen Beziehungen an. Alles in allem: die Kräfte, die auf Entspannung drängen, werden stärker. Die Friedenspolitik beginnt auch im Westen Fuß zu fassen; ein Zurück zum Kalten Krieg ist zwar noch nicht ausgeschlossen, aber bedeutend erschwert.

## Der Fahrplan steht

In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, daß es den Kalten Kriegern nicht mehr so recht gelingen will, daß Friedensprogramm der Sowjetunion, das auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU zusammengefaßt vorgetragen wurde, als einen taktischen Schlenker und diplomatischen Trick der UdSSR hinzustellen. Die KPdSU verweist zu Recht auf die lange Tradition ihrer Friedensprogramme, deren Auftakt das Friedensdekret von 1917 und die Abgürtungsvorschläge von 1922 waren. Auch ist die Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz nicht neu: bereits 1954 schlug die Sowjetunion die Einberufung einer derartigen Konferenz vor, als Alternative zur Zementierung des Kalten Krieges. Die Ablehnung dieses Vorschlags durch die westlichen Regierungen gab übrigens erst den Anstoß zur Bildung des Bündnissystems der sozialistischen Staaten („Warschauer Vertrag“), nachdem die NATO schon im Jahre 1949 gegründet worden war.

So liegt es auf der Hand, daß weitere Fortschritte in der Friedenspolitik jetzt vor allem vom Westen abhängen. Die Einhaltung der Zusage Willy Brandts, „Die Verträge werden ratifiziert“, wird dabei ein wichtiger Prüfstein für die Entspannungsbereitschaft der Bundesregierung sein. Im internationalen „Fahrplan“ für das Jahr 1972 hat die Bundesregierung die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und Polen bis Mai angekündigt.

## Der Zug fährt nicht automatisch

Doch die Präzision von Fahrplänen bürgt bekanntlich keineswegs für die Pünktlichkeit der Züge. Es wäre gefährlich, wollte man heute, angesichts der bisherigen Schritte auf dem Weg zur friedlichen Koexistenz in Europa, auf einen Automatismus der Friedenspolitik vertrauen. Bedeutende Kräfte in den NATO-Staaten wollen die Spaltung Europas in feindliche Militärblöcke verewigen und die Völker in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückzerren. Oberste Maxime dieser aggressiven NATO-Kräfte ist die Untergrubung der sozialistischen Staatengemeinschaft, oder, mit den Worten Rainer Barzels auf dem CSU-Parteitag: „Grenzen aufmachen und nicht zementieren“. Im Sinne dieses unrealistischen, abenteuerlichen Kurses ist das klare Nein von Strauß, Barzel und Schröder zur Ratifizierung der Verträge zu verstehen. Es wäre in höchstem Maße leichtsinnig, die Gefahr zu übersehen oder zu bagatellisieren, die von den Versuchen der CDU/CSU ausgeht, eine breite innenpolitische Front gegen die Ratifizierung der Verträge zu mobilisieren.

Das Problem der Ratifizierung ist deshalb keine „rein außenpolitische“ Frage und beschränkt sich schon gar nicht auf parlamentarische Mehrheitsverhältnisse. Die stärkere Profilierung der CDU und der CSU als Kampfparteien, die nationalistische und antikommunistische Hetze sollen

vielmehr zur Bildung eines aktiven Rechtsblocks beitragen, der auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens der BRD — bis hin zu den Hochschulen — demokratische Rechte beschleunigt abbaut und Ansätze fortschrittlicher Entwicklungen im Keime erstickt.

## Die Verträge verwirklichen heißt, die Rechten bekämpfen

Nichts anderes als diese enge Verklammerung von aggressivem Kurs in der Außenpolitik und Rechtsentwicklung in der Innenpolitik hat Rainer Barzel im Auge, wenn er in seiner programmatischen Rede auf dem Saarbrücker CDU-Parteitag über die NATO sagt: „Das Bündnis schützt eine Demokratie, nicht nur ein Territorium“.

Dieser Wink mit dem Stacheldraht a la Griechenland schreibt allen fortschrittlichen Kräften, auch der Studentenbewegung zwingend vor: der Kampf um die Ratifizierung der Verträge ist gesellschaftspolitischer Natur; er kann nur dann gewonnen und die parlamentarische Ratifizierung nur dann gesellschaftspolitisch dauerhaft abgesichert werden, wenn es gelingt, den Block der Rechtskräfte mit seinem Programm des Nationalismus und des Abbaus demokratischer Rechte zurückzudrängen, wenn es gelingt, den Antikommunismus zu überwinden.

## Das Zitat des Jahres

**Wir haben keine hinreichende Aussicht, einen Krieg auszuhalten, ja nur zu überleben; wir sind darauf angewiesen, ihn zu verhindern... Unsere gefährdet geographische Lage und unsere ungelösten nationalen Probleme machen diesen Zustand für Deutschland gefährlicher als für andere Länder und machen damit Deutschland für die Welt zu einem noch nicht ausgeräumten Gefahrenherd... So stellt sich nach unserer Überlegung die direkte und unausweichliche Forderung, daß die Sicherung des Weltfriedens durch politische Schritte geschieht...**  
(Karl Friedrich von Weizsäcker in der Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“, Hansen-Verlag)

Dieses Aktionsprogramm ist umso zwingender vorgeschrieben, als die Bundesregierung durchaus nicht geradlinig und schon gar nicht im Selbstlauf den Kurs auf eine gesicherte europäische Friedens-

## NATO verschärft Rüstungskurs

Zu diesen Hindernissen gehört vor allem die von Helmut Schmidt forcierte Auf- und Umrüstung der Bundeswehr, die in diesem Jahr über 25 Milliarden DM verschlingen wird. Zusätzlich dazu hat sich Ordnung verfolgt.

die Bundesregierung für einen Jahreszeitraum zur Zahlung von Unterstützungsleistungen an die US-Armee in Höhe von 6,6 Milliarden DM verpflichtet.

Für 1975 hat Schmidt schon Rüstungsausgaben in Höhe von 31 Milliarden DM angekündigt. Es ist Schmidt im Verein mit seinem US-Kollegen Laird gelungen, auf der jüngsten NATO-Tagung in Brüssel gegen den Widerstand einer Reihe von kleinen und mittleren NATO-Staaten das Bündnis auf die Fortsetzung dieses militärischen Kurses einzuschwören.

Das Gefährliche an dieser Politik — abgesehen von der Verschleuderung immenser Reichtümer — ist nicht nur die beschleunigte Zusammenballung zerstörerischen Potentials in Mitteleuropa. Gefährlich ist auch die Fixierung auf die alten NATO-Doktrinen, die die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa nur auf dem Boden der militärischen Konfrontation zweier Blöcke und des „Gleichgewichts des Schreckens“ sehen können. Auch Willy Brandt kann sich ein europäisches Sicherheitssystem noch nicht als einen kollektiven Gewaltverzicht zwischen souveränen Staaten vorstellen, sondern er will, wie er in Oslo sagte, „zu einem Sicherheitssystem in Europa kommen, das die Blöcke in gewisser Hinsicht überlagert“, das also auf der Beibehaltung der Blöcke basiert.

Demgegenüber führen die im vergangenen Oktober von Brezhnev und Pompidou unterzeichneten „Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich“ vor Augen, daß die realistischen Perspektiven der europäischen Entspannung heute schon viel weitergehender sind: Die UdSSR und Frankreich „werden mit allen Mitteln zur Lösung des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, vor allem der nuklearen Abrüstung, zur Überwindung der Spaltung der Welt in militärischen Gruppierungen... beitragen.“

## Friedenspolitik innenpolitisch sichern!

Zweifellos hat die Bundesregierung bisher einen Realismus in der Einschätzung der Lage in Europa und der Erfordernisse einer kollektiven Friedensregelung erkennen lassen. Doch bei aller Zuversicht in diese Ansätze von Realismus wäre es grundverkehrt, die Einberufung der Sicherheitskonferenz und dann ihre Beschlüsse als Ergebnisse von Verhandlungen und Regierungsebene abzuwarten. Denn dies hieße nichts anderes, als die Gestaltung einer europäischen Friedensordnung von den taktischen Spekulationen des Großkapitals und der NATO-Politiker abhängig zu machen.

Im Kern geht es doch bei allen Auseinandersetzungen um zwischenstaatliche Beziehungen in Europa um die Gestaltung des Zusammenlebens der Völker. Es war letztendlich die Abneigung der Völker, erneut zu den Leidtragenden kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa zu werden, die das Ausbrechen eines Krieges in den 50er und 60er Jahren verhindert hat. Deshalb werden künftige Friedensregelungen in Europa so ver-

bindlich und so dauerhaft sein, wie sie von den Völkern, in erster Linie der Arbeiterbewegung bewußt getragen werden.

## Das beste Friedensinstrument: Der Kampf der Arbeiter

Die schnellstmögliche Einberufung der Sicherheitskonferenz und die Gestaltung eines dauerhaften Systems der kollektiven Sicherheit in Europa werden also kein Geschenk des Himmels oder der Regierungen sein: es sind erstrangig Kampfaufgaben für die Arbeiterbewegung und nicht zuletzt für die Studentenbewegung. Denn die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems schafft wiederum günstige Voraussetzungen für die fruchtbare Zusammenarbeit der europäischen Länder auf allen gesellschaftlichen Ebenen: die gesamt-europäische Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet vor allem im Bereich des Umweltschutzes und des Gesundheitswesens, wird sich dabei sehr rasch zu einer Lebens-, besser: Überlebensfrage für jeden einzelnen von uns entwickeln.

Es entspricht deshalb den Erfordernissen der gesamt-europäischen Entwicklung, wenn die Sozialistische Internationale (das internationale Forum der sozialdemokratischen Parteien) im vergangenen Jahr sowohl die Regierungen als auch die Völker dazu aufrufen hat, „auf die Abhaltung einer Europäischen Sicherheitskonferenz zum frühesten Zeitpunkt hinzuwirken.“

Demgegenüber ist die SPD-geführte Bundesregierung immer noch nicht bereit, ihre Entspannungsschritte auf die Friedensinitiativen der Öffentlichkeit zu stützen. Dieser — letztendlich zum Scheitern verurteilte — Versuch einer künstlichen Trennung von Außenpolitik und politischer Entwicklung im Innern wird durch einen verschärfenden innenpolitischen Antikommunismus auf die Spitze getrieben.

Ganz abgesehen davon, daß diese Kalte-Kriegs-Methoden auch die außenpolitische Entspannungsbereitschaft der Bundesregierung unglaublich machen.

## 1. April: Kampftag für Friedenspolitik, gegen rechts

Genauso unvermeidlich sind diese antikommunistischen Maßnahmen Wasser auf die Mühlen der CDU/CSU, die ihrerseits jetzt schon den Kölner Banküberfall vom vergangenen Dezember zum Anlaß nimmt, verschärfe Bekämpfung des „politischen Radikalismus“ (von links natürlich) zu fordern. Woraufhin sich die Regierung beeilt zu versichern, daß sie diese Belehrung nicht braucht.

Der Antikommunismus ist das Herzstück der Mobilisierung des Rechtsblocks durch die CDU/CSU-Führer. Er paßt haargenau in das Konzept von Strauß und Barzel,

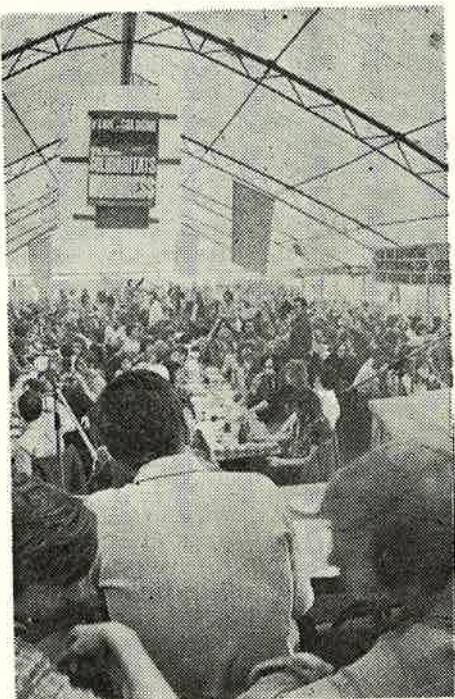
die die Entspannungsschritte der Bundesregierung unterbinden und rückgängig machen wollen. Die antikommunistischen Maßnahmen der SPD-geführten Bundesregierung und -Landesregierungen entziehen deshalb einer konsequenten Entspannungspolitik den Boden. Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte in der BRD um die Überwindung des Antikommunismus ist deshalb sowohl ausschlaggebend für die Veränderung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses als auch für die Fundierung eines dauerhaften Sicherheitssystems in Europa.

Das Jahr 1972 wird also auch für die demokratische Studentenbewegung vor allem im Zeichen des Kampfes für friedliche Koexistenz, für die Überwindung des Antikommunismus stehen. Eine wichtige Etappe wird die Beteiligung an den Aktionen für die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge, für die Zurückdrängung des Rechtsblocks sein, die in bundesweiten Demonstrationen am 1. April ihren Höhepunkt finden. Hier müssen wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden, große Teile der Stu-

zm verschaffen. Bonner Politiker wollen gerade dies verhindern, wenn sie versuchen, Entspannungsschritte nach außen mit verschärftem Antikommunismus im Innern der Reaktion mundgerecht zu machen. Als Marxisten treten wir dafür ein, daß sich die Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten auf der Grundlage des Verzichts auf die Anwendung und Androhung von kriegerischen Mitteln, also nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz entwickeln. Gleichzeitig wird sich der Kampf der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet unvermeidlich verschärfen. Wir treten dafür ein, daß auch dieser Klassenkampf in Form eines friedlichen Wettbewerbs verläuft, — ein kollektiver gesamt-europäischer Gewaltverzicht bietet dafür günstige Voraussetzungen.

Diese Form der Auseinandersetzung, namentlich auf ideologischem Gebiet, ist mit psychologischer Kriegsführung ebenso unvereinbar wie die entsprechenden Kampfformen auf zwischenstaatlicher Ebene, die friedliche Koexistenz mit dem Kalten Krieg. Friedliche Formen der Auseinandersetzung, seien ihre Inhalte noch so unversöhnlich und scharf, können die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa nicht stören.

Eine ganz andere Sache ist aber die Kriegsverherrlichung, die Propaganda von nationaler Überheblichkeit und Völkerraß, die Verleumdung, die antikommunistische Hetze. Gegen diese Arten der Auseinandersetzung gilt es vor allem im Erziehungssektor, an den Hochschulen vorzugehen. Durch die Zurückdrängung von Lehrinhalten, die den Nationalismus predigen, die Arbeiterbewegung verleumden, den Marxismus fälschen, um ihn besser bekämpfen zu können, können und müssen wir an den Hochschulen einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Verträge mit der UdSSR und Polen, zur Fundierung eines gesamt-europäischen Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit leisten.



dentenschaft an das zentrale europäische Ereignis dieses Jahres, die Einberufung der Sicherheitskonferenz, heranzuführen, um den Interessenkampf der demokratischen Studentenbewegung mit dem Kampf um Sicherheit und Zusammenarbeit in Gesamteuropa enger zu verbinden.

## Zentrale Aufgabe der Studenten: Antikommunismus bekämpfen

Dabei kommt es entscheidend darauf an, den Prinzipien der gesamt-europäischen Zusammenarbeit auch innenpolitisch, nicht zuletzt an den Hochschulen, Wirksamkeit

Diese Aufgabe verpflichtet uns, verstärkt für die freie politische Betätigung an den Hochschulen, für Mitbestimmungsrechte über die Lehrinhalte, und vor allem für das Recht auf freie Berufsausübung für Sozialisten und Kommunisten einzutreten. Damit bieten sich zugleich neue Ansatzpunkte, auf dem Weg der Aktionen vom 1. Dezember 1971, im Kampf für eine Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Dienste des Friedens, im Kampf gegen das Wissenschaftsmonopol der Herrschenden erfolgreich voranzukommen. Der Kampf um die Verwirklichung der Forderungen, die der MSB SPARTAKUS zu Beginn dieses Semesters im Aufruf des Bundesvorstandes aufgestellt hat, muß deshalb verstärkt fortgeführt werden.

# **Der Charakter des Grundgesetzes**

Verfassungsfragen sind Kampffragen. Wie in allen Bereichen hat die Arbeiterklasse auch in Fragen der Verfassung immer ihre eigenen, unabhängigen, von ihren demokratischen und sozialen Interessen ausgehenden Verfassungsgrundsätze gehabt und für diese gegen die Reaktion gekämpft. So hat die KPD schon 1939 in scharfer Absetzung von der Weimarer Republik das Programm der Arbeiterbewegung für eine neue demokratische Republik formuliert: „Die neue demokratische Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder

Das GG ist — wie alles Recht — Ergebnis konkret-historischer Kämpfe u. Forderungen der verschiedenen Klassen und Schichten; Recht, mit dem sich für antagonistisch gegenüberstehende Klassen gegenseitliche Interessen und Interpretationen verbinden. Will man die Frage beantworten, wer in der BRD die wirklichen Verfassungsfeinde sind, so muß man damit beginnen, die Forderungen und Ziele der politisch-sozialen Kräfte darzulegen, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß im Ergebnis eines breiten antifaschistischen und antikapitalistischen Kampfes im GG Prinzipien und Rechte verankert sind, die den reaktionären Kräften bis heute noch viel Sorge bereiten sollten.

## **Forderungen der KPD**

Mit dem Ziel der Wahrung der nationalen Einheit Deutschlands und zur Verwirklichung der Volkssouveränität hat die KPD nach 1945 die Verfassungsgrundsätze formuliert, die von vielen antifaschistischen Kräften geteilt wurden und für die konkrete Entstehungsgeschichte des GG deshalb von solcher Bedeutung sind: Keine Hemmung der Entwicklung zu einem einheitlichen Deutschland durch die Verfassungen ● Überführung der Grundstoffindustrie in die Hände des Volkes ● demokratische Bodenreform ● Garantie des Mitbestimmungsrechtes ● das Parlament als höchstes Verfassungsorgan des Landes ● Verhältniswahlrecht, Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid ● „die Grundrechte des Menschen müssen geltendes Recht sein, die die Regierung und die Justiz binden. Niemand darf das Recht haben, die Grundrechte außer Kraft zu setzen.“ ● Recht und Pflicht auf Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte Gewalt ● wirtschaftliche und soziale Bestimmungen gemäß demokratischen Prinzipien ● Beseitigung des Bildungsmonopols der Reichen. (2) Im Parlamentarischen Rat hat die KPD diese Forderungen ergänzt durch einen umfangreichen Katalog wirtschaftlicher und sozialer Grundrechte, der wegen der Absprachen der SPD-Fraktion mit der CDU abgelehnt worden ist. (3)

Das GG ist von diesen Forderungen entscheidend geprägt worden. Der Inhalt des

im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verfeidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einzige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen.“ (1)

Art. 1 GG und der Art. 19 und 79 GG ist nur verständlich als Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung und aller Antifaschisten: Es sollte in der Tat eine freiheitlich-demokratische Grundordnung errichtet werden, in der die demokratischen Prinzipien und Grundrechte, für die die Arbeiterbewegung viel Blut hat lassen müssen, unmittelbar geltendes Recht in allen gesellschaftlichen Bereichen sein sollten, mit absoluter Bindungswirkung an die öffentliche u. richterliche Gewalt, eine Ordnung, die auch durch das Änderungsverbot aller Grundrechtsartikel eine faschistische Diktatur unmöglich machen sollte, eine Ordnung, in der die Kräfte des Fortschritts die Macht innehaben, um die Wurzeln von Faschismus und Krieg endgültig zu beseitigen.

All dies zu verhindern, war von vorneherein Ziel und Absicht der reaktionären Kräfte im Parlamentarischen Rat, die das Potsdamer Abkommen nie als gültiges Dokument akzeptiert haben. Schon weil ein beträchtlicher Teil dieser reaktionären Kräfte vorher die Hitlerdiktatur aktiv oder passiv unterstützt hatte, mußte es subjektiv ihr Ziel sein, eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu verhindern. Dies war jedoch auch objektiv in ihrer Klassenlage begründet. Lenin hat das so ausgedrückt: „Eben die Lage der Bourgeoisie als Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt unvermeidlich ihre Inkonsistenz in der demokratischen Umwälzung. Eben die Lage des Proletariats als Klasse zwingt es, konsequent demokratisch zu sein. Die Bourgeoisie blickt nach rückwärts, sie fürchtet den demokratischen Fortschritt, der mit der Gefahr einer Erstarkung des Proletariats droht. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als Ketten, wird aber mit Hilfe des Demokratismus die ganze Welt gewinnen.“ (4)

## **Staat der Reaktion**

Die Reaktion hatte in der Tat den Blick nach rückwärts gewandt, nämlich auf die Restaurierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse von Weimar, die Faschismus und Krieg ermöglicht haben. Die Frage stand so: Entweder Wiedervereinigung in einem freien und demokratischen Deutschland oder Restaurierung

und Remilitarisierung. Die Politik der Herrschenden nach 1949 war nur möglich durch die Spaltung Deutschlands, die sie in Zusammenarbeit mit den imperialistischen Besatzungsmächten betrieben haben. Verhindert wurde die Enteignung der Kriegsverbrecher, die Entmachtung des deutschen Militarismus, die Entfernung aller aktiven Nazis aus den öffentlichen Ämtern, die von der KPD, SPD, dem DGB und anderen Organisationen geforderten wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte, weil nur diese für die Masse der arbeitenden Bevölkerung die klassischen Freiheitsrechte der bürgerlichen Revolution als Rechte der Werktagen materiell hätten garantieren können; verhindert wurde praktisch das gesamte Programm der deutschen Antifaschisten, das in der damaligen SBZ und der DDR konsequent durchgesetzt wurde. (5) Eben nur diese Kräfte um die Adenauerclique konnten schon in den ersten Sitzungen des Bundestages von 1949 die Entnazifizierung insbes. der Beamten als „nationales Unheil“, als „Gefahr für den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates in Deutschland“, als rechtsstaats- und völkerrechtswidrig bezeichnen. (6) Für die CDU/CSU war der Rechts-Staat ohne Nazis undenkbar. Die Arbeiterbewegung, die Antifaschisten forderten den demokratischen und sozialen Rechtsstaat im Sinne des GG, der den Faschismus vollständig entmachtet!

Der Staat der Reaktion zeigte nach 1949 bald sein wahres Gesicht. Die unbedingte Unterwerfung unter die imperialistischen Besatzungsmächte, die Ablehnung sämtlicher Friedensinitiativen der Sowjetunion und der DDR, Kalte-Kriegssetze, Unterdrückung der gesamten antifaschistischen Opposition, Restaurierung der alten monopolkapitalistischen Verhältnisse mitsamt dem alten Staatsapparat: All dies war nur möglich bei gleichzeitigen schweren Verstößen gegen das GG, und zwar besonders in den Fragen, in denen die Arbeiterbewegung Kampfpositionen hat erobern können. Wer die alten Machtverhältnisse restaurieren will, kann nicht bürgerlich-demokratische Prinzipien antifaschistischen Charakters durchsetzen. Wer die NATO will, kann nicht den Frie-

den wollen. Wer immer Feind der Arbeiterklasse gewesen ist, kann nicht gleichzeitig dulden, daß die Kampfpositionen, die die Arbeiterbewegung im GG verankern konnte, erhalten bleiben. - **Die Feinde der Arbeiterklasse sind immer auch die Feinde der Demokratie und demokratischer Verfassungen gewesen.** Das beweisen die folgenden wichtigsten Verstöße gegen die Verfassung:

### Vorstoße gegen das GG

- der Adenauer-Erlaß von 1950 — direkt nach dem Stopp der Entnazifizierung — verbot die Einstellung von Mitgliedern der KPD und anderer demokratischer Organisationen im öffentlichen Dienst entgegen Art. 3 Abs. 3 und Art. 33 GG; der Verfassungsauftrag wäre gewesen, gem. Art. 139 GG alle aktiven Nazis zu entfernen;
- Remilitarisierung und allg. Wehrpflicht: Verstoß gegen die Friedenspflicht des Art. 26 GG, der auch die Rollback-Strategie und die sog. „Vorwärtsverteidigung“ als verfassungswidrig verbietet; (7)
- die Aufnahme in die NATO und die EWG, an die wesentliche Souveränitätsrechte abgetreten wurden;
- die Notstandsverfassung, die nach dem Vorbild der Militärdiktaturen in Spanien und Griechenland geschrieben ist;
- die Finanzverfassung, die die Selbstverwaltungsrechte der Länder und Gemeinden entgegen Art. 79 Abs. 3 GG u. a. weitgehend aufhebt;
- die Umdeutung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gem. Art. 2 GG in ein Recht auf kapitalistische Ausbeutung;
- die Beschniedigung der Rechte der Parlamente und ihre weitgehende Entmachtung zugunsten der Exekutive und der Monopolbürokratie.

Gegen diese reaktionären Änderungen des GG hat die westdeutsche Arbeiterbewegung — die KPD als ihre konsequenterste politische Kraft, der DGB als ihre Klassenorganisation, und Teile der SPD — immer ihre unabhängige demokratische Alternative formuliert.

Die Arbeiterbewegung hat bewiesen, daß sie die wahre Hüterin der Verfassung ist, daß sie das GG mit lebendigem, demokratischem und zukunftsweisendem Inhalt füllen kann, daß sie die historisch-revolutionäre Kraft ist. (8) Überdeutlich wurde das in den Kämpfen gegen die Remilitarisierung, gegen den Atomtod, gegen die politische und geistige Unterdrückung der CDU-Regime, gegen das KPD-Verbot und gegen die Notstandsgesetze.

### Vorstellungen der Rechtskräfte

So ist es auch dem Kampf der Arbeiterbewegung und vieler Demokraten in Westdeutschland zu verdanken, daß das GG trotz aller Änderungen und Verfälschungen nach wie vor nicht das staatsmonopolistische System als einzige Möglichkeit verfassungsrechtlich garantiert. -

In allen Bestimmungen, die seit 1949 noch übriggeblieben sind, ist das GG längst eine Fessel für die Herrschenden geworden; allerdings: hätte die SPD-Führung die Forderungen der Arbeiterbewegung nach Aktionseinheit konsequent unterstützt, wäre eine demokratische Entwicklung der BRD möglich gewesen. Dies zu betonen ist heute umso dringender, weil den Herrschenden die Notstandsverfassung keineswegs genügt. Sie fordern zur vollständigen Absicherung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems die Totalrevision des GG. Ueber die Arbeit der mit der Revision befaßten Regierungskommission ist bezeichnenderweise



**Max Reimann (hier beim DKP-Parteitag)** war einer der beiden Vertreter der KPD im Rat bei den Beratungen über das Grundgesetz der westzonalen BRD. Die Vertreter der KPD verlangten die Einstellung der Beratungen über eine separate Verfassung und forderten stattdessen die Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung für eine einheitliche, demokratische Republik. Sie wirkten aber zugleich mit Vorschlägen zur Sicherung der sozialen und demokratischen Grundrechte auf die Verfassungsdiskussion ein, um den reaktionären Kräften nicht allein die Ausarbeitung der Verfassung zu überlassen. Sie stimmten gegen das im Parlamentarischen Rat am 6. Mai 1949 mit 53 gegen 12 Stimmen verabschiedete Grundgesetz, erklärten aber: „Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme; die Gesetzgeber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten werden die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes selbst verteidigen.“

nichts zu erfahren. Man muß daher zurückgreifen auf die Schriften von CDU-Dichgans, des Wortführers der Totalrevision. Er schreibt:

— „Wenn ein starker politischer Wille eine Gesamtrevision betreibt, gibt es also rechtsformliche Möglichkeiten, die

Verfassung zu ändern ohne gewaltsame Revolution“ (9) gem. Art. 19/79 GG ist das für viele Bestimmungen verboten;

- „Welche Bestimmungen sind für unsere Grundvorstellungen vom Staat so wesentlich, daß wir moralisch berechtigt sind, ihre Änderung für eine kommende Generation massiv zu erschweren?“ (10); danach soll statt des GG in Zukunft die Staatsauffassung der CDU/CSU gelten u. schon jetzt das sich entwickelnde antimonopolistische Bewußtsein breiter Teile der arbeitenden und lernenden Jugend „verfassungswidrig“ sein;
- „Jede Verfassung ist auf eine bestimmte Gesellschaftsstruktur ausgerichtet. Wer die Verfassung revidieren will, muß deshalb bei den Zielvorstellungen der Gesellschaftsstruktur beginnen“ (11); das staatsmonopolistische System soll also festgeschrieben werden, jede Opposition dagegen ist „verfassungswidrig“;
- „Ein Parlament, das sich entlasten will, muß es aufgeben, im Bereich der Exekutive mitzureden“ (12); der Satz könnte von Hitler stammen;
- „Die These, daß gebildete Leute bessere Demokraten seien, gilt nur für die untersten Stufen der Bildung“ (13); „Die Verfassung muß vielmehr von der realen Volkssubstanz ausgehen“ (14); das „Menschenbild“ des Faschismus ist das Leitbild dieser Absichten!

### Demokraten gegen Verfassungsfeinde einen!

Diese Äußerungen der Verfassungsfeinde zeigen deutlich, daß allen Demokraten höchste Gefahr droht, wenn sie nicht eingehen gegen diese Absichten kämpfen. Das Relikt aus der antiautoritären Studentenbewegung, die Bedeutung von Verfassungsfragen zu unterschätzen, muß überwunden werden.

Wenn die Herrschenden, allen voran die CDU/CSU, gerade jetzt uns als Verfassungsfeinde hinzustellen versuchen, so zeigt dies, daß sie die besonderen Schwierigkeiten, in die ihre volks- u. friedensfeindliche Politik geraten ist, reaktionär zu „lösen“ versuchen: Die Politik der Stärke gegen den Sozialismus ist zum Scheitern verurteilt; der Protest der großen Mehrheit der Bevölkerung gegen die Allgewalt des Großkapitals wächst; die reaktionäre, preußische Staatsauffassung der Barzel, Abs und Strauß verliert zunehmend an Resonanz, weil die demokratische Bewegung immer stärker wird; der Jugend haben die Herrschenden an sog. „Ideen“, „Werten“ und an Zukunfts-perspektive nichts mehr zu bieten.

Das drohende Berufsverbot für Kommunisten und Demokraten ist einer dieser reaktionären Lösungsversuche: Einerseits soll der Beamtenapparat wie 1918/1948 gegen stärkere demokratische Einflüsse rigoros abgesichert werden, andererseits sollen die Organisationen der demokrati-

schen Bewegung geschwächt, isoliert und diskriminiert werden. Statt Entwicklung eines antimonopolistischen und gewerkschaftlichen Bewußtsein, wie es die Prinzipien eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates u. der Grundsatz der Volkssovereinheit verlangen, soll die verfassungsfeindliche Staatsauffassung der CDU/CSU, des BDI u. a. oberste Maxime des Denkens und Lebens in der BRD werden. Sich gegen diese Verfassungsfeinde, deren reaktionäre Tradition sattsam bekannt ist, zur Wehr zu setzen, ist jedermanns Recht und Pflicht.

Alle Demokraten sollten die Erklärung des Präsidiums der DKP beherzigen, in der es heißt: (15) „Was für die kommenden Jahre aus dem GG für die Bundesrepublik wird, hängt davon ab, wie die demokratischen Kräfte des Volkes, wie die Arbeiterklasse heute die reaktionären Pläne der Verfassungsfeinde abwehrt. Wird die Verfassung zur Verfestigung reaktionärer Strukturen im Interesse des Großkapitals benutzt oder zur Einleitung eines umfassenden demokratischen Fortschritts im Interesse des Volkes — das ist heute die Frage, die vor allen Demokraten unseres Landes steht. Und die Antwort auf diese Frage wird zugunsten der Demokratie und des Fortschritts ausfallen, wenn alle Demokraten, wenn Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Christen gemeinsam dafür eintreten.“

#### Anmerkungen:

1. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Dietz-Berlin 1967, S. 180
2. Zusammengefaßt nach: KPD 1945—1965, der KPD (Hrsg.), Dietz-Berlin 1966, S. 35 f.
3. KPD, a.a.O. S. 40 f.; der Antrag wurde am 2. 5. 1949 unter der Nr. 759 im Rat eingereicht und am 6. 5. 1949 abgelehnt.
4. Lenin, Werke Bd. 9 (Dietz-Berlin 1966), S. 38/39
5. s. auch W. Abendroth, Das Grundgesetz, Verlag Neske, Pfullingen 1966, S. 22 f., 29 f.
6. Bundestagsdebatte vom 25. 2. 1950
7. Abendroth, a.a.O. S. 43 f., 60 f.
8. s. etwa die konkrete Alternative des Parteitags der KPD von 1963; in: KPD: a.a.O. bs. S. 180 f., 184, 189 f., 205 f., 210 f., 230 f.
9. H. Dichgans, Vom Grundgesetz zur Verfassung, ECON-Verlag Düsseldorf-Wien 1970, S. 201
10. Dichgans, a.a.O. S. 194
11. Dichgans, a.a.O. S. 28
12. Dichgans, a.a.O. S. 87
13. Dichgans, a.a.O. S. 26
14. Dichgans, a.a.O. S. 23
15. Präsidium der DKP: Verfassung ist in Gefahr, Erklärung vom 24. 7. 1971, UZ Nr. 30, S. 22

Frage: Was bedeutet das Y auf den Nummernschildern der Kraftfahrzeuge der deutschen Bundeswehr?

Antwort: Das Ende von GERMANY.

#### Was Volkes Hände schufen . . .

### Bilanz des sozialistischen Eigentums in der DDR

(Stand 1. Januar 1971)

#### Industrie und Bauwesen

- 465 Milliarden Mark durchschnittlicher Grundmittelbestand in der Volkswirtschaft, darunter 259,2 Milliarden Mark in den produzierenden Bereichen der sozialistischen Wirtschaft. Damit stehen in diesen Bereichen je Berufstätiger über 49 000 Mark Grundmittel zur Verfügung.
- 2 748 sozialistische Industriebetriebe mit 2 390 000 Beschäftigten
- 5 632 Industriebetriebe mit staatlicher Beteiligung mit 353 000 Beschäftigten
- 287 volkseigene Betriebe der Bauindustrie mit 333 000 Beschäftigten
- In der volkseigenen Bauindustrie (1969):
  - 791 Turmdreh- und Kletterkrane
  - 775 Auto- u. Mobildrehkrane
  - 1 625 Mehrzwecklader
  - 1 643 Zug- und Planierraupen
  - 3 834 Kübelkipper
- 825 Baubetriebe mit staatlicher Beteiligung mit 46 700 Beschäftigten
- 4 458 Produktionsgenossenschaften des Handwerks mit 245 400 Mitgliedern und Kandidaten

#### Landwirtschaft

- 9 009 LPG mit 890 500 Mitgliedern
- 511 VEG mit 72 600 Beschäftigten
- 6 286 392 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, darunter 5 881 604 Hektar sozialistisch genutzt
- 2 947 988 Hektar Wald, darunter 2 740 057 Hektar sozialistisch genutzt
- Viehbestand in VEG u. LPG:
  - 5 053 000 Rinder, darunter 2 121 000 Kühe
  - 9 007 000 Schweine
  - 30 064 000 Geflügel, darunter 16 477 000 Legehennen
  - Maschinenbestand der sozialistischen Landwirtschaft:
    - 148 865 Traktoren
    - 17 911 Mähdrescher
    - 12 000 Kartoffelvollerntemaschinen
    - 5 276 Rübenvollerntemaschinen

#### Verkehr, Transport, Handel

- 14 700 Kilometer Streckennetz der Deutschen Reichsbahn
- 175 Schiffe der Handelsflotte mit einer Tragfähigkeit von 1 340 000 tdw
- 45 700 Kilometer Straßen und Autobahnen
- 2 500 Kilometer Wasserstraßennetz

- 681 Kilometer Rohrleitungen
- 4 220 Linien der öffentlichen Verkehrsmittel zur Personbeförderung mit einer Länge von 114 500 Kilometern
- 77 800 Einzelhandelsverkaufsstellen des sozialistischen Einzelhandels, darunter 392 Kaufhallen
- 20 500 Gaststätten des sozialistischen Einzelhandels
- 1 022 Hotels des sozialistischen Einzelhandels, darunter 19 Internothels mit 9300 Betten

#### Bildung, Kultur

- 6 878 allgemeinbildende polytechnische Oberschulen, Sonder- schulen und erweiterte polytechnische Oberschulen mit 89 600 Unterrichtsräumen, darunter 20 300 Fachunterrichtsräumen
- 13 100 Kindergärten und Wochenheime mit 606 000 Plätzen
- 54 Universitäten und Hochschulen
- 189 Fachschulen
- 1 108 Berufsschulen
- 86 Musikschulen
- 101 Theater
- 858 Filmtheater mit 312 100 Plätzen
- 520 Dorfkinos mit 81 500 Plätzen
- 552 Museen und Gedenkstätten
- 944 Kultur- und Klubhäuser
- 18 000 Bibliotheken mit einem Buchbestand von 55 Millionen Bänden

#### Sport, Erholung

- 3 460 Schulturn- und Turnhallen
- 96 Hallenschwimmbäder
- 574 Schwimmstadien u. Schwimmkampfanlagen
- 371 Sprungschanzen
- 1 306 Sportheime
- 312 Sportstadien
- 924 Sportplätze
- 184 Sporthallen
- 236 Jugendherbergen mit 18 000 Plätzen
- 43 ständige Wanderquartiere mit 1200 Plätzen
- 1 260 FDGB-Ferienheime mit 89 600 Plätzen

#### Gesundheitswesen

- 523 staatliche Krankenhäuser mit 176 500 Betten
- 542 Polikliniken
- 828 Ambulatorien, darunter 378 Landambulatorien
- 176 Kur- und Erholungsstätten mit 25 000 Plätzen
- 874 staatliche Feierabend-, Pflege- und Wohnheime für alte Bürger mit 81 000 Plätzen
- 5 300 Kinderkrippen und Dauerheime für Säuglinge und Kleinkinder mit 183 000 Plätzen

ND, 16. 10. 71

# VDS-ISB-Seminar in Hamburg

In der Zeit vom 3. bis 6. Februar 1972 führt der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gemeinsam mit dem Internationalen Studentenbund (ISB) in Hamburg ein internationales Studienseminar durch. Das Seminar, an dem Vertreter von über 50 nationalen Studentenverbänden aller Kontinente, zahlreicher internationaler Organisationen sowie Vertreter der westdeutschen Öffentlichkeit teilnehmen werden, steht unter dem Thema „Für eine Universität und Wissenschaft im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts.“ Es wird eine bedeutende Rolle im Kampf um die Verankerung einer antikolonialistischen Programmatik in der westdeutschen Studentenbewegung haben und stellt zugleich einen wertvollen Beitrag zur Festigung der internationalen Solidarität der fortschrittlichen Studenten im Kampf für den Frieden und demokratischen Fortschritt dar. Das

Hamburger Seminar sollte darüberhinaus an allen Hochschulen Anlaß sein, den internationalen Zusammenhang unseres demokratischen und sozialistischen Kampfes zu verdeutlichen, über die Rolle des ISB als Vorhut der internationalen Studentenbewegung zu informieren und die Bereitschaft der westdeutschen Studenten zu demonstrieren an der Seite ihrer Genossen aus den sozialistischen Staaten, den entwickelten kapitalistischen Ländern und den Ländern der „3. Welt“ zu stehen. Besonders auch jene Kommilitonen und Genossen, die – wenn auch subjektiv ehrlich – durch ihre letztlich spalterischen, superrevolutionär scheinenden Parolen oftmals den Kampf hemmen, werden nach den Debatten des Hamburger Seminars vielleicht eher die Notwendigkeit sehen, im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, den Imperialismus, die Einheit zu verstärken.

## Wer ist der ISB?

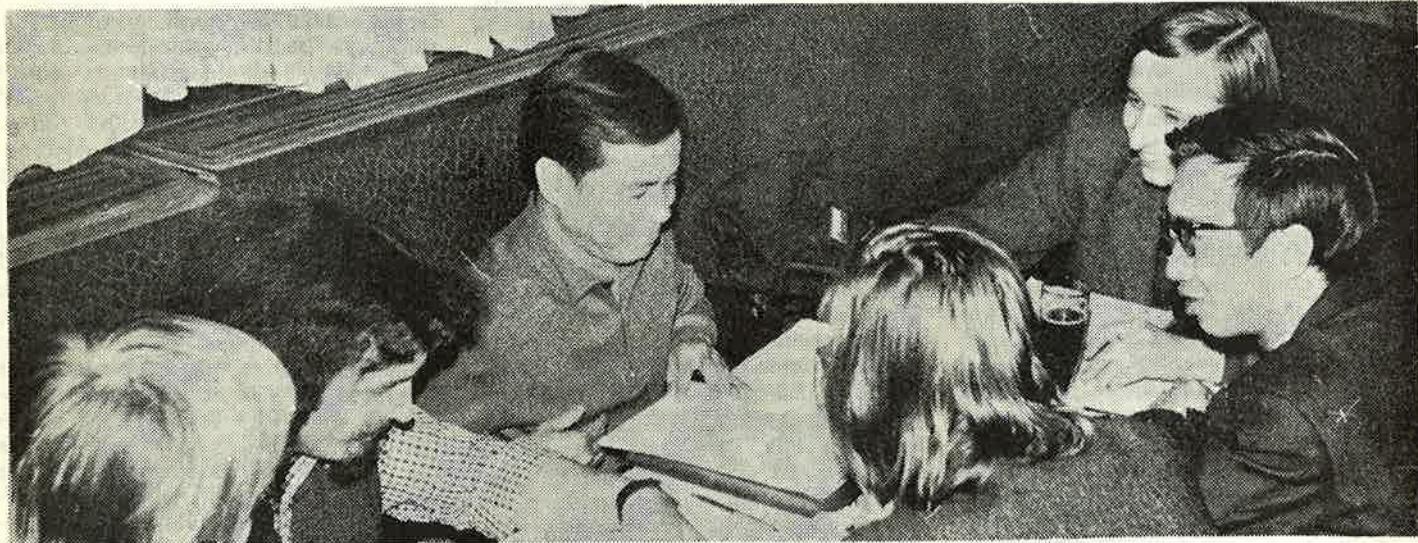
Der ISB ist der Zusammenschluß der progressiven nationalen Studentenverbände aus der ganzen Welt auf der Grundlage einer konsequenten antiimperialistischen Programmatik. Er ist die Antwort der Studenten auf die demokratiefeindliche Politik des internationalen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus. Der ISB und seine Mitgliederorganisationen stehen mit an der Spitze der Kämpfe für eine reale Demokratisierung des Ausbildungswesens, für eine Wissenschaft im Dienste der werktätigen Bevölkerung, für antiimperialistische Aktionseinheit und nationale Befreiung. Ob in Vietnam oder in Chile, ob in Mosambik oder in Irland, ob in Frankreich oder in der Sowjetunion – die im ISB zusammengeschlossenen Studenten aller Hautfarben und aller Sprachen stehen an der Seite der Werktägigen ihrer Länder im Kampf für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt.

1946 aus dem Kampf gegen Faschismus und Krieg geboren, stellt der ISB heute die einzige studentische Dachorganisation dar. Die zeitweilig als Gegenverband agierende „International Students Conference“ (ISC), die nachweislich vom CIA

finanziert wurde und der auch eine Zeit lang der VDS angehört hat, ist inzwischen völlig zusamengebrochen.

Die Organisationsstruktur des ISB entspricht seiner weniger unmittelbar anleitenden als vielmehr koordinierenden, unterstützenden und vereinheitlichenden Funktion gegenüber seinen Mitgliedern. Höchstes Organ ist der Kongreß, auf dem jeder angeschlossene nationale Studentenverband eine Stimme hat (unabhängig von der Zahl seiner Mitglieder). Der Kongreß beschließt über die politische Programmatik und das Statut des ISB

ten-Nachrichten“ (zu bestellen: Redaktion WSN, Prag 2, Vocolova 3, CSSR) sowie das 14-tägige Bulletin „News Service“. Durch internationale Seminare und Kongresse, die in Verbindung mit Mitgliedsorganisationen veranstaltet werden, wird der Meinungsaustausch zwischen den nationalen Studentenschaften über die Probleme ihres Kampfes vorangetrieben. Weltweite Solidaritätskampagnen, wie die zur Unterstützung der Völker Indochinas, Kubas, Koreas, Palästinas, der portugiesischen Kolonien u. a., die vom ISB koordiniert werden und zu denen er Plakate, Materialien und Referenten bereitstellt,



Christoph Strawe, Michael Maercks und Peter Schöttler als Vertreter des Spartakus und Dirk Krüger als Vertreter des VDS im Gespräch mit ausländischen Kongreßteilnehmern auf dem 10. ISB-Kongreß im Februar 1971 in Bratislava/CSSR.

und verabschiedet einen konkreten Aktionskatalog. Dessen Ausführung ist Aufgabe des vom Kongreß gewählten Exekutivkomitees und dessen ständigem Sekretariat mit Sitz in Prag. Die Aufgaben des ISB sind äußerst vielfältig und reichen von der materiellen Unterstützung der am bewaffneten Kampf ihrer Völker beteiligten Studenten über die Vergabe von Stipendien bis hin zur Organisierung von internationalen Sporttreffen und kulturellen Veranstaltungen. Im Zentrum der Aktivitäten des ISB steht die Propaganda- und Informationsarbeit. Dem dienen die mehrsprachige Zeitschrift „Welt-Stud-

ent“ und verbinden die fortschrittlichen Studenten der Erde im Kampf gegen den Hauptfeind, den Imperialismus. Wie schon angedeutet, erschöpft sich die Tätigkeit des ISB aber nicht in der rein politischen Ebene: Studententourismus, Studentensport und kulturelle Aktivitäten (dazu existiert eine gesonderte zweisprachige Zeitschrift des ISB: „Young Cinema and Theatre“) wirken ergänzend für wirkliche Völkerverständigung und die Entfaltung der kulturellen Potenzen der antiimperialistischen Bewegung.

Vom 3. bis 12. Februar 1971 fand in Bratislava (CSSR) der 10. Kongreß des ISB

statt. Insgesamt 93 Studentenorganisationen aus 86 Ländern, 9 Befreiungsorganisationen sowie 12 internationale Organisationen waren offiziell als Delegierte oder Beobachter vertreten. Dieser Kongreß bedeutet einen Höhepunkt in der 25-jährigen Geschichte des ISB. Er wider spiegelte die breite Repräsentativität des Verbandes und den aus den Kampfbedingungen selbst sich ergebenden Willen zur Einheit. Einen kleinen Beitrag zur Verstärkung dieser Einheit haben auch die erstmals konstruktiv auf einem ISB-Kongreß auftretenden BRD-Vertreter (je eine Delegation des VDS und des Spartakus) geleistet. Sie zogen die Lehren aus der Entwicklung der westdeutschen Studentenbewegung der letzten Jahre, dem Zerfall der antiautoritären Bewegung und der erfolgreichen Rekonstruktion des VDS, um auch auf internationaler Ebene den Solidaritätskampf als untrennbar verbunden mit dem Kampf um Einheitlichkeit in Lösungen und Aktion herauszustellen (Vgl. den Bericht im „vds-press“ Nr. 18/19 v. 1.3.71). Die positive Wirkung dieses Auftretens schlug sich nieder in den freundschaftlichen Gesprächen, die am Rande des Kongresses mit den Vertretern Vietnams, Koreas, Angolas, Palästinas u. a. und auch in den Monaten danach geführt wurden. Die Präsenz offizieller Vertreter des ISB auf der 23. o. MV des VDS und dem 1. Bundeskongreß des MSB Spartakus sowie die Berichterstattung innerhalb des ISB (Vgl. „News Service“ Nr. 9/10 und 13) über diese Ereignisse dokumentieren, daß in der Tat die westdeutsche Studentenbewegung heute als solidarischer und kämpferischer Teil der internationalen Bewegung anerkannt wird.

## Breite Repräsentanz

Standen die Studenten der sozialistischen Länder und der „3. Welt“ bisher etwas „hilflos“ gegenüber der sich ultra „links“ gerierenden Studentenbewegung der hochindustrialisierten Länder, so hat sich das in den letzten Jahren geändert. Der Lernprozeß, der sich in der Bundesrepublik (Rekonstruktion des VDS), in Frankreich (Rekonstruktion der UNEF), in England (z. Zt. ist ein Kommunist Vorsitzender der NUSUK), in Finnland (Beitritt des SYL in den ISB) und anderen Ländern abspielte, stärkte den ISB und damit auch jede einzelne ihm verbundene Organisation. Die Diffamierung als „kommunistische Tarnorganisation“ (so der SD-General Gehlen in seinen „Memoiren“ über den ISB) zieht heute auch in Westeuropa nicht mehr: der ISB ist eine effektive und anerkannte Waffe der Studenten in ihrem demokratischen Kampf.

Nach dem Auftakt in Bratislava und der VDS-MV in Bonn bedeutet das Hamburger Seminar eine Wende im Verhältnis der westdeutschen Studentenschaft zur internationalen Bewegung. Genosse Dirk Krüger hatte auf dem 10. ISB-Kongreß im Namen des VDS-Vorstandes erklärt: „Mit unserer Teilnahme ziehen wir bewußt

einen Schlußstrich unter die jahrelangen Versuche, die im Namen unseres Verbandes unter dem Einfluß der westdeutschen Imperialisten und Revanchisten gemacht worden sind, um die internationale demokratische Studentenbewegung und ihre Avantgarde, den ISB, zu schwächen und zu spalten. Die Bonner MV hatte danach in ihrem Beschuß über den ISB festgestellt: „Er (der VDS) ist gewillt in Zukunft verstärkt freundschaftliche Kontakte zu allen nationalen Studentenorganisationen und ihrer Dachorganisation, dem ISB, aufzunehmen, um damit seinen Kampf in der BRD für eine Demokratisierung des Bildungswesens und eine Brechung der Macht des Monopolkapitals verstärkt einzurichten in den Kampf der internationalen antiimperialistischen Bewegung“ (Beschuß Nr. 404 a). Diese Verpflichtung soll jetzt eingelöst werden. Dabei wird das Hamburger Seminar nicht nur ein bedeutendes Ereignis für die Studenten sein, sondern es betrifft die gesamte fortschrittliche Öffentlichkeit der

## SDAJ-Kongreß Ostern 1972

Anlässlich des bevorstehenden 3. Bundeskongresses der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) Ostern 1972 in Stuttgart wendet sich der Bundesvorstand der SDAJ an alle Jugendlichen in Betrieben, Lehrwerkstätten, Schulen und an die demokratischen Jugendverbände. Die SDAJ fordert zum gemeinsamen Kampf der jungen Generation für ihre Grundrechte auf.

In einem Dokument, dessen Endfassung auf dem 3. Bundeskongreß beschlossen werden soll, werden als Schwerpunkte angesprochen: Das Recht auf demokratische Bildung und Berufsausbildung, das Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung, das Recht auf Mitbestimmung und Demokratie, das Recht auf sinnvolle Freizeitgestaltung, Gesundheit, Erholung und Sport.

Bundesrepublik. Dies ganz besonders in einer Zeit, da eine Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz von der Bundesrepublik proklamiert wird, aber weitere verstärkte Anstrengungen bis zur endgültigen Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und zur Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz nötig sein werden. Der VDS zeigt damit klar, daß die Studenten im Kampf um einen dauerhaften Frieden in Europa und der Welt nicht abseits stehen werden, sondern sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft voll bewußt sind. Umso befremdender wirkt angesichts einer derartigen, auf internationale Entspannung ausgerichteten Politik des VDS die Tatsache, daß die Bundesregierung sich weiterhin weigert, dem VDS die ihm zustehende finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ein Antrag, wenigstens dieses Seminar finanziell abzusichern, blieb bisher ohne Antwort.

## Ablaufplan des Seminars

Der Ablaufplan des Seminars, das insgesamt von einem kulturellen Rahmenprogramm (Kunstausstellung, Filmveranstaltungen, Songgruppen-Festival) begleitet wird, sieht vor, daß nach einer ersten Plenumssitzung, in der vom VDS und vom ISB die Hauptreferate gehalten werden, sich zu den zwei vorgesehenen Themen Arbeitsgruppen bilden, um am letzten Tag in einer neuerlichen Plenumsdiskussion die Ergebnisse der Debatten zusammenzufassen und über eine Abschlußresolution zu beschließen. Die Themen der Arbeitsgruppen sind: I. Universität und Gesellschaft in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution; II. Die Rolle der Studenten und ihrer Organisationen im Kampf für eine Wissenschaft im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Als Teilnehmer des Seminars werden erwartet eine Delegation des ISB, die Vertreter von rund 50 nationalen Studentenverbänden sowie Vertreter verschiedener internationaler Organisationen (UNESCO usw.). Aus der BRD werden sämtliche Allgemeine Studentenausschüsse und politischen Hochschulgruppen, bildungspolitische Institutionen, Gewerkschaften sowie Einzelpersönlichkeiten eingeladen.

Den Abschluß der Beratungen, die eine fruchtbare Diskussion über die Kampfbedingungen der Studenten unter den sich verändernden technologischen und gesellschaftlichen Bedingungen unserer Zeit erwarten lassen, wird eine Demonstration und eine internationale Solidaritätskundgebung bilden.

Der MSB Spartakus, der wesentlich beim Zustandekommen dieses Seminars und bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen VDS und ISB mitgewirkt hat, wird das Hamburger Treffen auf der Grundlage seiner internationalistischen Programmatik nach besten Kräften unterstützen. Auch wird es die Aufgabe aller Spartakus-Gruppen sein, die Ergebnisse des Seminars auszuwerten und an den Hochschulen zu popularisieren. Wir leisten damit einen wertvollen Beitrag dazu, daß immer mehr Studenten bewußt wird, daß sie nicht isoliert kämpfen können, sondern nur an der Seite ihrer antiimperialistischen Kommilitonen in der ganzen Welt und an der Seite der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten. Nicht zuletzt aber leisten wir damit einen Beitrag zur Stärkung des VDS, dessen internationales Ansehen nach den Jahren des „Kalten Krieges“ und danach der superrevolutionären Selbstisolierung sich gegenwärtig erhöht und der als nationaler Studentenverband gerade der imperialistischen Bundesrepublik eine besondere Verantwortung trägt im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg.



# SHB konsolidiert

Vom 3.—5. Dezember 1971 fand in Bonn die 12. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des SHB statt; ziemlich genau zum Zeitpunkt des 10jährigen Bestehens des sozialdemokratischen Studentenverbandes.

Ihre aktuelle Bedeutung erhält diese Bundesdelegiertenversammlung einerseits aus dem gespannten Verhältnis zwischen SHB und SPD-Führung und auf der anderen Seite aus verschärften innerverbandlichen Auseinandersetzungen.

Die Drohung der SPD-Führung, dem SHB den Namen „sozialdemokatisch“ abzuerkennen, stellt eigentlich die Konsequenz aus der Wissenschafts- und Bildungspolitik der sozialliberalen Koalition dar. Denn gerade eine erfolgreiche Arbeit des SHB an den Hochschulen und im vds ist ein ernstzunehmendes Hindernis in der Durchsetzung der Formierungskonzepte der Regierung.

Die innerverbandliche Diskussion über die Politik des SHB hatte in letzter Zeit deutlicher erkennen lassen, daß bestimmte Gruppen sich immer weiter von den demokratisch gefaßten Mehrheitsbeschlüssen des Verbandes entfernt hatten; dieses trifft weitgehend auch auf die Mitarbeit im vds zu.

Kennzeichnend für diese Teile des Verbandes war eine bunte Vielzahl von sektiererischen, trotzkistischen und sonstigen mehr oder minder bedeutungsvollen Theoriefragmenten — bis hin zur „Frankfurter Schule“ — die gepaart waren mit einem gründlichen Antikommunismus.

Antikommunismus deshalb, weil es nicht um eine vorwärtsstrebende Kritik

an der antialperialistischen Studentenbewegung, an der Arbeit der DKP, an den Verhältnissen in den sozialistischen Staaten ging, sondern weil alles dies prinzipiell abgelehnt wurde und diese Kräfte sich damit objektiv auf die Seite derer schlugen, die das herrschende imperialistische System der BRD beschönigen. Mit der Grundfrage der antialperialistischen Solidarität oder dem Verlassen dieser Solidarität galt es also, sich auseinanderzusetzen.

Nun sollten wir den Auszug einiger Gruppen aus der Bundesdelegiertenversammlung nicht überbewerten; ebenso wenig das Echo, das die verleumderischen Erklärungen dieser Gruppen hinterher in der bürgerlichen Presse fanden; die Freude der schwarzen Journalie zeigt doch eigentlich nur die politische Funktion einer Splittergruppe, die sich „Sozialistische Fraktion“ nennt.

Viel wichtigeres, weil vorwärtsweisendes Ergebnis der Bonner Bundesdelegiertenversammlung ist doch, daß belnahe zwei Drittel der Delegierten erstmalig in der Geschichte des Verbandes einen Entwurf für ein Grundsatzprogramm verabschiedet haben, der in den wesentlichen Grundfragen von einer marxistischen Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD ausgeht; der die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen ökonomischen, politischen und sozialen Prozesse einschätzt und der, aufbauend auf einer differenzierten Klassenanalyse der Intelligenz, für den Sozialdemokratischen Hochschulgremium die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung formuliert.

In der Frage des aktuellen Kampfes heute in der BRD wurde beschlossen: „In der Erkenntnis der realen Gefahr für den SHB und alle fortschrittlichen Kräfte, die von den Rechtskräften ausgeht und im Bewußtsein der Erfahrung der Arbeiterbewegung unter der Herrschaft des Hitlerfaschismus steht es der SHB bei allen seinen Aktivitäten als wichtigste politische Aufgabe an, den politischen und ideologischen Einfluß der Reaktion zurückzudrängen.“

Der SHB betrachtet diesen Kampf als die Hauptseite der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD heute und weist alle sektiererischen Anschauungen zurück, die die vordringliche Wichtigkeit des Kampfes gegen die Rechtskräfte leugnen oder abschwächen wollen“.

Das verabschiedete programmatische Grundsatzdokument und das Aktionsprogramm des Bundesverbandes des SHB werden dazu führen, daß der SHB auf der Grundlage der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung gestärkt wird und daß damit auch die gemeinsame Arbeit von SHB und Spartakus im vds, in ASTA und in den Fachschaften einen wichtigen Auftrieb erhalten hat.

Denn mögen auch theoretisch und praktisch im Verhältnis zur Sozialdemokratie politische und ideologische Unterschiede zwischen SHB und Spartakus bestehen, die garnicht gelegnet werden sollen, so ist doch das Grundlegende der Zusammenarbeit die gemeinsame antialperialistische Einstellung und der gemeinsame Kampf um eine demokratische Bildungsreform in der BRD.

Stephan Albrecht

## Nachrichten

### Steuergelder für Zechenherren

Die im Landesetat von Nordrhein-Westfalen für 1972 vorgesehenen Bürgschaftsmittel für die Kuhrkohle AG sollen um eine Milliarde DM erhöht werden. Außerdem will das Land NRW den Zechenbesitzern für 1970 aufgelaufene Wasserwirtschaftskosten in Höhe von 200 Millionen DM erlassen. Für das zweite Halb-

Jahr 1971 ist die Zahlung einer sogenannten Kokshilfe in Höhe von 4 DM je Tonne vorgesehen. Bis 1975 will Nordrhein-Westfalen auch die Investitionshilfe für den Steinkohlenbergbau in Höhe von jährlich rund 160 Millionen DM fortsetzen. Für die Kohleverstromung sollen in der Zeit von 1974 bis 1988 Steuermittel in Höhe von 2,25 Milliarden DM bereitgestellt werden.

Immer deutlicher wird die Berechtigung der Forderung, den Ruhrkohlenbergbau in Gemeineigentum zu überführen, da er nur noch mit Steuergeldern betrieben werden kann. Dennoch sind es die großen Stahl- und Ölkonzerne, die hauptsächlich als Aktionäre der Ruhrkohle AG die Verfügungsgewalt ausüben und damit den finanziellen Nutzen haben.

„Nachrichten“ 11/71

# Reform der Juristenausbildung

Charakteristisch für die materielle Situation der Juristen ist ihre Verdrängung aus den Spitzenpositionen der Staatsbürokratie und der Wirtschaft in Folge der neuen Aufgaben, zu deren Bewältigung das überkommene Instrumentarium der Juristen nicht mehr ausreicht. Mittelpunkt und „Hohe Schule“ der Jurisprudenz ist immer noch die Dogmatik des BGB, dessen Ideal — Schutz der Privatsphäre vor staatlichen Eingriffen — den Bedürfnissen des liberalen Konzernkapitalismus entspricht. Staatsrechtliche Veranstaltungen gehen immer noch aus von Gewaltenteilung, bürgerlichen Freiheitsrechten, Bindung an das Gesetz, Funktionieren

Den veränderten Funktionen von Staat und Recht im spätkapitalistischen System steht eine solche Rechtswissenschaft, die von der Einheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung, von ihrer grundsätzlichen Unabhängigkeit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen überzeugt ist, hilflos gegenüber.

Diese Hilflosigkeit der Rechtswissenschaft gegenüber der staatsmonopolistischen Entwicklung einerseits und die wichtige Funktion der Juristen zur Stabilisierung des imperialistischen Herrschaftssystems anderseits macht verständlich, weshalb Konzerne wie Krupp, Thyssen und BASF, weshalb namentlich der vielbeschäftigte Monopoljurist Dihgans, Mitglied des BFDW, so reges Interesse an der Reform der Juristenausbildung nehmen (1). Ein Schwergewicht legen die Herrschenden dabei auf die Neuorganisation des Studiums. Entsprechend der Regelung des § 54 HRG soll die große Masse der Jurastudenten in einem sechssemestrigen Schmalspurstudium kurzfristig verwertbare Qualifikation als „Rezepte anwender“ erwerben, während im Sinne des Systems besonders befähigte Elitestudenten eine längerfristige „wissenschaftliche“ Ausbildung als „Rezeptemacher“ erhalten sollen. Um die Gefahr demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung über die Lehrinhalte durch die Auszubildenden notfalls gänzlich auszuschalten, sind auch die institutionellen Voraussetzungen dazu - auf Vorstoß von DICHGANS - in den §§ 5ff DRiG geschaffen: so ist in den §§ 5c und 5d DRiG die Anrechnungsmöglichkeit von Ausbildungen auf privaten Rechtsschulen, bei Repititoren und auf Rechtspflegerschulen vorgesehen.

Über diese organisatorischen „Reformen“ soll die Vermittlung solcher Ausbildungsinhalte abgesichert werden, die die Einsicht in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zwischen Ökonomie, Politik und Recht versperren, die an die unmittelbaren Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft heranführen, deren Klassencharakter aber durch eine Gemeinideologie verdeckt wird. Den Bedürfnissen der Monopole nach einem den Produktionsverhält-

des Parlaments u. a. als bestimmende Merkmale des bürgerlichen Staates. Im Strafrecht gilt trotz anderer Erkenntnisse aus Psychologie und Kriminalwissenschaften weiterhin das Schuldprinzip als primärer Strafgrund, Probleme der „Resozialisierung“ werden, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnt. Spezifisch moderne Rechtsgebiete wie Arbeits-, Wirtschafts-, Sozial- und Steuerrecht, die in der politischen Auseinandersetzung eine entscheidende Rolle spielen, werden vernachlässigt oder ganz ignoriert mit der Begründung, die Gebiete seien dogmatisch nicht ergiebig genug.

nissen angepaßten Recht wird dadurch Rechnung getragen, daß der bloß formale Charakter und die funktionelle Bedeutung des Rechts als Reglementierungsinstrument gegenüber demokratischen Kräften zunimmt, je mehr die Be-

und an die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung wird aufgegeben zugunsten der Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Staatsapparates und der bestehenden Wirtschaftsorganisation; schon das In-Frage-Stellen dieser staatsmonopolistischen Ordnung ist nach Auslegung der Herrschenden ein Angriff gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

## Ausbildung in wessen Interesse?



**Heute wie zu Zeiten Gustave Dorés: die Phrasen der Bürgerlichen über das Recht. „Jawohl, meine Herren, Ich will Ordnung in der Freiheit, Freiheit in der Ordnung, Ordnung in der freien Aussprache, freie Aussprache im Gesetz, Gesetz im Fortschritt, Fortschritt in der Freiheit; das ist es, was ich will...“**

spielswirkung der sozialistischen Länder an Bedeutung gewinnt, gleichzeitig seine Bindung an naturrechtliche und liberale Inhalte verschwindet. Als entscheidendes Kriterium für die Gültigkeit von Rechtsnormen tritt die Korrektheit des Verfahrens in den Mittelpunkt, die Orientierung an demokratische Grundrechte

Fragen nach dem Inhalt von Wissenschaft und Ausbildung waren und sind stets Klassenfragen, die Frage danach, wem eine Ausbildung, wem eine Wissenschaft dient. Wem dient es, wenn beispielsweise im Steuer- und Gesellschaftsrecht juristische „Tricks“ untersucht werden, wie am besten Steuern „eingespart“ werden können? Oder wie sieht es mit der angeblichen Neutralität der Rechtssprechung beim Bundesarbeitsgericht vom Standpunkt der Lohnabhängigen aus? Wie ist es vom Standpunkt der friedliebenden Mehrheit der Bevölkerung bestellt mit der Unabhängigkeit und Neutralität der Judikative bei der Besetzung des Bundesverfassungsgerichts, wo Notstandsverfechter Benda zum Präsidenten des höchsten Gerichts gekürt wurde? Oder worin sonst besteht die Unabhängigkeit der Justiz tatsächlich, sieht man sich einmal die soziale Herkunft der Richterschaft an, bei der der Anteil der unteren Schichten von 1927 bis 1965 von 0,03 auf 0,9 % angestiegen ist (2), wenn nicht in der Unabhängigkeit von der arbeitenden Bevölkerung? Eindrucksvolle Beispiele für diese „Soziale Distanz“ der Justiz zu Problemen der unteren Schichten liefern täglich Verhandlungsstil und Sprache der Juristen in den Gerichtssälen.

Die Fülle von Verfassungsänderungen seit Erlass des Bonner Grundgesetzes erscheint dann mehr oder weniger zufällig und nicht systembedingt, wenn man nicht danach fragt, wem die Aushöhlung und Untergrabung demokratischer Grundrechte und Rechte des Par-

laments durch Notstandsverfassung und Finanzgesetzgebung nützt, wem es nützt, wenn nunmehr sogar eine Kommission die Totalrevision des GG in Angriff nimmt, über deren Arbeit in wohlbekannter demokratischer Manier nichts an die Öffentlichkeit dringt, deren Einsetzung — welch ein Zufall! — wiederum von Dichgans maßgeblich vorbereitet wurde, und über deren Notwendigkeit es in dem von Benda mündlich begründeten CDU/CSU Antrag heißt, „die raschen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen könnten in ihren Auswirkungen auf die Verfassungsordnung nicht übersehen werden. Tiefgreifende Umwälzungen in den wirtschaftlich-technischen, politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und Zusammenhängen müßten auch in der Verfassung berücksichtigt werden, um untragbare Spannungen zwischen der Verfassungsordnung und den faktischen und politischen Verhältnissen, zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit auszugleichen“ (3).

### Für eine Demokratisierung der Juristenausbildung

Angesichts der gegenwärtigen alle Gesellschaftsbereiche umfassenden Strategie der Herrschenden in der BRD, jegliche demokratische Bewegung durch gesetzliche Bestimmungen zu unterlaufen und Reformen nur im Rahmen einer Effektivierung der Herrschaftsmethoden anzustreben zur Sicherung des Systems gegen Krisen, Erschütterungen und den wachsenden Einfluß der sozialistischen Bewegung, in dieser Phase, in der gleichermaßen integrationistische und repressive Methoden der Herrschaftssicherung eine wachsende Rolle spielen, nicht aber ausgehend von den Interessen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung, sondern davon, was direkt oder indirekt der Kapitalverwertung am wirksamsten dient, in dieser Phase stellt sich für die demokratischen und sozialistischen Kräfte an der Hochschule die Aufgabe, im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Kampfes demokratische Alternativen zu den bestehenden Lehrinhalten in den einzelnen Fachbereichen zu entwickeln und durch den Nachweis praktischer Konsequenzen unter den Studenten zu verankern. Zielrichtung des Kampfes für eine Demokratisierung der Juristenausbildung muß es sein, diese an demokratische Positionen heranzuführen, damit sie als ihre Aufgabe nicht die Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse ansehen, sondern schon erkämpfte demokratische Rechte und Freiheiten gegen den Angriff der Rechtskräfte verteidigen und im Interesse der Werktätigen ausbauen.

Die Verwirklichung einer solden antimonopolistischen Bündnisstrategie kann nur dann wirksam vorangetrieben werden, wenn unsere Forderungen nach einer materiellen Absicherung des Studiums und Beseitigung des bürgerlichen Bildungsprivilegs mit einbezogen werden,

wenn wir deutlich zu machen verstehen, daß der Marxismus als Theorie der Praxis den sozialen und politischen Interessen der Studenten entspricht, weil er sie ihre gesellschaftliche Stellung erkennen läßt, daß die Verwirklichung unserer Forderungen nur im konsequenten Kampf gegen die Macht der Monopole, an der Seite der Arbeiterklasse möglich ist (4).

Gegenwärtig ist Ansatzpunkt für eine demokratische Juristenausbildung vor allem die Einbeziehung der geschichtlichen, politischen, ökonomischen und sozialen Bezüge des Rechts, wofür es z. B. in NRW in den §§ 8I Nr. 4,5 und 8II JAG eine gesetzliche Grundlage gibt.

Von Seiten der Herrschenden ist die gesetzliche Verankerung dieser Forderung nur daraus zu erklären, daß zur Stabilisierung des imperialistischen Herrschaftssystems, zur Bewältigung juristischer Planungserfordernisse und Reglementierung „aufsässiger“ Demokraten zunehmend eine aktive und bewußte Mitarbeit von immer mehr Mitgliedern der Ge-

welche bisher von den jeweiligen Dozenten, wenn überhaupt, nur auf freiwilliger Basis gewährt werden, andererseits eine fundierte fachlich-ideologische Qualifikation der progressiven Tutoren, weil über sie inhaltliche Alternativen konkretisiert durchsetzbar sind. Eine inhaltliche Alternative zu herkömmlichen Veranstaltungen von Juristen bedeutet vor allem die Einbeziehung historisch-materialistischer Positionen in die Diskussion, heißt wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit der idealistischen bürgerlichen Rechtswissenschaft zu führen, deren Notwendigkeit sich besonders bei einführenden Veranstaltungen für Erstsemester wie „Grundbegriffe von Recht und Staat“ erwiesen hat: denn nur der historische Materialismus vermag Veränderungen des Rechts und seiner Theorien auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen, die Abhängigkeit jeder Rechts- und Staatsordnung von der gesellschaftlichen Ordnung und ihrer Entwicklung zu vermitteln, reaktionäre Tendenzen der Rechtsordnung mit der wirtschaftlichen und politischen Machtkonzentration in der BRD zu erklären und als Angriff dieser Kräfte gegen die Rechte der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung zu entlarven.

Dieser erste Ansatz einer Demokratisierung der Juristenausbildung kann nur als ein Schritt gesehen werden, die Monopolstellung der bürgerlichen Rechtswissenschaften zu brechen. Weitere Schritte, wie die Verwirklichung der Forderung „Marx an die Hochschule“ auch für Juristen sind nur dann erreichbar, wenn es uns in konsequenter demokratischer Arbeit gelingt, das Kräfteverhältnis in den juristischen Fachbereichen als einer der Hochburgen der Reaktion zu verändern, im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften den wissenschaftlichen Sozialismus verbreiten als die einzige Wissenschaft, die den Interessen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung nach Frieden, Humanismus, sozialem Fortschritt und einer vom ganzen Volke getragenen Demokratie entspricht.

### ANMERKUNGEN:

- (1) Henner Wolter: Kriterien zur Reform der Juristenausbildung, in Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/71, Seite 798 ff.
- (2) W. Richter: Zur soziologischen Struktur der deutschen Richterschaft, 1968, Seite 38.
- (3) Gerhard Jahn: Revision des Grundgesetzes? Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Nr. 72/70 Seite 5.
- (4) Vgl. Christoph Strawé: Bericht des Sekretariats an die 3. Tagung des Bundesvorstandes des MSB Spartakus, rote Blätter Nr. 2.
- (5) Prof. A. Heldrich — unveröffentlichtes hektographiertes Manuskript (zit. in H. Wolter).



„Haben Sie denn gar kein Vertrauen zu uns?“

sellschaft erforderlich ist, wobei der wahre Charakter des Systems aber verschleiert bleiben muß. Daher soll die Einbeziehung der Sozialwissenschaften „nur auf der Grundlage empirisch gesicherter Forschung, und nicht auf der Grundlage spekulativer Annahme oder einer vorgefaßten Ideologie“ geschehen (5). Gedacht als Mittel zur Herrschaftssicherung und Profitmaximierung kann aber diese Maßnahme ins Gegenteil umschlagen, wenn sie von den demokratischen und sozialistischen Kräften an der Hochschule demokratisch, d. h. an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert, ausgefüllt wird.

Als ein konkreter Schritt in Richtung auf eine demokratische Juristenausbildung besteht bislang offenbar nur das Arbeitsgruppenkonzept, das neben der Verbesserung des institutionellen Rahmens der Ausbildung auch Ansätze bietet, auf die inhaltliche Ausgestaltung von Lehrveranstaltungen Einfluß zu nehmen. Erfahrungen mit dem AG-Konzept haben gezeigt, daß zur Durchsetzung kritisch-reflektierender Lehrinhalte erforderlich sind einerseits die Sicherung und der Ausbau von Mitbestimmungspositionen,

# Waffe gegen die Reaktion

Memoiren alter Nazis und eine Vielzahl Storys in Massenmedien verwandeln ohne Skrupel posthum faschistische Verbrecher zu Helden — als sei Nürnberg nie gewesen! Aber auch auf „gehobener“ Ebene — Ausnahmen sind selten — überwiegen verzerrte bzw. unhistorische Darstellungen über das Wesen und die Erscheinungsformen des Faschismus. Zugeleich wird die antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik verschwiegen, wenn das nicht geht, grob entstellt oder als politisch nicht akzeptabel verworfen, so geht es zum Beispiel den Materialien des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau 1935).

Grade aber die Analysen über den Charakter des Faschismus und die daraus entwickelten Alternativen dieses wichtigen Kongresses, geboren in der unmittelbaren Konfrontation mit der faschistischen Terrorherrschaft, besitzen für die Zeitgeschichte großen Wert, ja sie haben darüber hinaus angesichts faschistischer Tendenzen in Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus Aktualität. Sie sind eine Waffe gegen Neofaschismus und politische Reaktion!

Die Materialien geben im einzelnen exakte Antworten über die Vorgeschichte, Ursachen, Wesensmerkmale und Erscheinungsformen des Faschismus und enthalten auch reale Alternativen zum faschistischen System. Dimitroff definierte so in seiner Rede den Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. An anderer Stelle führte er aus: „Die imperialistischen Kreise suchen die ganze Last der Krise (von 1929 bis 1933 — F. K.) auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Dazu brauchen sie den Faschismus.“ Genauso aussagekräftig sind seine Darlegungen über die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Dimitroffs Referat zählt zweifellos durch seine präzisen Aussagen zu den wichtigsten zeitgeschichtlichen Dokumenten.

Wilhelm Pieck arbeitet in seinem Vortrag „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Faschismus und Krieg“ die Hauptzüge der politischen Entwicklung vor dem Machtantritt des Hitlerfaschismus heraus. Er setzt sich unter anderem auch kritisch mit sekterierischen Positionen in der KPD auseinander. „So richtig es war, daß Kommunisten in Deutschland sich entschieden von der Sozialdemokratie abgrenzen und einen rücksichtslosen Kampf gegen Zörgiebel und Severing führten“, erklärte er in diesem Zusammenhang, „so falsch war es dagegen, daß Kommunisten begannen, sich auch von den sozialdemokratischen Arbeitern abzugrenzen und sie als ‚kleine Zörgiebel‘ zu bezeichnen“.

Palmiro Togliatti's Rede „Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ skizziert das Wirken des Faschismus auf internationaler Ebene, umreißt die Stellung der imperialistischen Großmächte, erläutert die Rolle der Sowjetunion im antifaschistischen Kampf, entwickelt schließlich konkrete Aufgaben im Ringen um den Frieden und für die Revolution.

## Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe!

## Schlägt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

So fing es an. In einem angeblichen „Frontsoldaten“-Aufruf wurde 1918 zum Mord an Kommunisten aufgefordert, dem Faschismus so der Weg bereitet. Fünfzig Jahre später liest man in der BRD ähnliche Mordparolen. (unten, Würzburg 1970). Die Geschichte hat bewiesen: die Spaltung der Arbeiterbewegung hat das deutsche Volk unsägliche Opfer gekostet. Nur in der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten können die Werkfältigen entscheidende demokratische Rechte erkämpfen. Das Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale vermittelt wertvolle Erfahrungen.



Die Herausgabe der Materialien durch den Verlag Marxistische Blätter GmbH (Frankfurt am Main) unter dem Titel „VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale — Reden, Auszüge aus der Diskussion, Schlußwort, Resolutionen“ (296 Seiten, DM 9,80) macht nunmehr auch in der BRD diese wichtigen Materialien der Öffentlichkeit zugänglich, schließt zweifelsohne eine Lücke in der antifaschistischen Literatur unseres Landes.

Fritz Krause

## Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Mit elf Beiträgen nahmhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen von der Antike bis zur Gegenwart.

facit-Reihe 7, broschiert 204 Seiten 6,—

## Das neue facit-Heft Nr. 25 enthält folgende Themen:

Jürgen Büscher: Marx an die Uni; Steffen Lehndorff: Bildungspolitik aus einem Guß - Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus; Arbatow: Zur ideologischen Strategie des Imperialismus; Raimund Teismann: Lateinamerika - Revolutionstheorien der Dritten Welt; u. a.

ca. 70 Seiten, größeres Format, neue Aufmachung, 2,50 DM.

Im Abonnement kostet das Heft 2,- DM zuzüglich Porto

## Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur

von F. W. Plesken

facit-Reihe 9, ca. 40 Seiten, ca. 1,50 DM

Hiermit bestelle ich . . . Exemplar(e) von  
FACIT Nr. 25

Hiermit abonneiere ich . . . Exemplar(e)  
von FACIT ab Nr. . . . bis auf Widerruf.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Schicken an:

FACIT, 53 Bonn, Colmantstr. 32

# WRK-Präsident: Marxistischen Fragestellungen nicht verschließen

Daß das Kesseltreiben der Reaktion, der Freiheitsbündler, der CDU/CSU Maffia, des Hamburger Senats und des RCDS gegen Marxisten bei den demokratischen Kräften auf Widerspruch trifft, zeigt ein Interview mit dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Gerald Grünwald (FR 31. 12. 71). Als bürgerlicher Liberaler hebt er hervor:

„Die linken Studenten haben nur dann Einfluß an den Universitäten, wenn sie Forderungen vertreten, mit denen sie einen gewissen Widerhall auch bei denjenigen finden, die nicht ihrer politischen Auffassung sind. Man muß also unterscheiden zwischen irgendwelchen Grundsatzzerklärungen, die abgegeben werden — etwa auf dem Gründungskongreß des SPARTAKUS —, und dem, was die Studenten wirklich in den Hochschulen tun. Dort müssen sie nämlich ganz anders agieren, weil sie auf Zustimmung der Studenten angewiesen sind.“ Dieser konstruierte Widerspruch zwischen Programmatik und politischer Praxis hat zwar nichts mit SPARTAKUS-Positionen zu tun, dokumentiert aber immerhin, daß der Einfluß des SPARTAKUS auch in den Augen eines Liberalen nur darauf zurückgeführt werden kann, daß er die wirklichen Probleme der Studenten aufgreift und sie konsequent vertritt. Das ist gegen alle gerichtet, die den SPARTAKUS zum „weltfremden Aufwiegler“ stempeln, der nur durch Gewaltanwendung sich Publizität und Gehör verschaffen kann.

Grünwald zur Parole Marx an die Uni: „Wenn es heißt: Marx an die Uni und nicht etwa: nichtmarxistische Wissenschaft von der Uni, dann wird man nichts dagegen sagen können. Daß auch marxistische Lehren und marxistische Frage-

stellungen in der Universität behandelt werden sollen, das ist eine Forderung, der man sich nicht verschließen sollte, einerlei, ob man nun selbst Marxist ist oder nicht“. „Wenn sie sich die Besetzung in den Hochschulgremien ansehen, dann ist die Vorstellung, daß es demnächst nur noch marxistische Universitäten geben wird, ziemlich absurd.“

Damit distanziert sich Grünwald von allen, die den Monopolanspruch der bürgerlichen Wissenschaft an den Hochschulen erhalten wissen wollen. Damit tritt er auch der Verleumdung entgegen, als sei „Marx an die Uni“ gleichbedeutend mit der Entfernung („notfalls mit terroristischen Mitteln“) bürgerlicher Wissenschaften von den Hochschulen. Er hält es vielmehr für erforderlich — eine durchaus liberale Position —, marxistische Fragestellungen in die wissenschaftliche Auseinandersetzung einzubeziehen: Eine Kampfansage wiederum an alle, die ihr reaktionäres Süppchen ohne Störung kochen wollen, die meinen, sich mit dem Marxismus als der Wissenschaft der Arbeiterklasse auseinandersetzt zu haben, wenn sie ihn verbieten. Eben diese Kreise scheuen die Auseinandersetzung: Grünwald ist bereit, sie aufzunehmen.

Die Rechtskräfte an den Hochschulen schätzt Grünwald so ein: Was die Mitgliederzahlen des Bundes Freiheit der Wissenschaft und sein Stellungnehmen zu konkreten Fragen angehe, habe er keine überragende Bedeutung. „Seine Existenz hat freilich eine darüberhinausgehende Bedeutung, daß nämlich diejenigen, die den Reformen skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen, sich durch die Existenz des BFDW bestärkt fühlen. Man wird die Gründung dieses Bundes als eine

der Ursachen dafür ansehen müssen, daß heute innerhalb der Hochschulen Tendenzen, die auf Erhaltung des Bestehenden gerichtet sind, mehr Gewicht haben als seinerzeit.“

In der Tat ist der Bund angetreten und setzt alles daran, die Reaktion zu organisieren und sie gegen jede demokratische Regung aufzuhetzen. Selbst der RCDS ist unter seinen Fittichen wieder neu aufgelebt. Immer mehr profiliert sich der Bund als das Sprachrohr der herrschenden Kreise und fährt seine „wissenschaftlich“ garnierten Angriffe gegen alles, was nach demokratischer Veränderung aussieht. Darum ist der Kampf gegen diese Kräfte, auf die sich die Parteien des Monopolkapitals stützen, um jede studentische Einflußmöglichkeit der Studenten niederzuknüppeln, ein wichtiger Bestandteil des Kampfes für eine demokratische Hochschule. Diesen Kampf müssen fortschrittliche Liberale und Marxisten gemeinsam führen.

## Pro Kopf 458,70 DM für Rüstung

Aus einer Tabelle auf Seite 170 des Weißbuches geht hervor, daß — nach NATO-Kriterien! — die Bundesrepublik (nach den USA und weit vor Frankreich, Norwegen und Großbritannien) die Spitze aller europäischen NATO-Staaten in den Pro-Kopf-Ausgaben für die Rüstung hält.

In der Bundesrepublik wurden 1971 pro Kopf der Bevölkerung 139 \$ oder 458,70 DM in die Rüstung gesteckt. 1971 mußte also eine vierköpfige Familie 1 834,80 DM der Rüstung opfern!

(errechnet nach „Weißbuch 1971/72 zur Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“, Bundesdrucksache VI/2920)



# Noch eine Totgeburt

Diesmal versucht ein „Kommunistischer“ Studentenbund („K“SV) den Zusammenschluß der „Roten Zellen“ und anderer maoistischer Studenten-Zirkel

Dem unablässigen „Parteien“ und „Aufbauorganisationen“ ausschwitzenden politischen Boden der Westberliner Studentenschaft ist wieder einmal ein Gewächs entsprossen, das verspricht „Garant der proletarischen Linie an den Hoch- und Fachschulen“ zu werden. Diese Organisation wäre nicht interessanter im Moment als die vielen anderen maoistischen „Garanten“ der „proletarischen Linie“, wenn sie nicht Kontakt hätte zu „einer Reihe von mit dem KSV sympathisierenden Studentengruppen in Westdeutschland“, wie in der die „Leitsätze“ des „K“SV beinhaltenden Nummer der Westberliner „Rote Presse Korrespondenz“ (RPK) das Aufsaugen der Roten Zellen durch den „K“SV umschrieben wird.

Dieser Assimilationsprozeß ist erst in Gang gekommen und noch keineswegs abgeschlossen; unverkennbar ist jedoch die Tendenz der Orientierung eines Teils der Roten Zellen auf den „K“SV. Dabei gehört es offenbar zur Taktik des „K“SV auch die Roten Zellen, die sich ihm bereits definitiv angeschlossen haben, (vorläufig), nicht als „K“-SV-Gruppe auftreten, sondern als U-Boote laufen zu lassen. Das hat den Vorteil, daß sich die Zentrale jederzeit von politischen Fehlleistungen dieser Gruppen (den eigenen Kriterien nach) distanzieren kann.

## Anteilnehmer für den MSB gewinnen!

In der Auseinandersetzung mit dem „K“SV muß berücksichtigt werden, daß ein Teil der Studenten, die dem „K“SV/Rote Zellen angehören, bzw. nahestehen, subjektiv antikommunistische Positionen beziehen, d. h. aufgrund ihres eigenen, momentan gegebenen Wissens vom Klassenkampf der Meinung sind, durch die Arbeit im „K“SV zum Kampf gegen die Ausbeuterklasse beizutragen. Dabei bekämpfen sie jedoch die DKP und den SPARTAKUS. Diese Studenten, deren nach „links“ umgestülpter Antikommunismus aufhebbar ist und die der Beweiskraft der Wirklichkeit noch zugänglich sind, sind in der ideologischen Auseinandersetzung für den tatsächlichen, realitätsverändernden Kampf zu gewinnen; mit ihnen haben wir als engagierte Partner intensiv zu diskutieren und sie, soweit möglich, in den politischen Kampf miteinzubeziehen (Wobei die jeweilige Form von den konkreten, lokalen Gegebenheiten abhängt.)

Anders wird es sich mit den „Führern“ dieser Organisationen verhalten müssen, deren Antikommunismus und Antisowjetismus nur noch in metaphysischer oder religiösen Kategorien faßbar ist und die mit ihrer jeder Klassenposition und aller Rationalität entrückten Ideologie des vermeintlichen „Antirevisionismus“ nichts anderes abgeben als die „linke“ Nahkampfgruppe in der antizonalistischen

Front der Barzel, Strauß, Springer und Schmidt-Schnauze.

Dabei haben die Führer der Linksopportunisten — der „K“SV eingeschlossen — in der von ihnen gewählten Form in der Auseinandersetzung mit DKP, SDAJ und SPARTAKUS den Boden der Solidarität und der kameradschaftlichen Kritik längst verlassen. Die fehlenden Beweise des behaupteten „Revisionismus“ der Deutschen Kommunistischen Partei, der SDAJ und des SPARTAKUS versuchen sie zu ersetzen durch Verbalinjurien und sprachliche Kraftakte, denen in ihrer straßischen Qualität offenbar die Überlegung zugrunde liegt, eine Lüge werde um so eher geglaubt, je unverschämter sie ist. Ohnehin wird ja der Aufbau des revisionistischen Pappkameraden überhaupt erst möglich durch das hartnäckige Ignorieren zentraler Punkte des Kampfprogramms der DKP und der mit ihr solidarischen Organisationen, durch Entstellung politischer Aussagen dieser Verbände und durch Verleumdungen, auch der Art, daß man vor der primitivsten persönlichen Diffamierung nicht Halt macht.

Das, was der „K“SV in der Nr. 118 der RPK als „Leitsätze“ veröffentlicht hat und was in Flugblättern der Roten Zellen direkt oder indirekt davon wiedergegeben wird, ist, alles in allem, kein Programm. Es ist ein Konglomerat aus moralischen Appellen, der marxistischen Theorie nachempfundenen Begriffskonstruktionen und ausgesprochenen Kalauern, die, mit Emphase vorgetragen, nichts an Ergötlichkeit zu wünschen lassen. Dennoch ist dieser Eklektizismus alles andere als harmlos. Denn da, nach Lenin, „die Theorie die Begründung beabsichtigter Handlungen“ ist, zeigt sich in ihrer praktischen Umsetzung — oder in deren Versuchen — ihr Klasseninhalt. In den Folgen, die politische Handlungen lang- oder kurzfristig zeitigen, erweist sich, ob die Theorie richtig oder falsch ist.

Auf dem Prüfstand der Wirklichkeit wird das marxistisch verbrämte Lippenkenntnis getrennt vom Aktivposten des

Erfolges, der allemal nachweisbar sein muß in realer Auswirkung. Eben an diesen „Wirkungen“ ist das Agieren der Linkssektierer, auch des „K“SV, auch der ihm vorgesetzten Studentenorganisation, die unter den Buchstaben „KPD“ firmiert, zu messen.

All das läßt sich in seinen Folgen beurteilen: die objektive Unterstützung der Unternehmerhetze gegen die Gewerkschaften durch die meisten Ultralinken, ihre Unterstützung der CDU/CSU-Kampagne gegen die Verträge von Moskau und Warschau, ihre Unterstützung des Feldzuges der Konzernbosse gegen die qualifizierte Mitbestimmung usw. usf. Alles „anders“ gemeint natürlich; alles „subjektiv“ ehrlich; alles vom Standpunkt des „echten“ Revolutionärs. Es zählt jedoch allein, was die radikale Phrase anrichtet, wem sie nützt. Denn immer noch bleiben auch die absurdesten Parolen und Handlungsanweisungen nicht folgenlos. Die Vernunftlosigkeit ist nicht weniger wirksam, nur weil sie unglaublich wäre.

## „Dem Volke dienen“ — die Theorie

„Dem Volke dienen“, dies sei, heißt es in der RPK Nr. 118, „die strategische Leitlinie“ des „K“SV, man habe sie von den „chinesischen Genossen“ übernommen. Ihre inhaltliche Ausfüllung macht denn auch ihrer Herkunft alle Ehre, ist doch in diesem Spruch, signifikant wie in keinem anderen sonst, die Aussagekraft und politische Prägnanz auf die Verwischenheit einer Pfadfinderparole reduziert. Gestalt bekommt jedoch die Theorie des „K“SV, der Roten Zellen, nicht in erster Linie durch positive Formulierungen, durch das Herausarbeiten eigenständiger Ideen — die Theorie des „K“SV und der Roten Zellen lebt und zieht von der „Abgrenzung“ zur Deutschen Kommunistischen Partei, zur Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. In dieses für alle „antirevisionistischen“ Studentenvereine charakteristische theoretische Strickmuster sind im Falle des „K“SV einige, wenn man so will originelle Fäden hineingewirkt. Diese „Originäten“ betreffen u. a. den Punkt „Klassenanalyse“ und den Punkt „antimonopolistischer Kampf“.

Was die Analyse des „K“SV zur Klassenlage angeht, so trifft für sie der Satz zu, daß der Wald vor lauter Bäumen nicht mehr gesehen wird. Da werden eine Menge Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz aufgezählt — reale als auch konstruierte —, da werden Pri-

vilegien genannt, wie solche, daß die Studenten „mit Privilegien wie relativ hohe(r) Bezahlung“ ausgestattet werden (S. 3) — (vielleicht ist das die Bafög-Einschätzung des „K“SV?) — vom maßgebenden Widerspruch zwischen der Masse der Studenten und der herrschenden Monopolbourgeoisie ist kaum die Rede. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Studenten gezwungen sein wird, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben, daß sie genau wie die Arbeiterklasse der Gefahr unterliegen, Qualifikation und Beschäftigung durch kapitalistische Rationalisierung und ökonomische Krise zu verlieren, daß die Studenten im

zahl von Gesetzmäßigkeiten, die man als „K“SV-ler im Auge haben muß), die entscheidend ist für die Strategie der Arbeiterklasse in der BRD: daß Herrschaft des Monopolkapitals gleichbedeutend ist mit Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Intelligenz, der Bauern, der Kleinbourgeoisie etc., daß alle diese Schichten sich in einem allgemeinen Widerspruch zum Monopolkapital befinden. Die Sammlung all dieser Schichten in einem antimonopolistischen Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse ist eine wichtige Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes für Demokratie und Sozialismus.

daher auch die Notwendigkeit der **gewerkschaftlichen Orientierung** der Studenten: indem die Studenten durch die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung lernen, massenhaft und solidarisch für ihre Interessen einzutreten, eignen sie sich die Kampfmethoden der Arbeiterklasse an, erkennen sie den Zusammenhang ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse, machen sie die Erfahrung der Notwendigkeit starker Bündnispartner im antimonopolistischen Kampf. Dabei ist es erforderlich, den ökonomischen mit dem ideologischen Kampf zu verbinden. Gewerkschaftliche Orientierung bedeutet also in keiner Weise



Daß die Intelligenz der Stoßtrupp der Revolution sei, diese Behauptung wagt heute von den bürgerlichen Intellektuellen kaum noch einer aufzustellen. Das heißt aber nicht, daß sie ihren Führungsanspruch aufgegeben hätten. Die Unverbesserlichsten von ihnen gründeten sogenannte „KPD“s und „KPD/ML“s und formulieren als deren Führer nun ihren Anspruch, den Klassenkampf zu organisieren.

Kampf um ihre ökonomischen und politischen Rechte dem gleichen Gegner gegenüberstehen wie die Arbeiter in den Betrieben, dem westdeutschen Monopolkapital, das wird nicht scharf genug mit allen Konsequenzen herausgearbeitet.

Anders gesagt: der „K“SV vergißt die Lenin'sche Kapitalismustheorie, er „vergibt“ ganz einfach eine Gesetzmäßigkeit (was nicht verwunderlich ist bei der Viel-

### Kampfmethode der Arbeiterklasse

Für den größten Teil der Studentenschaft leiten sich daher materielle Interessen ab, die objektiv antimonopolistischen Charakter tragen und das sind die materiellen Interessen des potentiellen akademischen Facharbeiters (z. B. Absicherung des Studienplatzes, qualifizierte Ausbildung, Abbau der Konkurrenzsituation innerhalb der Studenten usw.). Von

se eine Beschränkung auf eine reine Interessenvertretung in den Selbstverwaltungsorganen der Studentenschaft, in den Gremien der Hochschule.

Von all diesen Aspekten und politischen Erfordernissen findet man nichts bei dem auf ein simples Überredungskunststück hinauslaufenden Konzept des „K“SV: nicht durch ihre materiellen Widersprüche zum Monopolkapital und durch ihre

Teilnahme am sozialen und politischen Kampf an der Hochschule werden beim „K“SV die Studenten (und Teile der Intelligenz) zu Bündnispartnern der Arbeiterklasse, sondern durch „Umerziehung“ durch seine Leute.

In der Formulierung „Umerziehung zu Verbündeten“ manifestiert sich bis in die Sprache hinein dieses „auf die Seite der Arbeiterklasse schlagen“, eine Betrachtungsweise, die gesellschaftliche Prozesse wie Klassenauseinandersetzungen mit der Krämerseele betrachtet und auf die Ebene eines politischen Kuhhandels zerrt, bei dem man sich, je nach der Höhe des Schmiergeldes der bietenden Parteien, auf die eine oder andere Seite „schlägt“. Politische Arbeit für Marxisten an der Hochschule, auch Agitation — natürlich — geht jedoch nicht von einem abstrakten „sich auf den Standpunkt stellen“ aus, sondern sie geht aus vom **tatsächlich vorhandenen** Interessengegensatz zum Kapital — den man freilich erkennen und richtig analysieren können muß.

### Schritte zum Sozialismus

Im Kampf für Demokratie und Sozialismus nimmt die antimonopolistische Stoßrichtung, die Brechung der Macht der Monopole im Programm der marxistischen Arbeiterpartei der BRD einen zentralen Platz ein. (siehe auch S. 32 dieser Nr.). Es besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen dem Kampf um antimonopolistische Demokratie und dem Kampf um das sozialistische Ziel; er ergibt sich in erster Linie aus dem **Klassencharakter** der antimonopolistischen Demokratie. Charakterisiert wird er dadurch, daß unter der Führung der Arbeiterklasse die antimonopolistischen Kräfte bereits den entscheidenden Einfluß im Staat ausüben, die Schlüsselindustrien, Bankkonzern, Pressemonopole usw. in demokratisch kontrolliertes Gemeineigentum überführt werden. Da es sich bei der antimonopolistischen Demokratie um eine Durchgangsphase vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus handelt — es wäre „nicht richtig, die antimonopolistische Demokratie mit dem Sozialismus gleichzusetzen“ (W. Gerns) — ist sie auch **Keine eigene Gesellschaftsformation**. Zudem kann man keine historische Unvermeidbarkeit und Gesetzmäßigkeit der antimonopolistischen Demokratie verkünden. „Es geht also bei der antimonopolistischen Demokratie um eine Möglichkeit auf dem Weg zum Sozialismus, die — ausgehend von den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes — wahrscheinlich ist... Die Notwendigkeit dieses Kampfes als der **heute konkreten Form** des Ringens um den Sozialismus ergibt sich aus der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, aus dem Bewußtsein und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, aus der Notwendigkeit und den Möglichkeiten antimonopolistischer Bündnispolitik.“ (W. Gerns)

Klare Aussagen der DKP, die sich stützen auf eine umfassende Analyse der aktuellen ökonomischen und politischen Erscheinungen des Kapitalismus dieser Epoche, in der einschlägige Überlegungen Lenins mitverarbeitet wurden, eben-

lismus, heißt es in einem Flugblatt der Roten Zellen Frankfurt, sei „nicht auf dem Wege der allmählichen Zurückdrängung der Monopole zu erreichen“. Wer hätte das je behauptet? Was DKP und Spartakus allerdings immer wieder festgestellt haben, ist die Tatsache, daß die Grundvoraussetzung für die „Zerschlagung des Kapitalismus“ die Zurückdrängung der Macht der Monopole und die Stärkung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse ist. Den Sozialismus zu wollen und das Monopolkapital nicht zu bekämpfen entspricht der Haltung eines Menschen, der versucht sich einen Zahn ziehen zu lassen, ohne den Mund zu öffnen. Der Fehler des „K“SV ist der, daß er immer noch nicht begriffen hat, was ein Monopol ist. Für die „K“SV-Theoretiker wie für bürgerliche Ökonomen ist ein Monopol in erster Linie eine moderne Organisationsform der Produktion, nicht aber, wie bei Lenin, ein gesellschaftliches Verhältnis. Das ökonomische Monopol, sagt Lenin, ist der Kern dieses spätkapitalistischen Ausbeutungssystems. Damit ist der antimonopolistische Kampf, der Kampf gegen die Monopole „unabdingbar notwendig . . . als der heute konkreten Form des Ringens um den Sozialismus“, sagt die Deutsche Kommunistische Partei. Und wenngleich der „K“SV das nicht begriffen hat und nicht imstande ist dialektisch einzuschätzen — die Monopolbourgeoisie hat es längst begriffen. So sprach der Präsident des „Bundesamtes für Verfassungsschutz“, Schrübbers, kürzlich vor dem Rhein-Ruhr-Club Düsseldorf über die „Etappenstrategie“ der DKP (vgl. UZ v. 20. 11. 71) und stellte sie den Parolen der „Maoisten und Trotzkisten“ gegenüber, „die keine solche Phase eins (gemeint ist der Kampf um mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie in den Betrieben) kennen und unmittelbar zur sozialistischen Revolution aufrufen, was wenig Effektivität und Isolierung zur Folge hat“. Darum, weil die DKP ein realistisches Programm verfügt, versucht die herrschende Klasse sie durch Verbotsdrohungen und durch Diskriminierung ihrer Mitglieder einzuschüchtern.

### „Erkämpft das sozialistische Studium“ — das Hochschulkonzept

Diese Zusammenhänge zu begreifen und einzuordnen übersteigt freilich die politische Beobachtungsgabe der Maoisten und Trotzkisten. In ihren Phrasenkult paßt der antimonopolistische Kampf nicht, er ist ihnen zu wenig ehrgeizig, nicht (wie sie meinen) radikal genug.

Sie bramarbasieren über die „komende Revolution . . . als Volksrevolution“ (RPK, S. 2), den „Verrat der KPdSU-Führungsclique“ (S. 9), permanent „entlarven“ sie die „Theorien der Opportunisten“ und haben überhaupt alle Hände voll zu tun um zu sichern, daß ihre politischen Sandkastenspiele „revolutionär“ genug bleiben.

## Es eilt

Eine der diversen „KPD/ML's“, die Partei des Hamburger Ernst Aust, befindet sich im Zersetzungsprozeß. In einer Beilage des „Roten Morgens“ Nr. 15 beklagt Aust, daß das „Zentralkomitee“ „. . . die Hauptverantwortung dafür (trägt), daß sich Widersprüche in der Partei zu antagonistischen entwickelt haben“. Eine Strömung in der „Partei“ sehe einseitig als deren Aufgabe „die Erarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ und sehe nicht „die Seite der Arbeiterbewegung“. Diese Kräfte plädieren für die Liquidation der Partei. Eine andere Gruppe habe sich in „opportunistischer Weise an die Mehrheit der Parteifeinde angehängt“. Offenbar beflogt von den Machtkämpfen in der chinesischen Kommunistischen Partei und unbeeindruckt davon, daß, wie Aust selbst schreibt, „die Mehrheit des opportunistischen ZK . . . zu den Zirkeln übergetreten“ ist (damit aber indirekt für die Auflösung der Partei votierte) „beschloß“ das „Exekutivkomitee beim ZK“ den Fortbestand. Aust selbst erklärt dieses Phänomen: „Der demokratische Zentralismus in der Partei war . . . nur schwach entwickelt.“ Das namenlose „Exekutivkomitee“, das nur über „c/o Ernst Aust“ erreichbar ist, ruft den Entlaufenen zu: „übt Selbstkritik“, „überwindet Euren Opportunismus“. Die „Partei“ werde dafür kämpfen, „daß diejenigen Ge nossen, die die Situation falsch einschätzen . . . in die Reihen der Partei zurückkehren werden, wenn sie die Partei wollen . . .“, um, so Aust, „die Revolution so schnell wie möglich durchzuführen.“

so wie die Erkenntnisse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und Erfahrungen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung.

Der „K“SV jedoch hält den Kampf gegen die Monopole, gegen genau das, was Lenin in seiner Auseinandersetzung mit Kautsky den „Kern der ganzen Sache“ nannte („Das ökonomische Monopol — das ist der Kern der ganzen Sache“ (1)). für falsch. Die Zerschlagung des Kapita-

Aber, könnte ein Gutgläubiger einwerfen, der „K“SV hat doch ein Konzept, zumindest für den Bereich der Hochschule, er propagiert die Erkämpfung des „sozialistischen Studiums“. Was ist dieses „sozialistische Studium“, wie es der „K“SV u. a. in der RPK Nr. 118 vorstellt und wie es ihm die Roten Zellen nachsagen? Zuerst stellt die RPK fest, um was es beim „sozialistischen Studium“ nicht geht: es geht also

- „weder darum, Illusionen über die Möglichkeit der Übernahme einzelner Institutionen der Universität zu erzeugen“, noch darum im Kapitalismus sich der Hoffnung hinzugeben
  - „eine umfassende Ausrichtung der Ausbildung auf die Interessen des Volkes hin durchsetzen zu können.“ (S. 4)
- Worum geht es also?
- „Es geht allein (allein!) darum, alle fortschrittlichen und sozialistischen

„betrüge“ (S. 9). Weiter verbreite der Spartakus „Illusionen“ und „zerre“ den antiimperialistischen Kampf „zum bürgerlich-liberalen Protest“ herab.

Untersuchen wir kurz in einer (dem gegebenen Raum entsprechenden) Gegenüberstellung, wer die Studenten verwirrt, schwächt, betrügt und Illusionen weckt.

Die Stärke des „K“SV ist zweifellos, daß er gegen „Illusionen“ gewappnet ist. Da macht ihm so leicht keiner was vor.

Illusionär ist, wie wir von ihm wissen, die „Demokratisierung von Schule und Hochschule“, die u. a. unsere Forderung beinhaltet, daß endlich marxistische Professoren an den Hochschulen lehren („Marx an die Uni“). Illusionär ist „die Möglichkeit der Übernahme einzelner Institutionen der Universität“ (von der im MSB-Programm selbstverständlich nicht die Rede ist; uns geht es um die qualifizierte Mitbestimmung der Lernenden), illusionär ist die „gewerkschaftliche

## Konfusionen und Illusionen

Zuerst fordert der „K“SV an der „bürgerlichen Universität“ des Kapitalismus die „legale und ungehinderte Durchführung des sozialistischen Studiums“! Und zweifundzwanzig Zeilen nach der „Zerschlagung“ aller Illusionen fordert er „reguläre Seminare“ und Tutorien für das „sozialistische Studium“ (S. 5) Was meint er mit „regulär“? Wie soll die von ihm propagierte Verbindung des „Studiums der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus“ mit dem „Fachstudium (I-des „regulären“ Lehrbetriebs?) auf der Basis des historischen und dialektischen Materialismus“ (von wem gelehrt im „bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb“? aussehen?

Nach verbalen Platzpatronenlärm gegen die Mitbestimmung in der Hochschule fordert der „K“SV (von wem? der bürgerlichen Hochschuladministration doch wohl!) „die vollständige fachliche Selbständigkeit der Tutores“ (Rote Zellen/ „K“SV, Bonn). Der „K“SV „zeigt“ auf, daß die „bloße Aufstellung alternativer Studien- und Prüfungsordnungen den Charakter (II) des Imperialismus nicht“ antasten kann — — wer hat diesen Schwachsinn denn jemals behauptet? Der Charakter des Imperialismus ist geprägt von den Verwertungsbedingungen des Kapitals. Offenbar meinen die Verfasser die Kampfpositionen des Imperialismus . . . Nur eine kleine Begriffskonfusion, — bezeichnend für das theoretische Niveau dieser Bürger in Kommunistenpose.

Nach dieser Untersuchung des Hochschulkonzeptes des „K“SV steht fest: die Forderung nach einem „sozialistischen Studium“ ist illusionär, weil, wie die Kritik um das sehr viel bescheideneren projektierte Bremer Modell beweist, die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse an den Hochschulen, die Situation im Klassenkampf in der BRD insgesamt, noch so sind, daß die Monopolherrschaft in der BRD nicht ernsthaft in Frage gestellt, das Konzept eines „sozialistischen Studiums“ somit im negativen Sinn utopisch ist.

Die Forderung nach einem „sozialistischen Studium“ ist betrügerisch, weil allein die schlichte Notwendigkeit der Mehrheit der Studenten im imperialistischen Gesellschaftssystem einen Beruf anzustreben, die bruchlose Verbindung von Berufsausbildung und Vorbereitung auf den sozialistischen Kampf, ein „sozialistisches Studium“ also, verbietet. Diese Lösung ist nur akzeptabel für Studenten, denen sich das Problem ihrer Berufsperspektive aus Gründen der Gestaltung des Studienganges oder wegen subjektiver Faktoren nicht mit der Unabwesenbarkeit stellt, die es in Wirklichkeit für den allergrößten Teil der Studenten hat.

Die Forderung nach einem „sozialistischen Studium“ ist verwirrend und damit schwächend, weil es den Teil der Studentenschaft, der politisch bewußt ist



**Vietnam-Kongress, Westberlin 1968.** — Heute verliert keiner der sich vom Antiautoritären zum Mao-Gläubigen Gewandelten ein Wort der Kritik darüber, daß die chinesische KP-Führung den vietnamesischen Freiheitskämpfern in den Rücken fiel, als sie, just zu dem Zeitpunkt, da bei den Pariser Vietnamgesprächen die Vertreter der DRV und der FNL ihr 7-Punkte-Programm vorlegten und die USA diplomatisch (und militärisch) in die Defensive drängten, durch die spektakuläre Einladung Nixon aus dem Dilemma halfen und damit von diesem Plan und seiner Beantwortung durch die US-Regierung ablenkten.

Studenten zu gewinnen und zu einer Front gegen die kapitalistische Forschung und Lehre zusammenzuschließen“. (S. 5)

Das ist der „Inhalt“ des „sozialistischen Studiums“!

Zugleich stellt der „K“SV fest, daß Spartakus mit seinen Forderungen „Für eine demokratische Hochschule“, für eine gewerkschaftliche Orientierung der Studenten und für eine Ausbildung im Interesse der Werktätigen (das und nichts anderes ist nämlich der Inhalt einer von den Monopolen unabhängigen Ausbildung) die Studenten „verwirre“, „schwäche“ und

Kampfperspektive“. Und warum ist das alles illusionär? Der „K“SV verrät es: weil es „innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Demokratie für die Ausgebauten“ nicht geben kann. (S. 9). Und weil man „im Kapitalismus . . . eine umfassende Ausrichtung der Ausbildung auf die Interessen des Volkes hin“ nicht durchsetzen kann (S. 4).

Angesichts dieser Situation kommt natürlich dem Alternativprogramm des „K“SV/Rote Zellen große Bedeutung zu.

Es steht mit beiden Beinen im Leben, ist illusionslos und realistisch. Wie sieht es im Einzelnen aus?

und für demokratisches Recht kämpft, von der nicht politisch bewußten Masse der Studentenschaft isoliert, Studenten, die zu großen Teilen noch politisch desinteressiert sind, bzw. voller Antikommunistischer Vorurteile und sich darum für ein „sozialistisches Studium“ überhaupt nicht mobilisieren lassen. Diese Studenten sind über den Kampf um ihre demokratischen Rechte in Hochschule und Gesellschaft an sozialistische Positionen heranzuführen. Es würde eine maßlose Überschätzung der Bewußtseinsentwicklung dieser Teile der Studentenschaft bedeuten davon auszugehen, daß sie bereit wären sich für den Aufbau eines „sozialistischen Studiums“ einzusetzen.

Hier verwirren sich für den „K“SV und die Roten Zellen, die nicht über den Zaun ihres Revolutionssandkastens schauen, sondern nur „Sozialisten“ um sich sehen, wieder einmal die Fäden der Beurteilung objektiver und subjektiver Faktoren in der Bestimmung der Bewußtseinslage und der Kampfbereitschaft großer Teile der Studenten. Vor diesem Hintergrund wird wieder einmal mehr deutlich, daß die Aufforderung an die Studenten, tätige Reue zu üben wegen ihrer kleinbürgerlichen Klassenlage, wie der „K“SV sagt, ihre eigenen Interessen zu verraten und dem Proletariat zu „dienen“, nichts weiter als eine idealistische Schrulle, zu erklären am ehesten noch aus dem schlechten Gewissen von linken Studenten, die ihre Affinität zur antiautoritären Studentenbewegung per „Sprung“ verdrängen wollen.

## Demokratisierung der Hochschule ist möglich

Der Prozeß der politischen Bewußtwerdung und der Erhöhung der Kampfbereitschaft immer breiterer Kreise der Studentenschaft kann ideologisch, politisch und organisatorisch nur vorangetrieben werden, wenn man die materiellen Interessen der Studenten aufgreift und ihnen die Verbindung deutlich macht, die besteht zwischen den miserablen Studienbedingungen und der unzureichenden Ausbildungsförderung (um nur zwei Beispiele zu nennen) auf der einen Seite und der Politik der Herrschenden auf der andern Seite, einer Politik, die mit heuchlerischen Lippenbekenntnissen zur Demokratie und zur Pluralität hausieren geht, in der Praxis jedoch die demokratische Mitbestimmung der Lehrenden und Lernenden auch in Wissenschaft und Ausbildung via HRG blockiert. Die Mehrheit der Studenten muß ihren Gegner erst erkennen, muß erst lernen, gegen ihn, gegen das Großkapital, zu kämpfen, muß sich noch breiter organisieren.

Das Wort „demokratisch“ muß sich noch mehr als bisher für die Masse der Studenten mit konkreten Forderungen verbinden: **demokratisch** ist z. B., daß das Bildungsprivileg der Bourgeoisie hierzu land gebrochen, daß der NC abgeschafft

wird; **demokratisch** ist, daß in den bildungspolitischen Entscheidungsgremien die Vertreter der Arbeiter und Angestellten und der Hochschulangehörigen und ihrer Organisationen (Gewerkschaften, vds, etc.) entscheidend mitbestimmen; **demokratisch** ist, Marxisten, deren fachliche Qualifikation evident ist, an der Hochschule lehren zu lassen wie jeden Wissenschaftler sonst.

„Marx muß nicht aus pluralistischen Symmetriegründen an die Uni geholt werden, ‚Marx an die Uni‘ liegt im unmittelbaren politischen und sozialen Interesse der meisten Studenten.“ (Referat v. C. Straupe auf dem 1. Bundeskongreß) Und nicht zuletzt liegt „Marx an die Uni“ im Interesse der Arbeiterklasse. Denn: die unübersehbare Mannschaft der Alt- und Neofaschisten, jener unbelehrbaren aber Lehrenden Reaktionäre an den Hochschulen der Bundesrepublik, der ganze Intellektuellenstrom der Monopolbourgeoisie ist je ebensowenig aus „Symmetriegründen“ oder des „Pluralismus“ wegen im wohl dotierten Amt; dieser Teil der Lehrenden ist dort im Interesse und — teils mittelbar, teils unmittelbar — im Dienst der Kapitalisten; für sie arbeiten sie direkt

„K“SV. (vgl. RPK Nr. 118, S. 6). Denn das hieße eine „weitere Privilegierung der Studenten fördern“! Einen Trost freilich haben die Studenten, die in Jugendherbergen oder in Wohnlos schlafen, die jobben müssen, weil sie von der Ausbildungsförderung nicht leben können, die bei Krankheit unter Umständen ohne ausreichende Krankheitsfürsorge sind — : der „K“SV verrät ihnen, warum das so ist; eure Situation, erklärt er den Staunenden, ist „kein isoliertes Faktum im Kapitalismus... und auch nicht isoliert zu verändern.“ Chancen, daß der „K“SV dennoch tätig wird, haben diese Studenten nur, wenn — das ist seine Bedingung — zum Beispiel die Schließung von Wohnheimen — — — „aus politischen Gründen“ geschieht!!! Oder wenn vom Staatsapparat die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten — — — „mit der politischen Disziplinierung der Studenten verbunden“ ist — nach dem Motto offenbar: ein wohnungsloser, neben dem Studium jobbender Student, aber gottlob nicht politisch diszipliniert! Wen wundert es, daß der „K“SV auch nichts gegen das Hochschulrahmengesetz einzuwenden hat? Ist also der „K“SV für das HRG, dieses administrative Zimmermannswerk, das den gesamten Ausbildungs- und Wissenschaftsbereich den Imperialisten als funktionsgerechten Legobaukasten übereignet? Ja, sagt der „K“SV, „denn diese Gesetze sind notwendiger Ausdruck der Umorganisierung der wissenschaftlichen Ausbildung nach den veränderten Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals und entsprechen einem höheren Grad der Vergesellschaftung der Produktion, der von den Kommunisten (damit meint er sich) nicht bekämpft wird.“ (S. 6)



Präsident Nixons 750 Millionen Wahlhelfer. Aus: „Metall“

oder indirekt. Die Ergebnisse ihrer Arbeit kommen „der Wirtschaft“ zugute — und wer „die Wirtschaft“ ist, merken die Arbeiter spätestens bei der Aussperrung.

Darum basiert unsere Forderung „Marx an die Uni“ auf der Tatsache, daß lebendige Demokratie, ein „mehr“ an Demokratie, schlechterdings unmöglich ist ohne Durchsetzung der Interessen der werktätigen Bevölkerung — in den Fabriken, in den Hochschulen, in allen gesellschaftlichen Bereichen.

## Tatenlosigkeit als Prinzip

Das strategisch-politische Konzept des „K“SV hingegen ist nicht „von dieser Welt“, in der es um so profane Dinge wie z. B. „Kampf gegen soziale Verschlechterung“ geht; der „K“SV pflegt in seinem „sozialistischen“ Paradiesgärtlein die „reinen“ Blüten der Revolution, auch wenn es nur Stilblüten sind. Forderungen wie „Mehr Wohnheime für Studenten“, „Bessere Krankenversicherung für Studenten“, „Höhere Stipendien für Studenten“ stellen wir nicht auf, sagt der

Mit diesem Winkelzug hat sich denn der „K“SV glücklich aus der politischen Kampfarena herauskatapultiert. Seine Parole von der „Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes“ gibt er freiwillig der Lächerlichkeit preis.

Das Monopolkapital, sagt der „K“SV, organisiert um. „Notwendiger“ (!) Ausdruck dieser Umorganisierung ist die Festigung und Erweiterung der Herrschaft des Monopolkapitals, ist die Verschlechterung der Rechtsposition der Arbeiter im Betrieb (siehe neues Betriebsverfassungsgesetz!) sind leider — im Bereich der Hochschule, für die Studenten — Schmalspurausbildung, Regelstudium, undemokratische Lehrinhalte, numerus clausus — — aber was will man machen? das entspricht „einem höheren Grad der Vergesellschaftung der Produktion“, ist „Ausdruck der Umorganisierung der wissenschaftlichen Ausbildung“! Allerdings — und hier macht sich der „K“SV stark —, „wo mit der Einführung der technokratischen Hochschulgesetze der politische Kampf der fortschrittlichen Studenten, Angestellten und Dozenten behindert werden soll, wo die Entfaltungsmöglichkeit des Sozialistischen Studiums einge-

schränkt werden soll", — da wird der „K“SV unerbittlich zuschlagen. Er sagt jedoch ausdrücklich „wo“, d. h. er rechnet nicht eigentlich damit, „immerhin“, heißt das, „es wäre ja möglich. . .“

### KSV — Kautskys Studentenverband

Die Groteske hat ihren Höhepunkt erreicht. Man stelle sich vor: Die kommunistische Partei bringt eine Analyse heraus und leitet daraus ihr Verhalten ab, dergestalt, daß sie eine „Umorganisation“ im ökonomischen Bereich, einen „höheren Grad der Vergesellschaftung der Produktion“ konstatiert, vorgenommen von Monopolherren, die nur die Konzentration und Zentralisation des Kapitals im Kopf haben, sich aber im übrigen um die Arbeit und den politischen Kampf der kommunistischen Betriebsgruppen in ihren Fabriken nicht weiter kümmern! Denn genau dies beinhaltet die Aussage des „K“SV: das Monopolkapital schneidert sich den gesamten Wissenschafts- und Forschungsbereich auf die eigenen Ausbeutungsbedürfnisse zu, es versucht aus den Studenten in einem Minimum an Zeit unter einem Maximum an Konkurrenzdruck, indem es elementare demokratische Rechte abbaut, das Optimale an Leistung herauszuholen, es verwandelt die Universitäten in seine akademischen Schreibstuben — und diese Versuche, diese Entwicklung vor Augen, träumt der „K“SV von Spielwiesen fürs „Sozialistische Studium“, hält er's für möglich („wo“!), daß das alles eine Sorte von Ausbeutern tut, die nicht (oder nur eventuell) den „politischen Kampf der fortschrittlichen Studenten“ „behindern“ wird! Die auf der einen Seite nur

ihre kapitalistische Ökonomik machen und nur hin und wieder, gleichsam unbewußt, den politischen Kampf der Studierenden „behindern.“ „Wo“ das sporadisch mal vorkommt, zeigt aber der „K“SV dann sofort die Zähne. . .

Das ist platter Kautskyanismus. Hier wird mit Vollendung die Ökonomie von der Politik getrennt, hier wird wie in einem Lehrstück des Revisionismus beschrieben, wie sich die Monopole — bittschön, der technische Zwang — der „höheren Vergesellschaftung wegen“ Wissenschaft und Ausbildung unterordnen, die politischen Rechte jedoch nur von Fall zu Fall anasten. Darüber schrieb Lenin, bezugnehmend auf Kautsky, dessen Theorien der „K“SV nachplappert: „Wesentlich ist, daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt. . . Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik.“ (2)

Diese Leute haben bis heute noch nicht begriffen, daß der Monopolkapitalismus ein gesellschaftliches Verhältnis ist, wie Lenin sagt, und keine Kaufmannsrechnung. Sie träumen von Monopolisten, die die Produktion „vergesellschaften“, sich aber einen Dreck um den „politischen Kampf“ scheren. Sie sind sandkastenblind geworden: was sich um das Betriebsverfassungsgesetz abgespielt hat — „die politischen Rechte der Arbeiter“ — es sagt ihnen nichts. Die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften (die ja keineswegs gegen einen „höheren Grad der Vergesellschaftung der Pro-

duktion“ gerichtet ist!) und der Amoklauf des Großkapitals dagegen — es sagt ihnen nichts. Diese Windung ihres politischen Gehirns ist lange schon durchgeschmort, brüsten sie sich doch selbst mit ihrer „strikte(n) Ablehnung der Mitbestimmungsforderung“! (S. 6)

Diese „Analytiker“ sind außerstande zu erkennen, daß sich die Herrschaft der Monopole nicht nur niederschlägt in der „Vergesellschaftung der Produktion“, sondern daß die Monopole gleichzeitig versuchen, die demokratischen Einflußmöglichkeiten der werktätigen Massen, soweit noch vorhanden, abzubauen, daß sie — je nach dem Widerstand, der ihnen entgegengesetzt wird, je nach politischem Bewußtsein und Kampfkraft der Arbeiter und ihrer Verbündeten — versuchen, die politische Entmündigung des werktätigen Volkes durchzusetzen. Für sie geht „Vergesellschaftung der Produktion“ und „Abbau demokratischer Rechte“ Hand in Hand. Indem die Arbeiter für ihre Rechte, für Mitbestimmung z. B. kämpfen, kämpfen sie nicht gegen die Vergesellschaftung der Produktion — vorausgesetzt freilich, diese „Vergesellschaftung“ geht nicht zu Lasten der sozialen Lage der Arbeiter, was nur zu häufig der Fall ist. Die Arbeiterklasse kämpft also für mehr Demokratie, nicht für weniger Vergesellschaftung; das eine kann neben dem anderen bestehen. Nicht bestehen kann jedoch und für Marxisten politischer Wahnwitz ist zu sagen, weil die Monopole mehr und mehr die Produktion vergesellschaften kämpfen wir nicht gegen sie, verzichten wir bewußt auf den antimonopolistischen Kampf.

# UZ. Marx schreibt mit für uns!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.



Dr. Wenzel-Verlag GmbH

A 60 — Abteilung 41

Duisburg-Beeck

Pothmannstr. 12

## „Gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes“

Die Krönung des politischen Kretinismus des „K“SV und der Roten Zellen ist der Teil ihres Konzeptes, der unter der Parole zusammengefaßt ist „Gegen den Abbau und für die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes“.

Diese Lösung klingt vielversprechend, obschon sie bei näherem Hinsehen, unter marxistischem Gesichtspunkt, eine ordentliche Portion Defätismus enthält. Zuerst fragt man: der Abbau der demokratischen Rechte muß verhindert werden, — einverstanden; wer versucht nun diese Rechte zu schmälern, gegen wen also muß — im Verständnis des „K“SV — der „Verteidigungskampf“ geführt werden? Da freilich legt sich der „K“SV nicht fest: in wolkigen Formulierungen spricht er davon, daß „mit aller Kraft“ für die

um sich der Hoffnung hinzugeben, daß im Kapitalismus durch Zurückdrängung der Macht der Monopole etwas zu erreichen ist, etwa eine Ausrichtung der Ausbildung auf die Interessen der Werktäglichen. (RPK, S. 4) Ebensowenig hat der Eingriff in die Autonomie der Universitäten beispielweise etwas mit der Politik der Reaktion zu tun, einer Politik, wie sie auf der professoralen Flanke artikuliert und vertreten wird vom „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und auf der studentischen durch den RCDS und seine Afterorganisationen, — mitnichten; das alles, heißt es in einem Flugblatt der Roten Zellen Bonn (die „K“SV-Texte abdrucken) ist nichts weiter als „Ausdruck der für das Monopolkapital notwendigen Umorganisationsmaßnahmen“ und nicht, wie sie betonen, „Ausfluß der Machenschaften des Rechtskartells und der reaktionären Proffs“. Der sozialistische Kampf, stimmen die Roten Zellen Frank-

TAKUS doch wohl auch) ein unversöhnlicher Widerspruch bestehe, antagonistische Widersprüche bestünden, „die den KSV zu striktem Kampf gegen die falsche Politik der Revisionisten verpflichten.“ (S. 9)

## Kein Bündnis gegen rechts?

Tatsächlich ist es ja auch in der Praxis (bis jetzt noch) so, daß nahezu alle maoistischen Organisationen (mit vereinzelten Ausnahmen), sich dem Antikommunismus der SPD-Führung „links“ anschließend, ihre „Münchner Beschlüsse“ längst schon gefaßt haben und verwirklichen, d. h. der Aktionseinheit, dem Bündnis mit dem SPARTAKUS gegen rechts aus dem Weg gehen, ein solches Bündnis ablehnen. Schlimmer: in Anfällen totaler geistiger Verdunkelung verfolgt man eine Politik, deren Essenz lautet: daß DKP und Spartakus für die „richtige bündnispolitische Arbeit unter den Studenten gegenwärtig die Hauptgefahr“ darstellen! (RPK, S. 9) Da berührts einen ja auch nicht, daß die herrschenden Kreise DKP- und Spartakus-Mitglieder in ihren Grundrechten zu beschneiden versuchen (siehe Henne, siehe Marion Nürnberg, siehe die Beschlüsse des Hamburger Senats) — und da „enthält“ man sich eben, wenn im vds-Zentralrat dagegen protestiert wird, der Stimme... so praktiziert von Maoisten aus Baden-Württemberg.

Clevere bürgerliche Beobachter der Szene haben die Funktion der Linksopportunisten im Kampf gegen Spartakus erkannt, sie mahnen, doch nicht „alle Differenzierung unter linken Gruppen an der Universität mit dem Einheitsbegriff „Kommunismus“ zu erschlagen, vielmehr „derartige Polemiken durch eine differenziertere Betrachtungsweise zu ersetzen.“ (so die „Morgenpost“ vom 6. 8. 1971). Das ist eine unmißverständliche Aufforderung an die rechten Kräfte: arbeitet geschickter mit den Linkssektierern gegen die Marxisten, gegen die DKP und SPARTAKUS. Seine präziseste und direkteste Formulierung hat ja denn auch das Bündnisangebot der Neofaschisten an die Maoisten in einem Artikel gefunden, der in der der NPD nahestehenden „Deutschen National-Zeitung“ veröffentlicht wurde (vgl. Berliner Extra-Dienst v. 23. 10. 71) und in dem der Herausgeber dieses Blattes, Dr. Gerhard Frey, schreibt: „Den Kampf gegen die SEW und ihre großen Brüder in der Zone hat der maoistische „Kommunistische Studentenverband“ darum auch zu seiner Hauptaufgabe erklärt. In diesem Punkt zumindest können sich auch für National-Freiheitliche Anknüpfungspunkte ergeben, denn das ist auch ihre jetzige Hauptaufgabe an der FU.“ Diese „National-Freiheitlichen“ sind keine anderen als die Faschisten von heute. Frey weiter: „In Diskussionen sollte man versuchen, zumindest einige dieser Studenten, die sich „Maoisten“ nennen, davon zu überzeugen, daß auch für die National-Freiheitlichen der Vorsitzende Mao-Tse-Tung ein wahrer



Fragen der politischen Praxis: Keine Aktionseinheit der Maoisten mit dem MSB gegen rechts?

„Aufhebung der kapitalistischen Herrschaft“ zu kämpfen sei, manchmal spricht er auch vom Kampf „gegen das Monopolkapital“, aber das bleibt alles unverbindlich und gibt für den politischen Tageskampf nichts Konkretes ab. Viel präziser drücken sich dagegen die „K“SV-Theoretiker aus, wenn es gilt festzustellen, gegen wen der Verteidigungskampf nicht geführt zu werden braucht, weil er — man errät es schon — „illusorisch“ ist: gegen die Monopole! Unglaublich aber wahr. Es geht, sagt der „K“SV unmißverständlich, in keiner Weise dar-

für in diesen Chor ein, kann nicht erreicht werden „auf dem Weg der allmäßlichen Zurückdrängung der Monopole.“ (Flugblatt v. 24. 6. 71)

Also: „demokratischer Kampf“ ja, aber um Gottes Willen kein „antimonopolistischer Kampf“! Von dieser Position aus — wenn man diese Farce „Position“ nennen kann — machen der „K“SV und die Roten Zellen Politik. Das materialisiert sich in der Art, daß z. B. in den „Leitsätzen“ des „K“SV steht, daß zwischen dem „K“SV und den „revisionistischen Führern“ der DKP/SEW „(und des SPAR-

Freund in der nationalen Bedrängnis unserer deutschen Heimat ist. . .“

Was sagt der „K“SV? Für die „richtige bündnispolitische Arbeit unter den Studenten“ stellt SPARTAKUS „gegenwärtig die Hauptgefahr“ dar. Von solchen „Einschätzungen“ angesichts des obigen Bündnisangebotes (und ihrer Realisierung in der politischen Praxis) zum offenen Klassenverrat und der unkaschierten Kumpanei mit den Ausbeutern und ihren universitären Statthaltern ist es nur noch ein Schrittchen; keineswegs mehr ein „großer Sprung“. Schließlich gibt es das Beispiel im Großformat. . .

## Rebellion auf den Knien

Die Wurzeln dieser verhängnisvollen Blindheit des „K“SV und der meisten Roten Zellen liegen in ihrer Analyse des gegenwärtigen Klassenkampfes. Es herrscht ein Ohnmachtsgefühl dem kapitalistischen Apparat gegenüber vor, in dem die antikommunistische Erziehung der fast nur jungen (oder jugendlichen) Mitglieder sich weitgehend verdinglicht hat. Davon zeugt der wieder und wieder beschwörend vorgebrachte Hinweis auf die „Logik des Imperialismus“ (Rote Zellen Bonn), auf die „Gesetze des Kapitalismus“ u. ä. Hier ist der in der Zeit des Kalten Krieges vermittelte Horror vor der Schicksalhaftigkeit des Kapitalismus schon so weit verinnerlicht, daß man außerstande ist, konkrete Anhaltspunkte für einen wirklichkeitsverändernden Widerstand zu erkennen. In dieser Art von Gegnerschaft fehlen nicht starke Momente der Verzweiflung und Hysterie, das ganze läuft auf die für bürgerliche Intellektuelle typische „Rebellion auf den Knien“ hinaus.

Der „K“SV ist der Studentenverband einer Organisation, die sich „KPD“ nennt. Es gibt viele solcher Parteien. Ihre „Studentenorganisationen“ spiegeln den Charakter der „Partei“ getreulich wider. In diesen maoistischen „Parteien“ gibt es so gut wie keine Arbeiter, kaum kampferprobte Kommunisten, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus vorangegangenen Klassenauseinandersetzungen einbringen könnten. So können ihre Mitglieder auch nicht handeln wie klassenbewußte Arbeiter.

„Ein Politiker der Arbeiterklasse denkt und plant voraus. Er ist gedanklich vielleicht schon zehn Schritte weiter. Aber den größten Teil seiner Kraft konzentriert er auf den nächsten Schritt. Das ist eine Klasseneigenschaft des Proletariats. Wer generationenlang gewohnt ist, mit eigener Hände Arbeit das Brot für den nächsten Tag, die nächste Woche zu schaffen, dem hat das Leben selbst die Verantwortung für jeden Handgriff eingeblutet, der setzt seinen Fuß gern auf sicheren Boden. Der ist auch dann auf Praxis aus, wenn er sich mit Theorie beschäftigt. Der hatte ja nie Muse für die „reine“ Theorie, den hat erst der Klassenkampf auf die Notwendigkeit der Theorie gebracht.“

(Klaus Hilbig) Der ist nicht hypnotisiert von Formeln und Denkschriften; der begreift aus der Lebendigkeit des Ringens mit dem Klassengegner die Dialektik der „Gesetze“ des Kapitalismus und ihrer Überwindung; bei ihm schlägt sich in der Konzeption auch des Tageskampfes die Einsicht nieder, daß der Kapitalismus mit der Produktion und Reproduktion „seiner“ Logik und Macht auch die materielle und geistige Macht seiner Aufhebung produziert.

## „Alles oder nichts“

Nichts von solchen Begriffen bei den studentischen Sektierern vom Schlag des „K“SV. Da brechen hinter dem ekstatischen Gefuchtel mit dem Pappschwert großer Worte immer wieder die Panik durch und mehr oder weniger verschleiert ihr Fatalismus und Defätismus. Alenthalben konstatiert man „Abbau der Rechte des Volkes“; hebt man hervor, daß DKP und Spartakus „Illusionen verbreiten, daß es innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Demokratie für die Ausgebeuteten geben könne“ (RPK, S. 9); wird betont, daß im Kapitalismus nichts „isoliert zu verändern“ ist. Aber eben das bedeutet doch, diese „K“SV-Logik konsequent angewandt, daß auch keine demokratischen Rechte verteidigt, geschweige denn vermehrt werden können, daß der Kampf gegen Lohnraub, gegen Mietwucher, Preissteigerungen usw. aussichtslos ist — — da man sie nicht „isoliert“ sehen und verändern könne und daß darum letztlich der Kampf dagegen „borniert“ (Rote Zellen Frankfurt) ist, weil er, wie sie meinen, nicht zum Sozialismus führt.

Darum ist auch die Lösung „Gegen den Abbau und für die demokratische Verteidigung der Rechte des Volkes“ nicht marxistisch, nicht dialektisch, sondern statisch. Über diese Forderungen nicht hinausgehen heißt in der Praxis den demokratischen Kampf boykottieren. Es wird keine Schriftfolge einer zunehmenden Demokratisierung angegeben — jede Bewegung wird erschlagen mit der die Mentalität des Kleinbürgers widerspiegelnden Forderung des „alles oder nichts“. Unbekannt sind ihnen die Hinweise Lenins, welche die Erkämpfung weiterer demokratischer Rechte in der bürgerlichen Demokratie behandeln. „Die sozialistische Revolution ist kein einzelner Akt, keine einzelne Schlacht an einer Front, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte . . Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken . . Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequent revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.“ (3)

Die DKP, die eben für einen solchen „re-

volutionär-demokratischen Staat“, die antimonopolistische Demokratie, kämpft und Zwischenziele dahin aufzeigt, diffamieren sie als „revisionistisch“. Auf Lenin-Passagen aber (es gibt eine Fülle davon), wie die oben angegebene, reagieren die Maoisten-Führer zustimmend, wie alle bürgerliche Intellektuelle, „die mit ihrem Einverständnis im Prinzip und ihrer Ablehnung in der Praxis alles zugrunde richten.“ (4)

## Konsequenz: Werde Mitglied im Spartakus!

Die maoistischen Organisationen, der „K“SV wie alle anderen, haben keine Zukunft. Sie sind gestorben, bevor noch die Druckfarbe ihrer „Leitsätze“ getrocknet ist. Ihre Praxis beerdigt sie — mehr oder weniger schnell. Immer mehr Studenten, die sich heute noch auf sie orientieren, werden im Zuge ihrer politischen Erfahrung und ideologischer Einsicht ihren politischen Standort überprüfen.

Nur die Partei ist revolutionär, deren Programm in der Praxis, d. h. für den Menschen und nicht für den grünen Tisch entstanden ist und in der erfahrene, kampferprobte Arbeiterführer, für die der Klassenkampf nicht erst seit dem Sommer 1967 begonnen hat, die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung lebendig erhalten; für die die Klassenauseinandersetzung in den Betrieben im Mittelpunkt steht und deren Politik dort ihre Bewährungsprobe ablegt.

Der MSB SPARTAKUS versteht sich als Teil dieser antimonopolistischen Front. Er ist nicht durch Deklamationen mit den organisierten, klassenbewußten Arbeitern verbunden, er ist durch die Solidarität in der Praxis mit ihnen verbunden. Nach wie vor ist die Arbeiterklasse, ist ihre organisierte Vorhut, die schöpferische inspirierende Kraft im Klassenkampf. Spartakus kämpft an ihrer Seite und lernt von ihr.

Indem er die sozialistischen und demokratischen Studenten an den Hoch- und Fachhochschulen für die Schaffung einer wirklich demokratischen Hochschule organisiert, leistet er einen wichtigen Beitrag im Ringen für ihre aktuellen studentischen Interessen, als auch für ihre künftigen Interessen im Beruf. Spartakus ist erfolgreich, weil er immer mehr Studenten diesen Bezug aufzeigt und ihnen den Zusammenhang vermitteln kann zwischen ihrem Einsatz und der Offensive der Demokraten und Sozialisten in der ganzen Welt. —

(Unter Verwendung von Arbeiten der Spartakus-Gruppen Marburg und Münster.)

(1) Lenin, Werke, Bd. 23, S. 34.

(2) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Ausg. Werke, Berlin 1966, Bd. I, S. 842.

(3) Lenin, Werke, Bd. 22, S. 143.

(4) Lenin, Ausg. Werke, Bd. II, S. 578.

# Aus dem Kapitalismus kann man nicht einfach aussteigen

— sondern Alt und Jung müssen ihn als einzige handelnde Arbeiterklasse bekämpfen — Lehrlinge gehören zur Arbeiterklasse — Über einige Fragen der Lehrlingsbewegung und der Lehrlingsentlohnung — Lehrlinge brauchen Prozenttarif —

Diskussionsbeitrag von Ulrich Sander und Willi Schwettmann

Im Entwurf der „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ wird eine Berufsausbildung verlangt, die sich in „betriebswirtschaftlich unabhängigen“ Ausbildungsstätten und „nicht unter produktiven und konjunkturabhängigen Aspekten“ vollzieht. (1) Also nicht im Betrieb? An anderer Stelle werden Betrieb und Ausbildungsstätte einander gegenübergestellt. Gleichzeitig sprechen Bildungspolitiker der SPD davon, notwendig sei jetzt ein Sofortprogramm zur Errichtung von Berufsbildungszentren und überbetrieblichen Lehrwerkstätten. (2).

Liegt demnach im Auszug der Berufsausbildung aus den Betrieben die Lösung des Problems „Lehrlingsmisere“ begründet? Der Lehrling, der mittels gesetzgeberischem Kunstgriff per Berufsbildungsgesetz zum „Auszubildenden“ avancierte — ohne daß sich seine Lage verbessert hätte —, wird so quasi zum Schüler gemacht, der statt Lohn ein Stipendium erhält. Aber Lehrlinge sind junge Arbeiter und keine Schüler. Kein Kunstgriff kann daran etwas ändern, und die Arbeiterbewegung kann auch kein Interesse daran haben, dies zu ändern oder zu verschleieren.

In den „Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu einzelnen Fragen“ schrieb Karl Marx 1866: „Wir betrachten die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an dem großen Werk der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, als eine fortschrittliche, gesunde und berechtigte Tendenz, obgleich die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirklicht wird, eine abscheuliche ist.“ (3) Marx forderte den allseitig entwickelten Menschen, der „nicht bloß mit dem Hirn, sondern auch mit den Händen“ arbeiten kann. Bereits im Kommunistischen Manifest bezeichneten Marx und sein Freund Friedrich Engels die „Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion“ (4) als eine der ersten Maßregeln, die das siegreiche Proletariat durchführen muß, und in den sozialistischen Ländern ist dieser Grundsatz auch verwirklicht. Dort wurde durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die allseitige Ausbildung des Menschen ermöglicht.

Wo die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht beseitigt sind, gilt es, im solidarischen Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die „abscheuliche Tendenz“ des Kapitalismus die Rechte der Jugend durchzusetzen, nicht aber zum Scheitern verurteilte Fluchtversuche aus diesen Produktionsverhältnissen zu unternehmen. Marx: „Die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Erziehung, körperlicher Übung und polytechnischer Ausbildung wird die Arbeiterklasse weit über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie erheben.“ (5)

*Es geht um Mitbestimmung und neue Bildungsinhalte*

Die Kombination von Ausbildung im Betrieb und Unterricht in der Schule (Berufsschule) sollte also nicht aufgegeben, sondern auf neuer Basis verwirklicht werden. Unsere erste Forderung kann nicht sein, allgemeine staatliche Lehrwerkstätten zu schaffen — dies auch, aber nicht in erster Linie! —, sondern zunächst gilt es, den Kampf um inhaltliche Neubestimmung der Bildung und Ausbildung und um Mitbestimmung der Arbeiterklasse auf diesem Sektor zu führen.

Denn inhaltliche Neubestimmung und Mitbestimmung stellen sich nicht automatisch ein, wenn die Lehrlinge in staatliche Lehrwerkstätten statt in die Betriebe gehen. Im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus, wo der Staatsapparat zum unmittelbaren ökonomischen und politischen Instrument der Monopole geworden ist (siehe Finanzpolitik, Konzertierte Aktion, Orientierungsdaten, Preispolitik, Aufrüstung usw.), liegt es auf der Hand, daß es zum objektiven Interesse der Unternehmer wird, aus von Steuerzahlern oder Arbeitslosenversicherten finanzierten staatlichen Ausbildungsstätten kostenlos hochqualifizierte Lohnarbeiter zu beziehen. Jene industriellen Großbetriebe, die schon heute auf die Lehrlingsausbildung verzichten, um sich den Nachwuchs in den Handwerksbetrieben heranzüchten zu lassen, hätten dann eine noch bessere Quelle gefunden.

Es geht also darum, die Monopole zu zwingen, qualifizierte Berufsausbildung in ihren Betrieben zu veranstalten oder dann, wenn sie Ausbildungsmöglichkeiten nicht im angemessenen Umfang bieten, durch die Zahlung in einen Fonds

die Mittel für eine Berufsausbildung der Jugend in staatlichen Lehrwerkstätten bzw. Ausbildungsstätten anderer Betriebe aufzubringen. Wer von der Lehrlingsausbildung profitiert, soll auch dafür zahlen. Und weiter geht es darum, jede Ausbildung — ob im Betrieb oder in staatlichen Lehrwerkstätten — unter Kontrolle der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften erfolgen zu lassen und die Bildungsinhalte nach den Interessen der Arbeitenden zu bestimmen. Im Staatsmonopolismus sind Lehrwerkstätten eine Abteilung der kapitalistischen Produktion. Der Staat gehört nicht uns, den Arbeitern, sondern den Kapitalisten. Daher gilt es, auch in staatlichen Einrichtungen um den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen zu kämpfen. Hier zeigt sich erneut die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung in der gesamtstaatlichen Wirtschaftsplanung durchzusetzen.

Bevor wir uns also entscheiden, in welcher Form ausgebildet wird — durch betriebliche oder staatliche Lehrwerkstätten — geht es um die Klärung der Frage: Was wird gelehrt? Wer bestimmt?

*Betriebe als Schulen des Klassenkampfes*  
Oft kommt es vor, daß Arbeitervertreter deshalb im Auszug aus den Betrieben für die Berufsausbildung Vorteile sehen, weil einige Unternehmervertreter und ihre Politiker sich in Worten für die Ausbildung in den Großbetrieben aussprechen (und sie in Wirklichkeit — im gewerblichen Bereich zu 65 Prozent — den Handwerkern überlassen). So sagte Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) kürzlich: „Für den beruflidien Reifeprozeß bleibt die betriebsbezogene und betriebsinterne Ausbildung unerlässlich, denn der Betrieb als soziales Gefüge erleichtert die Integration der Lehrlinge in das vielschichtige Geflecht sozialer Beziehungen.“ (6) Der CDU-Politiker möchte also die Integration des Lehrlings in die kapitalistische Ausbeuterordnung, die er vornehm umschreibt. Aber das, was er möchte und das, was er kann, braucht nicht dasselbe zu sein. Im „vielschichtigen Prozeß sozialer Beziehungen“ — im Klassenkampf, auf gut Deutsch gesagt — spielt die organisierte Arbeiterschaft eine bedeutende Rolle. Der Kapitalist ist gezwungen, den Jugendlichen der Produktion zuzuführen, und er führt ihn damit zugleich der Arbeiterklasse zu. Nach wie vor bildet er damit objektiv die Totengräber seiner Kapitalistenklasse aus, von denen schon Marx und Engels sprachen. Die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften müssen sich diese objektiven Vorteile stärker zunutze machen. Sie müssen durch

klassenbewußte Betriebsräte und starke Vertrauensleutekörper sowie durch die Unterstützung der Jugendvertretertätigkeit den jungen Lehrling und Arbeiter in den Kampf seiner Klasse einbeziehen. „Der aufgeklärte Teil der Arbeiterklasse begreift . . . sehr gut, daß die Zukunft seiner Klasse und damit die Zukunft der Menschheit völlig von der Erziehung der heranwachsenden Arbeitergeneration abhängt.“ (Marx) (7)

Die Stellung des Lehrlings als Angehöriger der Arbeiterklasse wird besonders deutlich, wenn wir den Charakter seiner Bezahlung und seine Position im Verteilungskampf (Tarifbewegungen usw.) untersuchen. Auch auf diesem Sektor gibt es in der heutigen Arbeiterjugendbewegung viele Unklarheiten, die in erster Linie aus der Nichtanerkennung des Lehrlings als jungen Arbeiter herrühren. Wer den Lehrling zum Schüler machen will, spricht sich dafür aus, ihm keinen Lohn, sondern Honorar oder Stipendium zu geben. Dafür zwei Zitate als Beispiele:

+ „Wir fordern daher: Ausbildungsstipendien für Schüler, Auszubildende (gesperrt v. d. Verf.) und Studenten, die ihnen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten bestreiten zu können.“ (Jugendpolitische Forderungen der Gewerkschaftsjugend, in „Solidarität“, Nr. 8/9 1971).

+ „An die Stelle eines Lehrlingslohnes tritt ein staatliches Stipendium.“ („Ausbildung statt Ausbeutung“, Bonn 1970, herausgegeben vom Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD.)

*Hat ein Lehrling ein Stipendium oder Lohn zu verlangen?*

Die Autoren eines Jungsozialisten-„JS-Magazin“, Crusius und Wilke, stellen als Hauptthese die Behauptung auf, die Forderung nach Prozenttarif — also Lohn — widerspreche grundsätzlich der anderen Forderung nach guter, allseitiger Ausbildung. Diese Hauptthese ist zugleich der Hauptfehler der Autoren.

Stellen wir eine einfache Überlegung an: Die Autoren sind natürlich dafür, daß die Lehrlinge während der Ausbildung — und innerhalb dieses Rahmens — „produktive Arbeit“ leisten. (8) Ist aber im Kapitalismus eine produktive Arbeit außerhalb der Mehrwertproduktion — also ohne Ausbeutung — denkbar? Nein. Würde durch irgendein „Staatshonorar“ oder „staatliches Stipendium“ diese Ausbeutung der Lehrlinge beseitigt? Nein. Selbst die Lehre aller Lehrlinge in staatlichen Werkstätten wäre nur der vollendete Ausdruck des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie wir oben gesehen haben. Die Lösung „Ausbildung statt Ausbeutung“ ist eine richtige Lösung, aber sie ist endgültig erst im Sozialismus zu verwirklichen, wo jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Die Lösung kann an die Grenzen des kapitalistischen Systems heranführen, wenn damit dem Lehrling nicht vor-

gegaukelt wird, er könne sein Problem als Ausgebeuteter bereits im Kapitalismus und unabhängig von seiner Klasse lösen.

Mit der falschen Formel „Lohn für Auszubildende, aber Stipendium für die Auszubildenden“ kann man also kaum die Forderungen vieler Gewerkschaftsgruppen und Lehrlingszentren nach Prozenttarif als „reaktionär“ abtun. Der Kampf um Prozenttarif ist in Wirklichkeit eine Etappe im Kampf um gleichen Lohn, im Kampf, die Arbeitskraft so teuer wie es geht zu verkaufen. Der Lehrling im Kapitalismus ist nun einmal sei-

einzelnen Lehrjahre am jeweiligen Ecklohn, folgendes wichtig Argument: Die Bindung des Lehrlingslohnes an die Gesamtklasse der Ausgebeuteten. Dadurch stehen in jedem Lohnkampf automatisch die Erhöhung des Lehrlingslohnes um die einheitlich geforderten Summen oder Prozentsätze auf der Tagesordnung. Und dies in jeder Phase des Kampfes — bei der Aufstellung der Forderungen in den Betrieben, bei der Beschlüffassung in den Tarifkommissionen, bei Streik und Urabstimmung: stets sind die Lehrlinge einbezogen. Die Solidarität von alt und jung wirkt sich zum Vorteil aller Arbei-



**Während ein großer Teil der Hascher sich physisch und psychisch kaputt macht, bereichern sich die Dealer und pflegen, wie hier der Hamburger Kurmann, Ihre Dekadenz. Während die politische Strafjustiz gegen Linke nahezu faschistische Urteile fällt, wird der Verbrecher Kuhrmann lediglich zu 2½ Jahren verurteilt, von denen er nur 13 Monate abzusitzen braucht.**

ner sozialen Natur nach zugleich Ausgebeuteter und Lernender. Demzufolge wäre jedes „Ausbildungshonorar“ seiner sozialen Natur nach stets Lohn, Lehrlingslohn.

*Was spricht für den Prozenttarif als „Lehrlingslohn“?*

Mit Begriffen wie „Honorar“, „Stipendium“ wird im Falle der Lehrlinge eine bestimmte Seite ihrer Klasselage unrichtig charakterisiert, nämlich jugendlicher Lohnempfänger, jugendlicher Teil der Ausgebeuteten zu sein, was letztlich — gewollt oder nicht — den Entpolitisierungsbemühungen der herrschenden Klasse entgegenkommt.

Nach Lage der Dinge im Kapitalismus spricht für die Forderung nach Prozenttarif, das heißt nach wachsenden prozentualen Anteilen der Lehrlingsentgelte der

tenden aus. Denn ohne die älteren Kollegen, ohne die gesamte Kraft der einheitlich geführten Tarifbewegungen können die Lehrlinge nichts erreichen. Wer sollte denn eine Erhöhung ihres „Honorars“ kämpferisch durchsetzen, die relativ wenigen Lehrlinge oder alle Ausgebeuteten gemeinsam?

Allerdings bringt die Orientierung auf „Prozente“ des Facharbeitertarifs nicht deutlich genug zum Ausdruck, daß es sich hier in erster Linie um Lehrlingslohn handelt, also um jenen Lohn einer bestimmten Gruppe der Arbeiterklasse, nämlich nur der Lehrlinge, nicht der Jungarbeiter.

Am besten wäre es daher, die tarifvertraglich regelnde Lösung, die sich prozentual am Facharbeiterlohn orientiert, mit Lehrlingslohn zu bezeichnen. (Quellennachweis nächste Seite)

## Quellenhinweise und Erläuterungen

- (1) „Solidarität“ Nr. 8/9 1971
- (2) „Frankfurter Rundschau“, 2. 10. 1971
- (3) Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 192-195
- (4) Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 482
- (5) Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 192-195
- (6) KND-Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 64, 16. 9. 1971

(7) Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 192 - 195

- 8) Unter produktiver Arbeit verstehen wir Marxisten die gebrauchswertproduzierende und materielle Dienste verrichtende nützliche Arbeit. In der produktiven Arbeit sehen wir die Schöpferin des gesellschaftlichen Reichtums. Vom Standpunkt des Arbeitsprozesses ist jede körperliche und geistige Arbeit produktiv, wenn sie in der materiellen Produktion einzeln

oder als Glied eines arbeitsteiligen Produktionsorganismus verrichtet wird. Die produktive Arbeit umfaßt also alle Verrichtungen körperlicher oder geistiger Art, die zur Produktion von Gebrauchsgegenständen (Gebrauchswerten) erforderlich sind. Vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist nur die Arbeit produktive Arbeit, die ein in der Form des Mehrwerts von Kapitalisten angeeignetes Mehrprodukt erzeugt.

## Zum Metallarbeiterstreik:

# Ein Kapitel Klassenkampf

Der Tarifkampf in allen Bezirken der Bundesrepublik ist beendet. Modell der Abschlüsse wurde das baden-württembergische Ergebnis von 7,5 %. Der Arbeitskampf in der Metallindustrie kann jedoch nicht nur allein nach diesem mageren materiellen Ergebnis beurteilt werden. Dann käme man uneingeschränkt zu der Schlußfolgerung einer schweren Niederlage für die westdeutsche Arbeiterklasse. Das Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen muß ebenso danach gemessen werden, inwieweit diese zur Stärkung des Selbstbewußtseins der kämpfenden Arbeiter, zu Erkenntnissen über die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse und zu neuen Kampferfahrungen beigefragt haben, und diese damit auch künftige Klassenkämpfe beeinflussen.

Zu der in diesen Tarifkämpfen demonstrierten Kampfbereitschaft und -kraft der Metallarbeiter steht das materielle Ergebnis dieses Kampfes in keinem Verhältnis. Trotz der brutalen Gewalt der Aussperrung, trotz der bundesweiten arbeiterfeindlichen Berichterstattung des größten Teils der öffentlichen Medien, trotz der klaren Parteinaufnahme der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zugunsten der Unternehmer und trotz der dem Arbeitskampf gegenüber halberzigen Haltung der IG Metall-Führung, stand die Streikfront geschlossen bis zum letzten Tag in Nordbaden-Württemberg. Die jetzt ausgehandelte Lohnerhöhung von 7,5 % bedeutet faktisch bei Berücksichtigung der bisherigen und der zu erwartenden Steuer- und Preiserhöhungen ei-

nen Abbau der Reallöhne. Es kommt hinzu, daß die Laufzeit dieses Vertrages realiter 15 Monate beträgt. Dies entsprach sicherlich nicht dem Ziel des dreiwöchigen Arbeitskampfes.

Die DKP hatte die im Sommer von vielen Belegschaften, Vertrauensleutekörpern und gewerkschaftlichen Vertreterversammlungen aufgestellte Forderung nach 15 % Lohnerhöhung voll unterstützt. Ihre Durchsetzung hätte eine Erhöhung der Reallöhne verwirklicht. Die von den großen Tarifkommissionen aufgestellten Forderungen zwischen 9 und 11 % waren dann jedoch Ausdruck dafür, daß die Mobilisierung der Masse der Metallarbeiter für die 15 %-Forderung nicht gelungen war, was auch auf die gezielte Panikmache der Unternehmer und ihrer Organe

zurückzuführen ist. Um eine geschlossene Kampffront der Metallarbeiter zu erreichen unterstützte die DKP dann diese 11-, bzw. 9 %-Forderung, machte aber gleichzeitig deutlich, daß diese nur als Kampfziel nicht aber als Verhandlungsbasis gelten können. An der von Anfang provokatorischen Haltung der Metallbosse wurde deutlich, daß es der Bourgeoisie um eine politische Machtprobe ging. Sie wollte an der IG-Metall und den Metallarbeitern, dem kampfbewußtesten Teil der westdeutschen Arbeiterklasse, ein Exempel statuieren, um damit der gesamten westdeutschen Arbeiterklasse eine Niederlage zu versetzen und ihre in den letzten Jahren gewachsene Kampfkraft zu zerschlagen.

Ihre bisherige Taktik, die Integration der Arbeiterklasse mit Hilfe von Kräften in der Gewerkschaftsführung durch taktische Schritte und Kompromisse am Verhandlungstisch voranzutreiben, setzt eine bestimmte Bereitschaft auch zu sozialen Zugeständnissen durch die Unternehmer voraus.

Zu diesen Zugeständnissen waren sie in der jetzigen wirtschaftlichen Periode nicht bereit.

Die anfänglich richtige Taktik der IG-Metall, schwerpunktmäßig den Streik im

## Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,-

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzklärung - Satzung - Pressepiegel u. a.

Name .....

Ort .....

Straße .....

Ich bestelle per Nachnahme  
(Versand nur per Nachnahme möglich)

... Exemplar (e) des Protokolls.  
Schicken an: Bundesvorstand des  
MSB SPARTAKUS, 53 Bonn,  
Sternenburgstraße 73

Ich bitte um Informationsmaterial  
über den MSB SPARTAKUS:

Name: .....

Vorname: .....

Ort: .....

Straße: .....

Unterschrift: .....

Schicken an:

MSB SPARTAKUS, Bundesvorstand, 53 Bonn, Sternburgerstr. 73

kampfstärksten Bezirk Nordbaden-Württemberg auszurufen, schlug in ihr Gegen teil um, als die Metallindustriellen durch Betriebsstilllegungen den Kampf von ihrer Seite auch auf die übrigen Tarifbezirke ausdehnte. Eine konsequente Gewerkschaftspolitik hätte hier erforderlich, die geballte Macht der gesamten westdeutschen Metallarbeiter ins Feld zu führen, um die Offensive des Großkapitals zurückzuschlagen.

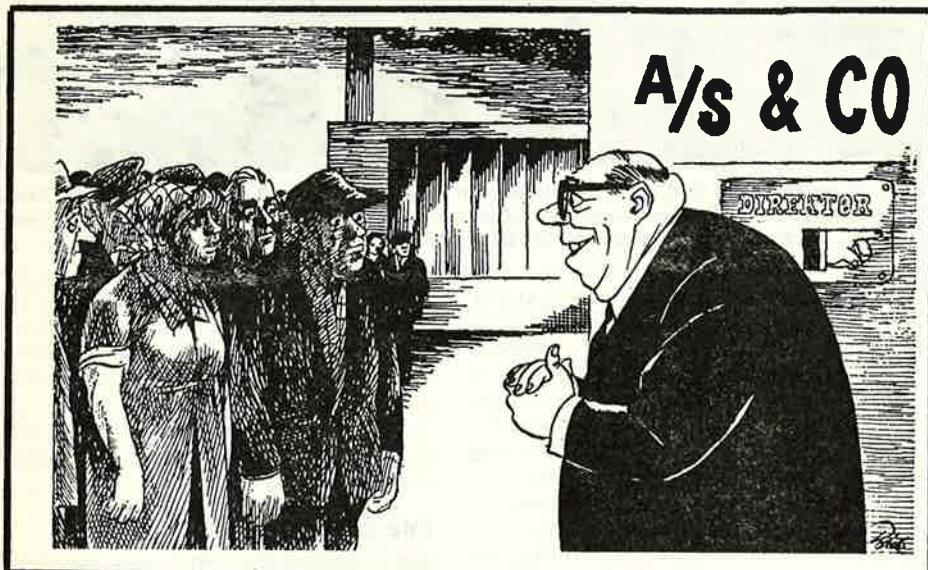
Die Bereitschaft dazu kam auch in einer Reihe von Beschlüssen und Warnstreiks in den anderen Bezirken zum Ausdruck. In der Verhinderung der Ausweitung der Kampffront kommt der Einfluß der rechten SPD-Führung auf die Gewerkschaften zum Ausdruck. Diese stand während des gesamten Verlaufs der Lohnbe-

wegung stets auf der Seite der Metallbosse. Schiller griff mit seinen Orientierungsdaten und Maßhalteappellen ebenso wie Brandt mit dem Versuch einer politischen Schlichtung massiv zugunsten des Großkapitals in die Tarifautonomie ein. Bei der Beurteilung dieser Klassenauseinandersetzung in der Metallindustrie müssen aber nicht zuletzt auch folgende schon erwähnte Faktoren berücksichtigt werden:

Durch den einheitlichen und geschlossenen Kampf der baden-württembergischen Metaller, in den übrigens auch ein großer Teil der Angestellten mit einbezogen wurde, konnte das provokatorische Nullangebot und das 4,5 %-Angebot unter den Tisch gefegt werden. Durch ihr brutales Vorgehen sorgten die Metallunter-

nehmer selbst dafür, daß bei einem großen Teil der Arbeiter und Angestellten die illusionäre Seifenblase der „Sozialpartnerschaft“ zerplatzt. Die in Mannheim und auf der kämpferischen Stuttgarter Kundgebung mit 50 000 Metallern verbreiteten Parolen zeigten durchaus gewonnene Erkenntnisse, die schon über ein rudimentäres Klassenbewußtsein hinausgingen. Das Nein von über 50 000 Kollegen, das sind 21 %, bei der Urabstimmung über den faulen Kompromiß von 7,5 % brachte ein beachtliches Mißtrauen zu dieser Kapitulation der IG-Metall-Führung zum Ausdruck, das sicherlich auch noch über diese 21 % der Kollegen hinausging. Daß dieses Mißtrauen nicht in Resignation und Gewerkschaftsfeindlichkeit umschlägt, sondern seine Fortsetzung in noch aktiverer Gewerkschaftsarbeit findet, ist vor allem Aufgabe der kommunistischen Gewerkschaftler. Die in diesem Frühjahr stattfindenden Betriebsrats- und Ortsverwaltungswahlen werden zeigen, inwieweit die Metallarbeiter aus diesem Arbeitskampf die richtigen Schlüssefolgerungen gezogen haben.

Die Aufgabe der DKP, die ihre praktische Solidarität mit den kämpfenden Metallern vom ersten bis zum letzten Tag aktiv zum Ausdruck brachte, bestand in diesem Arbeitskampf vor allem aber auch darin, die von den Arbeitern gewonnenen Erfahrungen im ökonomischen Klassenkampf zu vermitteln mit Erkenntnissen über die deutlich gewordene Rolle der CDU/CSU als Hauptpartei des Großkapitals, der unternehmerhörgen SPD/FDP-Regierung, ja dem Charakter dieses monopolkapitalistischen Staates überhaupt. Daß die DKP dieser Aufgabe konsequent nachkam, erwies sie auch in dieser Klassenauseinandersetzung als die marxistische Kampfpartei in der Bundesrepublik.



„Wir können die freudige Mitteilung machen, daß die Direktion für den Sozialismus mit einem menschlichen Gesicht eintritt. Wir haben beschlossen, 136 Mitarbeiter von der kapitalistischen Ausbeutung zu befreien.“

## Grundsätzliches zur Mitbestimmung

„Im Prozeß der Auseinandersetzung zwischen den demokratischen Volkskräften einerseits und dem militaristischen und nazistischen Block des Monopolkapitals auf der anderen Seite wird immer sichtbarer, daß die zentrale gesellschaftliche Frage der Kampf um Mitbestimmung im weitesten Sinn, in all seinen Formen, in allen Bereichen und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens der Bundesrepublik ist. Fast auf jedem gesellschaftspolitischen Gebiet in der Bundesrepublik zielen die Forderungen der demokratischen Kräfte auf die Realisierung und Durchsetzung der Mitbestimmung.“

Diese Aussage des Hauptreferats auf dem Gründungskongress des MSB SPARTAKUS hat uns veranlaßt, noch einmal einige grundsätzliche Gedanken zur Mitbe-

stimmung zu formulieren. Dies ist unseres Erachtens umso notwendiger, da sowohl Linksradikale als auch Rechtsopportunisten mittlerweile mit diesem Begriff hausieren gehen. Nur die klare Propagierung und praktische Umsetzung dessen, was wir unter unserer zentralen Forderung verstehen, kann die fortschrittlichen Studenten für einen so verstandenen Mitbestimmungskampf gewinnen, kann sie vor Illusionen bezüglich der institutionellen Mitbestimmung bewahren und ihnen den notwendigen Zusammenhang des Kampfes um Gegenmachtpositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen vor Augen führen und somit das Bündnis von Arbeiterklasse und fortschrittlichen Studenten festigen.

Aufgabe dieses kurzen Artikels kann es nicht sein, alle Aspekte des Mitbestimmungskonzepts zu beachten. Hierzu sei die Studie des IMSF „Mitbestimmung

als Kampfaufgabe“ empfohlen. Eine hinreichende, für den praktischen Hochschulkampf notwendige Konkretion bleibt Aufgabe der Diskussion und der Aus-

wertung der Kampferfahrungen der einzelnen Gruppen.

Die Studentenbewegung bekämpfte in ihrer ersten Phase — soweit sie den

Bereich der Hochschule überhaupt zum Gegenstand ihrer Kritik machte — die Willkür der Ordinarien, allgemein-autoritäre, bürokratische Strukturen sowohl der Universität als auch der Gesamtgesellschaft. Die Bezeichnung „antiautoritäre Phase“ hat hier ihren Ursprung und ihre Berechtigung.

Die Dialektik von Herrschaftsform und Herrschaftsinhalt freizusetzen, die Krise der Herrschaftsmethoden als Ausdruck der strukturellen Krise des Systems zu begreifen, gelang vorerst nicht.

Entsprechend hilflos war die Reaktion auf die Maßnahmen der herrschenden Klasse, als sie sich selbst daran mache, veraltete Strukturen an der Universität abzubauen, die den Verwertungsinteressen schon längst ein Hemmnis darstellten. Der integrationistischen Variante der Herrschaftsausübung, die gekennzeichnet war und ist durch die Einbeziehung oppositioneller Kräfte zur „Modernisierung“ des Systems, hatte die antiautoritäre Studentenbewegung nichts entgegenzusetzen.

Hierbei soll nicht übersehen werden, daß der antiautoritäre Kampf mit der inhaltlich noch nicht verdichteten Forderung nach „Selbstbestimmung“ auf dieser Ebene Ansatz und Triebkraft von allgemeinen Demokratisierungs- u. Mitbestimmungsfordernissen gewesen ist. Ihre Stabilisierung im Sinne einer langfristigen Strategie der Marxisten an der Hochschule erfordert jedoch die Zurückführung des Kampfes auf die inhaltliche Bestimmung der Interessenwidersprüche im Ausbildungssektor. Der grundlegende Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung verschärft sich unter staatsmonopolistischen Bedingungen in der immer stärkeren Hemmung der Entfaltung der Produktivkräfte — gemessen an ihren objektiven Möglichkeiten.

Er manifestiert sich im Hochschulbereich in der Hemmung der Entwicklung der menschlichen Produktivkraft und in der Anwendung der Wissenschaft als Destruktivkraft und Potenz zur Disziplinierung der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten.

Ausbildung an der Hochschule — wie Ausbildung unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt — umfaßt stets zwei Momente: Zum einen die Herausbildung konkreter Kenntnisse und Fertigkeiten, zum anderen ideologische Konditionierung. Während sich im ersten Moment potentiell die weitertreibenden Momente der Produktivkraft der Menschen entwickeln können, erfährt diese potentielle Entwicklung auf der Stufe des entfalteten Kapitalismus eine Eindringung durch das zweite Moment, das die reaktionäre Tendenz zur Aufrechterhaltung der Produktionsverhältnisse enthält.

Hierbei ergibt sich vom Standpunkt des Gesamtkapitals — entsprechend dem permanenten Zwang zur Konkurrenz und Profitmaximierung — ein Interesse an der



Der linke auf dem Bild, der Wismutkumpel Max Schreiber, ist Abgeordneter der Volkskammer. In der DDR bestimmt die Arbeiterklasse, im Bündnis mit den anderen werk-tätigen Schichten, im Betrieb und im Staat. (Foto: ND/Lange)

Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Dies erfordert vor allem die Erhöhung der Qualifikation und damit vermittelt der Produktivität des Gesamtarbeiters. Jedoch kann sich dieses Interesse nur gebrochen und widersprüchlich durchsetzen. Das Interesse an der Höherqualifizierung bewegt sich im Gegensatz zum Interesse an der Minimierung der Ausbildungskosten. Zudem verhindert das existentielle Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine tatsächliche, breite ungehinderte Entfaltung der Produktivkraft als Erhöhung der Qualifikation jedes Lohnarbeiters.

Die Arbeiterklasse hingegen hat ein Interesse an dem möglichst günstigen Verkauf der Ware Arbeitskraft. Möglichst günstig bedeutet einmal möglichst teuer (Lohnhöhe), möglichst tragbar (Arbeitsbedingungen) und möglichst lebenslang (Sicherheit des Arbeitsplatzes, Disponibilität). Mit dem beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritt gewinnt der letzte Aspekt immer mehr an Bedeutung. Eine breite Grundlagenausbildung und regelmäßige Weiterbildung sind Voraussetzung, am beschleunigten „Umschlag der Qualifikation“ teilzunehmen.

Mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt entwickelt die Arbeiterklasse potentiell ein Interesse an der Herausbildung von Fähigkeiten, die eine reale Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und perspektivisch an der Leitung gesellschaftlicher Prozesse ermöglichen. Die Entwicklung dieses qualitativ veränderten Qualifikationsinteresses ist Teil des Kampfes um die Aufhebung des Grund-

widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, ein konstituierendes Moment von Klassenbewußtsein. Es intendiert die umfassende Entwicklung der materiellen und menschlichen Produktivkräfte als Voraussetzung der gesellschaftlichen Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums.

### Interessendurchsetzung

Die Mehrzahl der Studenten als Lohnarbeiter in spe haben entweder unmittelbar identische Interessen mit denen der Arbeiterklasse, oder zumindest solche, die durch das Ziel der Beseitigung des Monopolkapitals gleichgerichtet sind.

An der Hochschule selbst erfahren sie die Minimierung der Ausbildungskosten durch überfüllte Seminare, unzureichende materielle Absicherung des Studiums, Wohnungsnot und Lehrmittelknappheit, durch Verkürzung des Studiums und nicht erfolgende Grundlagenqualifikation, was perspektivisch Arbeitsplatzunsicherheit zur Folge hat. Das wissenschaftliche, besonders gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisinteresse erfährt eine Hemmung durch die Ideologie der herrschenden Klasse, welche eine echte Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und die Einordnung der Einzellwissenschaft unmöglich zu machen sucht. Insofern entwickeln auch die Studenten ähnliche Kampfziele wie die Arbeiterklasse in den Betrieben, Büros und Kommunen, nämlich der Kampf um Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Einflußnahme hat zur Voraussetzung: „Offenlegung der Bedingungen, unter denen Entscheidungen zustande kommen; Kontrolle der Mechanismen und Apparaturen, mit denen Ent-

scheidungen realisiert (und damit Interessen durchgesetzt) werden, durch die Betroffenen selbst, durch deren unmittelbar gewählte Vertreter oder Organisationen; Beteiligung an den Entscheidungen und an den zu Entscheidungen führenden Willensbildungsprozessen auf den verschiedenen Stufen. Information, Kontrolle, Interessendurchsetzung sind somit untrennbar verflochten und bedingen sich gegenseitig.“ (1)

Die Durchsetzung der Interessen der antimonopolistischen Klassen und Schichten — die eben auch diejenigen der Mehrzahl der Studenten sind — finden dabei entsprechend dem aktuellen Stand der Entwicklung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses und des Kräfteverhältnisses im Teilbereich Hochschule unter Berücksichtigung der Strategie der Herrschenden ihren historisch spezifischen Ausdruck im Kampf um Mitbestimmungs- und Kontrollpositionen zur Schaffung demokratischer Rechte und Kontrolle.

„In Perioden zugespitzter Klassenkämpfe und entwickelten Bewußtseins der Arbeiterklasse erhält dieser Kampf seinen offenen Ausdruck in den Forderungen nach demokratischer und Arbeiterkontrolle. - Mitbestimmungsforderungen sind deshalb gegenwärtig ein beschränkter, spezifischer Ausdruck der allgemeineren und weitergehenden Forderung nach demokratischer und Arbeiterkontrolle.“ (2)

Der Kampf um Mitbestimmung ist in jeder Periode Gegenstand des Klassenkampfes auf den verschiedenen Ebenen (Ökonomie, Politik, Ideologie); der Grad der Durchsetzung von Mitbestimmungsforderungen ist eine Frage des Kräfteverhältnisses, eine Machtfrage. Auch wenn der Mitbestimmungskampf sich primär auf die Produktions- und Reproduktionssphäre bezieht, weist er gleichzeitig über die wirtschaftliche Mitbestimmung hinaus und führt an die Frage der politischen Macht heran. Diese Entwicklung liegt in der ökonomischen und politischen Herrschaftsstruktur des staatsmonopolistischen Systems selbst begründet. (3)

„Die objektiven Grundlagen der Forderung nach Mitbestimmung muß nämlich in der — schon von Lenin dargestellten — Tendenz des Monopols zur Unterordnung sämtlicher Lebensbereiche unter seine unmittelbare Herrschaft gesehen werden. Diese Tendenz, die sich in der zunehmenden Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen und dem Abbau demokratischer Rechte äußert, strafft den demokratischen Anspruch der spätkapitalistischen Gesellschaft Lügen. Indem die Formierung alle Bereiche der Gesellschaft erfaßt, wird dieser Widerspruch universal, prägt die ganze Gesellschaft.“ (4)

„Bezogen auf den Hochschulbereich sieht das so aus, daß der Widerspruch zwischen fortschrittlichen Studenten und reaktionären Ordinarien im Zuge der Hochschulformierung mehr und mehr zurücktritt hinter den Gegensatz von de-

mokratischen Bewegungen an der Basis einerseits und staatlicher Hochschulpolitik andererseits. Indem nämlich diese Politik die Hoch- und Fachschulen immer fester in den Griff der Monopole zwängt, indem sich in den zentralen Entscheidungsgremien Vertreter der Kapitalinteressen und Repräsentanten der antimonopolistischen Kräfte gegenüberstehen (und nicht nur Ordinarien und Studenten), ändert sich auch der Charakter der auftretenden Widersprüche. Was vorher bloßer Autoritätskonflikt war, ist jetzt der Konflikt zwischen antagonistischen Interessen.“ (5)

### Mitbestimmung und Massenkampf

Im Kampf um Mitbestimmung kommt es entscheidend — und das ist der Kern unserer Mitbestimmungskonzeption — auf die Entfaltung von Massenkämpfen und die Entwicklung von Klassenbewußtsein, auf das Aufzeigen des Gegners und der Möglichkeiten zur Ueberwindung der Macht des Monopolkapitals an.

„Es kommt bei den Forderungen nach institutioneller Mitbestimmung nicht in erster Linie auf den formalen Gehalt an (z. B. die Besetzungsverhältnisse von Institutionen). Vielmehr müssen sie danach beurteilt werden, erstens, ob sie



Masseninitiativen begünstigen oder nicht; zweitens, ob sie diese Initiativen gegen die realen Machtzentren des Kapitals lenken oder sich mit Korrekturen der Herrschaftsform zufrieden geben; drittens, ob sie materiell auf eine echte Erweiterung der Informationsbasis ... zielen; viertens ob sie Gegenmachtpositionen begründen und erweitern oder nicht.“ (6)

„Der Begriff Gegenmachtpositionen trägt dem Antagonismus der Klasseninteressen im Kapitalismus Rechnung und drückt aus, daß es Machtpositionen an sich nicht geben kann, sondern Gegenmachtpositionen immer nur im Verhältnis zur Macht des Kapitals stehen und begriffen werden können.“ (7) „Gegenmachtpositionen beruhen im Spätkapitalismus nicht in erster Linie auf der Vertretung in Institutionen, sondern auf der Fähigkeit zur Machtentfaltung (unter Ausnutzung von Institutionen).“ (8)

Mitbestimmung selbst in zentralen Entscheidungsorganen schränkt zwar die

Macht des Monopolkapitals ein, bricht sie aber noch nicht. „Die Überwindung der Herrschaft des Großkapitals ist eine qualitative (revolutionäre) Veränderung. Diese herrschende Macht kann nicht Schritt um Schritt abgebaut werden. Diese Macht ist aber auch nicht schrankenlos. Ihr Rahmen wird durch viele Faktoren beeinflußt, vor allem durch die Initiative und Kampfkraft der Arbeiterklasse. Und ‚Gegenmacht‘ oder ‚Macht der Arbeiterklasse‘ drückt aus, daß das herrschende System die Interessen der arbeitenden Menschen in dem Maß berücksichtigen muß, wie sie sich organisieren, Initiative entfalten und das System selbst in Frage stellen.“ (9)

### Mitbestimmung an der Hochschule

Eines der Kriterien, an denen Mitbestimmungsforderungen gemessen werden war, ob sie sich gegen die realen Machtzentren des Kapitals lenken oder sich mit Korrekturen der Herrschaftsformen zufrieden geben. Reale Machtzentren sind in erster Linie der Produktionsbereich und die Profitsphäre des Kapitals, aber auch andere Bereiche. Durch die staatsmonopolistische Formierung des Ausbildungssektors sollen die Hochschulen den Interessen des Kapitals und seines Staates vollständig und direkt untergeordnet werden. An den Hochschulen müssen wir deshalb die oben entwickelten sozialen und politischen Interessen der Mehrzahl der Studenten gegen die Profit- und Herrschaftsinteressen des Monopolkapitals durchsetzen. In erster Linie bedeutet das, den Kampf zu führen um:

1. den Charakter der Ausbildung (wessen Interessen prägen die Ausbildung)
2. den Charakter der Forschung (welche Projekte, welche Verwendung)
3. den Charakter der Ideologiebildung (demokratische Lehrinhalte oder reaktionäre bürgerliche Ideologie).“ (10)

Die Durchsetzung einer demokratischen Studienalternative, die Berufung eines marxistischen Wissenschaftlers, Kontrolle über Forschungsvorhaben sind — wenn sie vom bewußten Massenkampf errungen werden — wichtige Gegenmachtpositionen gegen die Macht des Monopolkapitals und seines Staates. Die Erringung von Gegenmachtpositionen müssen sich im Kampf niederschlagen in ihrer institutionellen Absicherung.

Der Kampf um Mitbestimmung wird nicht abstrakt geführt, sondern anhand konkreter Interessen, die es durchzusetzen gilt, anhand von konkreten Konflikten und Alternativen. Genau das drückt unsere Grundsatzerkklärung aus: „Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS sieht in der Durchsetzung von Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle über Forschungsplanung, Verwertung von Forschungsergebnissen Lehre, Studium und Stellenbesetzungen durch die Hochschulangehörigen und Arbeiter-

organisationen das zentrale Kettenglied im Kampf für eine fortschrittlich-demokratische Hochschulreform, als Teil des Rintgens für Demokratie und Sozialismus.“

## Einordnung in den revolutionären Kampf

„Ohne eine Einordnung der Einzelforderungen und der Teilerfolge in einen Gesamtplan des Kampfes, ohne die Orientierung auf die Entwicklung einer durch die Massen getragenen Kontrolle der Macht des Monopolkapitals, was unabdingbarer Bestandteil der Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte und des Aufbaus und der Errichtung eines Systems von Gegenmachtpositionen ist, würden zusätzliche institutionelle Möglichkeiten zu zusätzlichen Integrationsmechanismen degenerieren und Einzel- und Teilerfolge untergraben werden.“ (11)

Eben hier hat die marxistische Organisation, hat der MSB eine zentrale Funktion:

- er kontrolliert die Vertreter in den Institutionen, vermittelt ihre Arbeit mit der antimonopolistischen Strategie, um ein Ableiten in sozialdemokratische Handwerkerei zu verhindern
- er verallgemeinert aus zentralen Gremien erhaltene Informationen, um damit Masseninitiativen zu entfalten und zu unterstützen
- er zeigt in diesen Kämpfen die Grenzen institutioneller Mitbestimmung auf und orientiert auf das Ziel dieses antimonopolistischen Kampfes, auf die Errichtung einer fortschrittlichen Demokratie, in der die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Entscheidende Macht ausüben, in der die

Macht der Monopole gebrochen ist. Der Kampf linker Sektierer gegen die „Betrugsgremien“ ist ebenso hilflos — weil falsch — wie Don Quichottes verzweifeltes Angehen gegen die Windmühlen. Falsch, weil das Monopolkapital und sein Staat als homogener Block gesehen werden, in dem es keine unterschiedlichen Konzeptionen und Interessenwidersprüche gibt, deren Ausnutzung für eine revolutionäre Strategie durchaus von Bedeutung sein können. Falsch weiterhin, weil die Macht des Monopolkapitals allumfassend gesehen wird und die Stärke und Macht der organisierten Arbeiterklasse negiert wird, in diesem System Gegenmachtpositionen als Vorbereitung der endgültigen Umwälzung zu erringen. Wie eine Arbeiterklasse, die noch nicht einmal die Kraft zur Erringung von Gegenmachtpositionen zugesessen wird, die sozialistische Revolution auf einen Schlag durchzuführen in der Lage sein soll, bleibt ungeklärt.

Wir hingegen betrachten Mitbestimmungsfordernungen vielmehr als Antrieb zur eigenständigen Interessenvertretung und als Schulung im Klassenkampf. In diesem Zusammenhang bedienen sich die demokratischen und sozialistischen Kräfte der Mitbestimmungsgremien zur Verstärkung des Massenkampfes und zur Durchsetzung objektiver studentischer Interessen. Mitbestimmungsgremien — so verstanden — sind Mittel zum revolutionären Zweck.

Ebenso unmarxistisch ist die Einschätzung der Mitbestimmung, wie sie von Verfechtern des „sozialistischen Studiums“ getroffen wird. Wer meint, institutionelle Mitbestimmung nur auf die Durchsetzung des „sozialistischen Studiums“ beschränken zu können, erzeugt Illusionen über

die Möglichkeit der Durchsetzung von Forderungen in gesellschaftlichen Teilbereichen und läuft der Tendenz nach wieder auf eine Freiraumtheorie hinaus.

„Revolutionäre Politik heute aber heißt, in allen gesellschaftlichen Bereichen für die demokratischen Alternativen zu kämpfen, die sich unmittelbar aus dem Kampf um die Tagesinteressen ergeben, und zu zeigen, daß es sich dabei um ein System voneinander abhängiger Ziele handelt! Denn ohne einen demokratischen Fortschritt in allen die Lebensinteressen betreffenden Grundfragen gibt es keinen wirklichen Fortschritt, der nicht zugleich auch wieder der Gefahr der Integration und der Neutralisierung ausgesetzt wäre.“ (12)

### Anmerkungen:

- (1) Mitbestimmung als Kampfaufgabe. — Grundlage — Möglichkeiten — Zielrichtungen. Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik, Köln, Pahl-Rugenstein 1971, Beiträge des IMSF 2, S. 309/310
- (2) Ebenda, S. 25
- (3) Vergl. ebenda, S. 24/25
- (4) Kurt Bayertz, Einige Bemerkungen zur Mitbestimmung, In: Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS, Protokoll des 1. Bundeskongresses des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS — 20. und 21. Mai 1971, Bonn 1971, S. 176
- (5) ders., ebenda S. 177
- (6) Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O. 43
- (7) Ebenda, S. 308
- (8) Ebenda, S. 309
- (9) Ebenda, S. 308/309
- (10) Kurt Bayertz, a.a.O., S. 177
- (11) Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., S. 44
- (12) Christoph Strawé, Hauptreferat — Macht den SPARTAKUS stark; In: Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS, a.a.O., S. 42

## Sechzig Hummer . . .

Jedesmal, wenn eine neue Lohnrunde bevorsteht, beginnen die Unternehmer und Großaktionäre der bundesdeutschen Industrie das größte Jammern. „Lasset uns maßhalten. . .!“ Sparen und Maßhalten — das bezieht sich natürlich nur auf Löhne, Gehälter und Sozialleistungen für die Masse der Arbeitnehmer, nicht auf den Gewinn. Denn Gewinn muß sein, sonst — so sagen die Unternehmer — drohen Massenarbeitslosigkeit, Elend und Hunger — nicht ihnen den Konzerngewaltigen, sondern den Arbeitern und Angestellten. Um die sorgen sie sich. Wegen der eigenen Familie und deren standesgemäßen Lebensunterhalts haben sie keine Angst. Warum nicht, zeigt der nachfolgende Report vom süßen Leben unserer deutschen Maßhalte-Apostel.

Man aß mit Händen und Füßen. Die meisten Gäste kauerten und kauten auf Fellen und Kissen. Von der Decke hingen Trauben. Auf der 16 Meter langen Tafel lagen: Sechzig Hummer, dreihundert Krebse, viertausend Belon-Austern, hundert Hühnerschenkel, vierzig Pfund Spanferkel, fünfzig Pfund Kalbshaxen, siebzig Pfund Roastbeef, zwanzig Pfund

Räucherlachs, dreißig Pfund Käse in 27 Sorten, 150 Liter Wein, dreißig Flaschen Whisky, vierzig Flaschen Wodka. . . Zum Nachtisch gab es einen halben Zentner Erdbeeren, frisch eingeflogen aus Israel, sechzig Ananas. Es labten sich: Prinz Ferfried von Hohenzollern, Erica Thyssen, Graf Gundl Lösch, der halb Niederbayern besitzt, Verleger Hubert Burda, Bleistift-Erbe Graf Toni Faber-Castell. . .

Die Kosten der Superschlemmerei, etliche zigtausend Mark, gingen, sozusagen, „zu Lasten der Staatskasse“, also der steuerzahlenden Allgemeinheit. — Denn „natürlich“ setzen die mit so gesundem Appetit ausgestatteten Erben von Großgrundbesitz, Presseimperien und Industriekonzernen alles, bis auf den letzten Lachs, von der Steuer ab — als „Werbungskosten“...

Die Steuergesetze, von den allermeisten als Last empfunden, bringen einigen Auserlesenen noch mancherlei Segen. Wenn beispielsweise ein Milliardär wie Dr. Günter Henle, Hauptaktionär und Chef des Klöckner-Konzerns, in bequemer Nähe seines Duisburger Wohnsitzes einen schönen großen 18-Loch-Golfplatz haben möchte, dann braucht

er ihn nur zu stiften (was er übrigens wirklich tat). Die Millionenkosten sind, da der Förderung des Sports dienend, voll steuerabzugsfähig, obwohl nun keineswegs jedermann auf besagtem Platz Golf spielen kann. Er müßte dazu erst — für etliche tausend Mark — Klubmitglied werden. . .

Mit einem Geschick (ihrer hochbezahlten Steuerexperten) können vielfuhndertmillionenfache Millionäre — ganz unabhängig vom Ertag ihrer Unternehmen — fast alles, was sie und ihre Familien an aufwendigem Luxus treiben, anderen anlasten — dem Konzern, dem Finanzamt, letztlich der Allgemeinheit. . . Dies alles muß man wohl bedenken, wenn Unternehmer zum Maßhalten auffordern. Im Streß des hastigen Geldverdienens vergessen sie meist, daß die zigtausend Lohn- und Gehaltsempfänger, die sie in ihren Werken beschäftigen, unter „Steuerabzug“ etwas ganz anderes verstehen als sie, auch nur selten die Möglichkeit haben, sich irgend etwas Extravagantes vom Finanzamt zurückzuerstatten zu lassen.

(Aus einem Bericht von Bernd Engelmann, veröffentlicht in „METALL“, Nr. 20/1971)

## Entwicklung eines Krisenherdes

**Januar 1970:** Das Militärregime unter Yahya Khan hebt das neun Monate zuvor verhängte Verbot jeglicher politischer Betätigung auf. Davon ausgenommen ist die seit 1954 in der Illegalität kämpfende Kommunistische Partei. Die ersten allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung, ursprünglich für den 5. Oktober ausgeschrieben, werden auf Grund wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten auf den 7. Dezember verschoben.

**7. Dezember 1970:** Die Wahlen enden mit einem überwältigenden Sieg der im Ostteil Pakistans dominierenden Awami-Liga. Die von Mujibur Rahman geführte Partei erzielt mit 167 von 313 Sitzen die absolute Mehrheit. Die Volkspartei des früheren Außenministers Zulfikar Ali Bhutto erringt 86 Sitze in Westpakistan. Die Awami-Liga fordert in einem 6-Punkte-Programm eine weitgehende politische und wirtschaftliche Autonomie für Ostpakistan. Das Programm sieht fortschrittliche soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen vor: eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens, Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien, Beschränkung des Großgrundbesitzes, freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern, auch zum benachbarten Indien, sowie den Austritt aus den imperialistischen Paktsystemen CENTO und SEATO.

**1. März 1971:** Yahya Khan verschiebt auf Grund einer Drohung der Volkspartei, die für den 3. März vorgesehene konstituierende Sitzung der Nationalversammlung zu sabotieren, diese auf den 25. März. Das Programm der Awami-Liga als Grundlage der Verfassung wird von dem Großgrundbesitzer und Millionär Bhutto und seiner Partei strikt abgelehnt.

**2. März:** Die innenpolitische Krise spitzt sich durch einen daraufhin von der Awami-Liga ausgerufenen Streik in Dacca und die „Kampagne des zivilen Ungehorsams“ shegnee um rd um

weiter zu (Schließung von Schulen und Lehranstalten, Abbruch der Steuerzahlung an die Zentralregierung, Streik der Staatsangestellten usw.). Yahya Khan verhängt das Kriegsrecht über Ostpakistan.

**8. März:** Mujibur Rahman macht die Teilnahme der Abgeordneten der Awami-Liga an der ersten Sitzung des Parlaments von der Aufhebung des Kriegsrechtes, von der Untersuchung der Ursachen der sich mehrenden blutigen Zusammenstöße sowie von der Übergabe der Macht an die gewählten Vertreter abhängig.

**22. März:** Yahya Khan verschiebt die konstituierende Sitzung der Nationalversammlung erneut. Gespräche zwischen ihm, Mujibur Rahman und Bhutto in Dacca werden plötzlich ergebnislos abgebrochen. Der Präsident weigert sich, das Kriegsrecht aufzuheben und die Truppen zurückzuziehen.

**25. März:** Der Führer der Awami-Liga ruft die Bevölkerung Ostpakistans zum Generalstreik auf, um gegen die Ermordung friedlicher Demonstranten zu protestieren. Das Militärregime verbietet die Awami-Liga und verhaftet in der Nacht zum 26. März Mujibar Rahman. Später wird

er von einem Militärtribunal der „Kriegsführung gegen die Regierung“ und des „Verrats an den Interessen des Landes“ beschuldigt.

**26. März:** Die westpakistanischen Truppen übernehmen in Ostpakistan die Macht. Der Militärgouverneur verbietet jede politische Tätigkeit und verhängt eine vollständige Pressesperrre. Arbeiter und Angestellte werden durch Androhung drakonischer Strafen aufgefordert, die „Kampagne des zivilen Ungehorsams“ zu beenden.

**30. März:** Zwischen den westpakistanischen Truppen und der Bevölkerung Ostpakistans kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen Schußwaffen, Panzer und Flugzeuge zum Einsatz gelangen. Gruppen der Mukti Bahini (Befreiungsarmee) formieren sich zum Widerstand. Die internationale Öffentlichkeit, allen voran die Sowjetunion, appelliert an das Militärregime, die Repressalien einzustellen und das Problem friedlich zu lösen. Angesichts des brutalen Vorgehens der Truppen Yahya Khans wendet sich Indien an die UNO, „dem Massaker an dem unbewaffneten Volk“ Einhalt zu gebieten. Die pakistanschen Behörden lehnen jede Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes für Ostpakistan ab.

**April:** Vor dem brutalen Vorgehen der Armee flüchten immer mehr Einwohner Ostpakistans nach Indien. Das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarländern spitzt sich zu.

**17. April:** Mitglieder der verbotenen Awami-Liga rufen die „Unabhängige Souveräne Volksrepublik von Bangla Desh“ aus und bilden eine provisorische Regierung.

**Mai:** Der Militärgouverneur von Ostpakistan, Generalleutnant Tikka Khan, befiehlt den verschärften Kampf gegen „staatsfeindliche und antisoziale Elemente“. Die Militäradministration übernimmt die Funktionen der Polizei und der Justiz. Ein AP-Korrespondent berichtet, die Straßen der Hauptstadt Ostpakistans seien halb verwaist, viele Gebäude nur noch Ruinen. Die Zahl der Flüchtlinge wächst bis Ende des Monats auf über drei Millionen an.

**Juni/Juli:** Der Terror dauert an. Indien fordert Pakistan erneut zur „Beendigung des Mordens“ in Ostpakistan und zur Rücknahme der Flüchtlinge auf. Die USA schicken weiterhin Waffen nach Pakistan. An der Grenze zwischen Ostpakistan und Indien werden vier pakistanische Divisionen stationiert. Yahya Khan erklärt vor ausländischen Journalisten: „Wir sind sehr nahe an einem Krieg mit Indien.“

**9. August:** Indien und die UdSSR unterzeichnen einen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit. Er entspricht den Lebensinteressen beider Länder, dient der Sache des Friedens und der Sicherheit in Asien und ist ein wichtiger Bestandteil internationaler Beziehungen.

**19. August:** Die pakistanischen Militärbehörden annullieren die Mandate von 195 der 288 Abgeordneten der Awami-Liga des ostpakistanischen Provinzparlaments und leiten Strafverfahren gegen sie ein. Ihnen werden „kriminelle Delikte“ zur Last gelegt. Die Zahl der Flüchtlinge erhöht sich auf etwa 8 Millionen.

**September:** Es kommt zu weiteren Übergriffen westpakistanischer Truppen auf indisches Gebiet. Im indischen Unionstaat Meghalaya wird ein Grenzdorf von pakistanischen Einheiten überfallen. Die indischen Grenztruppen werden in Alarmbereitschaft versetzt.

**22. November:** Die indische Luftverteidigung schießt drei pakistatische Düsenjäger über indischem Gebiet ab. Seit März hat Pakistan in 890 Fällen die indische Grenze und 50mal den Luftraum verletzt. 83 Proteste Neu-Delhis bleiben wirkungslos.

**3. Dezember:** Ministerpräsident Frau Indira Gandhi erklärt in einer Rundfunkansprache an das indische Volk: „Vor einigen Stunden, am 3. Dezember 05.30 Uhr, hat Pakistan einen Krieg gegen uns begonnen. Die pakistanischen Luftstreitkräfte griffen plötzlich unsere Flugplätze bei Amritsar, Pathankot, Srinagar, Awantipur, Uterlai, Jodhpur, Ambala und Agra an. Ihre Landstreitkräfte beschließen unsere Verteidigungspositionen in Suleimanki, Poonch und anderen Gebieten. Wir haben keine andere Wahl, als unser Land auf den Krieg einzustellen.“

**5. Dezember:** Indische Truppen schlagen pakistane Truppen bei Agartala zurück. In Kaschmir überschreiten pakistane Einheiten die Demarkationslinie. Indische Verbände stoßen im Raum von Comilla vor.

**6. Dezember:** Indien erkennt die „Volksdemokratische Regierung von Bangla Desh (Ostpakistan)“ an. Indira Gandhi unterstreicht, daß die Regierungen und Völker von Indien und Bangla Desh gemeinsam für Freiheit und Demokratie eintreten und gegenseitige gutnachbarliche Beziehungen herstellen werden. Pakistan bricht die Beziehungen zu Indien ab. Washington ergreift Sanktionen gegen Indien und sperrt einen 87,9-Millionen-Dollar-Kredit, um – wie Reuter betont – „Indiens wirtschaftliche Kapazität zu schwächen“. Im UNO-Sicherheitsrat weigern sich die USA und einige andere Staaten, eine politische Lösung in Ostpakistan als Voraussetzung für die Beilegung des Konflikts anzuerkennen. Ein entsprechender sowjetischer Resolutionsentwurf wird durch das Veto der VR China abgelehnt.

## Grußtelegramm der Partei der Werktätigen Vietnams an den DKP-Parteitag

In den vergangenen Jahren haben die DKP, die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen demokratischen Kräfte in der BRD unter äußerst schwierigen Bedingungen des Kampfes gegen die Herrschaft des Großkapitals sowie die reaktionäre Politik der herrschenden Kreise in der BRD für die sozialen und politischen Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt viele Erfolge errungen.

Wir freuen sehr über diese Erfolge und glauben fest, daß der beharrliche und unbeugsame Kampf der DKP, der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Kräfte in der BRD nach diesem Parteitag noch viele neue, größere Erfolge erringen wird... .

# Was sich ultra „linke“ Gruppen unter demokratischem Kampf vorstellen

So sehr es auch einige gutgläubige Linke hierzulande nicht wahrhaben wollen, in der BRD tobts der Kampf zweier Linien. Wo ist das Grüppchen, welches nicht seine Prinzipienfestigkeit in der „schonungslosen Entlarvung“ des benachbarten Grüppchens erprobt hätte. Doch der „schändlichste Verrat“ ist immer noch nicht der schändlichste, verglichen mit dem schändlichen Verrat an sich (verkörpert durch Spartakus und DKP). So läßt sich der Kampf zweier Linien auf verschiedenen Ebenen führen und die diversen Strategen in den Reihen der „kollektiven Theoretiker des Proletariats“ sind sich dieser subtilen Dialektik durchaus bewußt.

Immer mehr sozialistische Studenten erkennen jedoch, daß der mit so viel Leidenschaft und Wortgerassel ausgetragene Zweilinienkampf nur darin besteht, die — sämtliche „linke“ Sekten auszeichnende — Strategielosigkeit zur Strategie oder zum Kampf um die richtige Strategie zu erheben. Hat man sich einmal zu dieser Dialektik von Strategie und Strategielosigkeit durchgekämpft, braucht man auch keine Strategie mehr. Eine realistische Einschätzung der Kampfsituation in der BRD, d. h. unter anderem die Bestimmung des Kräfteverhältnisses zwischen den Hauptklassen, im nationalen wie im internationalen Maßstab, des Verhältnisses der Arbeiterklasse zu ihren Bündnispartnern, der objektiven ökonomischen und politischen Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus, der Kampfkraft in den eigenen Reihen, der Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wird ersetzt durch die allgemeine Entlarvung des Klassengegners und seiner Lakaien. (Der Kompliziertheit des Klassenkampfes, vor allem bezogen auf das Verhältnis der Klassen zueinander, trägt man anscheinend genügend Rechnung, wenn man die Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung jeden Tag von neuem „bloßstellt“.) Die komplizierte Wechselwirkung der verschiedenen Bestandteile des Klassenkampfes verkommt zur sterilen Begriffsdialektik, indem einmal der ideologische, dann der politische oder ökonomische, einmal der sozialistische und — wenn der Hut brennt — eben der demokratische Kampf zur haupt- und nebensächlichen Seite des Widerspruchs erklärt wird.

## Ableitung fehlt

Es ist also durchaus möglich, daß sich die eine oder andere „Partei“ herabläßt, — hauptsächlich oder nebensächlich — die Verteidigung demokratischer Rechte zu proklamieren, was aber noch lange nicht bedeuten soll, daß diese Genossen bereit wären, gemeinsam mit uns gegen staatsmonopolistische Formierung und Militarisierung zu kämpfen. Ob sie jetzt bloß dem „inneren Trotzkismus“ wuchtige Schläge erteilen wollen, oder ob die vordergründige Erkenntnis dahintersteht, daß die bürgerliche Demokratie eben doch dem Faschismus vorzuziehen sei, in keinem Fall leiten sie die Notwendig-

keit des demokratischen Kampfes aus der imperialistischen Wirklichkeit ab. Indem sie den demokratischen Kampf als bloßen antifaschistischen Abwehrkampf begreifen, berauben sie ihn seiner antimonopolistischen Spitze. Den Genossen „wahre Marxisten-Leninisten“ blieb bisher sowohl die Einsicht in den untrennbar innen Zusammenhang von demokratischen und sozialistischen Kampf, als auch in das Wesen des Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals“ (1) versperrt. Worin sehen wir und worin sieht vor allem die DPK in unserem Land die Notwendigkeit der Entfachung von Massenkämpfen demokratischen Inhalts, worin sehen wir die Notwendigkeit der Mobilisierung breiter antimonopolistischer Schichten begründet?

## Ökonomische Monopol als Kern

Ausgangspunkt für die Bestimmung unserer Politik ist die Entwicklung des Imperialismus, dessen grundlegende Weisenszüge Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ analysierte. Indem Lenin das



„Natürlich lassen wir auch für die Arbeiter mal was springen!“

ökonomische Monopol als den Kern der ganzen Sache begreift, grenzt er sich von der Kautskyschen Auffassung vom Imperialismus ab, welche er als einseitig und nur die nationale Seite herausgreifend bezeichnet.

Die Entwicklung zum Monopol entspricht der allgemeinen Logik des Kapitals. Lenin schreibt: „In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine neue Gesell-

schaftsordnung hinein.“ (2) Heißt das etwa, daß der Imperialismus fortschrittlicher geworden ist, wo doch Lenin „einen gigantischen Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion“ konstatiiert, wo doch Lenin immerhin feststellt, daß einige der kapitalistischen Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen beginnen? (3) Aber für Lenin lief der sich abspielende Prozeß eben nicht auf eine tendenzielle Aufhebung des Grundwiderspruchs, sondern gerade auf seine Verschärfung hinaus. „Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung bleibt jedoch privat.“ Und schließlich: „Der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher.“ (4)

Lenin sah die zwei Seiten des Widerspruchs im Wesen ein und derselben Sache, ohne den Imperialismus — wie es Kautsky tat — einen ambivalenten Charakter zu bescheinigen. Deswegen bekämpfte er auch dessen ultraunsinnige Theorie, nach der sich der Imperialismus — wie mit Naturnotwendigkeit — zum mehr oder minder widerspruchsfreien Ultraimperialismus und dann vom Volkskapitalismus zum Staatssozialismus entwickeln könne.

Der uneingeschränkten ökonomischen Herrschaft der Monopole wird der politische Überbau angepaßt. Sowie der freien Konkurrenz der bürgerlich-demokratische Staat entspricht, entspricht dem Monopol die politische Reaktion auf der ganzen Linie. Auch der bürgerlich-demokratische Staat unter den Bedingungen der freien Konkurrenz war nie der Staat des ganzen Volkes, sondern Ausdruck einer ganz bestimmten Klassenherrschaft. Die neuen Herrschaftsverhältnisse im Imperialismus widersprechen jedoch der Demokratie überhaupt, also selbst der formalen bürgerlich-demokratischen. In dem Maße, wie sich die Monopole ökonomisch durchsetzen, wird auch die politische Herrschaftsform von ihnen bestimmt, wird Demokratie durch Gewalt ersetzt.

## Schlüsselfrage

Der im Stadium des Imperialismus auftretende tiefe Widerspruch zwischen Volk und Monopol wird zur Schlüsselfrage für die Bestimmung der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse. Eine antikapitalistische Strategie ist heute weniger denn je denkbar, ohne sich theoretisch der Totalität des Klassenkampfes zu bemächtigen. Für das Proletariat und seine Partei stellt sich heute die Frage, wie es die große Masse der kleinbürgerlichen Zwischenschichten für den gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur der Monopolbourgeoisie gewinnen kann, wie es eine Orientierung dieser Schichten in die Ver-

gängenheit, in die Idylle des frühen Handelskapitalismus verhindern kann. Es gehört wahrlich ein beträchtliches Maß an Ignoranz dazu, diesen zentralen Punkt unserer Strategie so auszulegen, als würden wir das Proletariat nach rückwärts orientieren, nach Lenin „kleinbürgerlich-reaktionäre Kritik am kapitalistischen Imperialismus“ betreiben, nur gegen das Monopolkapital, nicht gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, objektiv also „von einer Rückkehr zur freien, friedlichen, ehrlichen Konkurrenz träumen.“(5) Jene, die nicht mit den (DKP)-„Revisionisten“ in einen Topf geworfen werden wollen, weisen in diesem Zusammenhang des öfteren darauf hin, daß der Imperialismus den „Übergang zu einer höheren Ordnung darstellt“ (6), dieser die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus schafft. Das ist wohl unbestreitbar richtig, ebenso falsch ist jedoch die Schlußfolgerung, den Imperialismus als ökonomisch fortschrittlich und politisch reaktionär einzuschätzen.

Der reaktionäre Charakter sowohl auf dem Gebiet der Politik als auch auf dem Gebiet der Ökonomie läßt sich zurückführen auf die Verschärfung des Grundwiderspruchs zwischen Vergesellschaftung der Produktion und privater Aneignung. Der Rechtsopportunitismus der II. Internationale lief ja darauf hinaus, die Politik von der Ökonomie zu trennen, den Imperialismus als reaktionäre Politik des an sich fortschrittlichen Monopolkapitalismus zu definieren, nur die Auswirkungen, nicht die Monopole (als Kern der ganzen Sache) zu bekämpfen. Die Wortradikalität der Ultralinken (die sich antiimperialistischen Kampf nur als Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt vorstellen können, während hier der chemisch „reine“ Klassenkampf des Proletariats zu führen ist), sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie das Wesen des Imperialismus genausowenig begriffen haben wie die klassischen Opportunisten, — daß Links- und Rechtsopportunitismus nur verschieden schillernde Sumpfblüten darstellen.

Auf dem Boden einer falschen Imperialismustheorie kann unseren „Linkskommunisten“ der Zusammenhang von demokratischen und sozialistischen Kampf unter monopolkapitalistischen Bedingungen nicht einsichtig werden. Die allmähliche Aushöhlung selbst der formalen Demokratie wird nicht aus dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus abgeleitet, bekämpft werden nur bestimmte Auswirkungen, die zu offensichtlich die Negierung selbst bürgerlich-demokratischer Rechte zum Ausdruck bringen, auch der Imperialismus wird nur als Auswirkung des staatsmonopolistischen Systems d. h. praktisch nur als Kolonialismus „bekämpft.“

## Bürgerliche Demokratie bürgerlicher machen?

Nicht so der „K“AB-Tübingen. Der bläst zum Angriff gegen die Monopole, ruft

„alle Arbeiter, Angestellte, Angehörige der fortschrittlichen Intelligenz, Bauern, Handwerker und Händler“ auf, sich um das rote Banner des „K“AB zu scharen, dieser Kampf müsse „ein klares Ziel haben“, dürfe „sich nicht auf Reformen beschränken“, sondern müsse „auf die Überwindung des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems hinauslaufen.“ Der Partei der Arbeitersklasse unterjubelt man schließlich noch, daß sie den Kampf gegen das Rechtskartell nicht mit dem Kampf gegen den Imperialismus verbinde. (Rote Fahne Nr. 4). Die gar nicht solidarische Kritik der Tübinger „Marxisten-Leninisten“ an DKP und SPARTAKUS läuft somit wieder darauf hinaus, daß wir den Kampf des Proletariats um die Erringung der proletarischen Demokratie zugunsten des Kampfes um die Kautskysche „reine“ Demokratie — damit meinen sie die antimonopolistische Demokratie — verraten würden. Der Kampf um die Erringung der antimonopolistischen Demokratie bedeutet jedoch gerade nicht, die bürgerliche Demokratie bürgerlich demokratischer zu gestalten. In der Epoche des sterbenden Kapitalismus, in der Epoche des weltweiten Übergangs zum Sozialismus, kann

## Goldene Worte, die der Vorsitzende Mao Tse-tung vor langer Zeit sprach

„Die Völker des sozialistischen Lagers sollen sich zusammenschließen, die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sollen sich zusammenschließen, die Völker aller Kontinente sollen sich zusammenschließen, alle friedliebenden Länder sollen sich zusammenschließen, alle Länder, die unter der Aggression, der Kontrolle, der Einmischung und der Tyrannie der USA zu leiden haben, sollen sich zusammenschließen; Sie sollen die breiteste Einheitsfront herstellen, um die Aggressions- und Kriegspolitik des USA-Imperialismus zu bekämpfen und den Weltfrieden zu verteidigen.“

„Erklärung zur Unterstützung des panamesischen Volkes In seinem gerechten patriotischen Kampf gegen den USA-Imperialismus“  
(12. 1. 1964)

der Kampf um „konsequentesten Demokratismus“ (im leninschen Sinn) nicht beschränkt bürgerlich-demokratischen Charakter tragen. Der demokratische Kampf kann nur erfolgreich geführt werden, wenn er als strategisches Moment dem sozialistischen Kampf untergeordnet wird. Es ist falsch, bloß abstrakt zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie zu unterscheiden, und dabei -- obwohl man so oft den Genossen Lenin zitiert -- zu übersehen daß die demokratische Umwälzung einen zentralen Bestandteil jeder marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie darstellt, da die aus dieser Umwälzung hervorgehende Staatsordnung nicht als irgendeine beliebige Demokratie (das könnte in jedem Fall dann nur die bürgerliche Demokratie sein) begriffen werden kann, sondern als revolutionäre Demokratie, antimonopolistische

Demokratie wie wir sie nennen. Trotz linksrevisionistischer Litaneien über „demokratischen Kampf“ fehlt die klassengebundene Demokratie in der „Strategie“ sog. Antirevisionisten.

## Beschwörung ersetzt Konzept

Wie sieht die Bestimmung des Verhältnisses von demokratischem und sozialistischem Kampf nun bei den Genossen aus, die den Kommunisten so geduldig vorwerfen, sie würden den demokratischen Kampf vom sozialistischen trennen? Nun, unsere „linken“ Kritiker verlieren eben in keinem Augenblick das sozialistische Endziel aus den Augen, sie wissen auch, daß Demokratie erst im Sozialismus verwirklichbar ist. Weil sie die edlen Ideale des Sozialismus in keinem Augenblick vergessen, weil sie nie müde werden, den Volksmassen geduldig darzulegen, daß dieser Staat nicht der Staat des ganzen Volkes ist, tun sie nichts unter der wortgewaltigen Forderung nach dem Sozialismus.

Ist man einmal soweit, braucht man sich auch nicht mehr um konkrete Übergangsformen, welche die Massen an die entscheidende Frage jeder Revolution, an die Frage der Macht heranführen, zu kümmern. Das Lenin'sche Prinzip der Politik stellt sich dann dermaßen dar, daß sich sämtliche ökonomische Konflikte eben zur entscheidenden Frage: Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats? zuspielt, und diese Fragestellung hat ihnen zufolge in jeden ökonomischen Konflikt mit einzufließen; daß dies auf ganz gewöhnlichen Ökonomismus hinausläuft, braucht nicht näher beschrieben zu werden. Den Prozeßcharakter des Kampfes um den Sozialismus charakterisiert Engels folgendermaßen: „Die untere Klasse kämpft zunächst um einen Teil der Macht, später um die gesamte Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren Bedürfnissen zu ändern.“ (7) In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Forderung nach Mitbestimmung. Was darin „revisionistisch“ sein soll, wissen wirklich nur die anarcho-syndikalistischen Götter.

(1) Die kommunistische Internationale, VMB 1970

(2) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

(3) ebenda

(4) ebenda

(5) ebenda

(6) ebenda

(7) Engels, Die Trade Unions, MEW 19

## Bonn

Bei der Wahl zum Satzungskonvent der Pädagogischen Hochschule errang der Sozialdemokratische Hochschulbund alle 5 anstehenden Studentenmandate. Die mehrheitlich in der GEW organisierten Sozialdemokraten waren für die Beibehaltung der unabhängig verfaßten Studentenschaft eingetreten.

# Aus den Hochschulen

## Stuttgart

dpa. - Mit verhältnismäßig knapper Mehrheit hat der baden-württembergische Landtag das lange umstrittene Fachhochschulgesetz, mit dem die Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen des Landes rückwirkend zum 1. Oktober 1971 den Status von Fachhochschulen erhalten, verabschiedet. Das Gesetz bestimmt außerdem die Zugangsvoraussetzungen für die Fachhochschulen neu und soll eine Reform des Studiums einleiten. In der Debatte über das Gesetz bedauerte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Gerhard Noller, daß die verfaßte Studentenschaft nicht in das Gesetz aufgenommen worden sei. Damit gebe es in Baden-Württemberg jetzt Hochschulen mit dreierlei Recht und dreierlei Autonomie, nämlich Universitäten, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen. Noller erklärte: „Wir wollen Hochschulen gleichen Rechts mit verschiedenen Studiengängen und verschiedenen Abschlüssen.“ Für die CDU betonte dagegen der Abgeordnete Theopont Diez, in dem Fachhochschulgesetz sei ausdrücklich festgelegt, daß Studenten in den einzelnen Hochschulgremien vertreten seien und die Berechtigung hätten, sich zusammenzuschließen. Der FDP/DVP-Abgeordnete Oskar Marczy stellte fest, daß das Fachhochschulgesetz keinen wirklichen Beitrag zum Abbau des Numerus clausus darstelle. Marczy bemängelte auch, daß dem Vorschlag seiner Fraktion, den Fachhochschulen das Recht, sich eine Grundordnung zu geben, nicht entsprochen worden sei. Im übrigen weiche das Fachhochschulgesetz in wesentlichen Punkten vom Hochschulgesetz und vom Gesetz für die Pädagogischen Hochschulen ab, kritisierte der Sprecher.

Bei der von der FDP/DVP beantragten namentlichen Abstimmung sprachen sich von den 89 Abgeordneten 54 für das Gesetz aus, zehn stimmten dagegen und 25 enthielten sich der Stimme. Die Neinstimmen kamen vor allem aus der SPD-Fraktion, die Enthaltung von der FDP/DVP und der NPD.

## Hamburg

Auf der Mitgliederversammlung des SPARTAKUS der FHS Hamburg am 16. 12. 71 wurde mit der Gründung einer neuen Fachgruppe auch das 100. Mitglied aufgenommen. Der Genossin Doris Rosenthal wurde von der Ortsleitung der Hamburger Gruppen rote Nelken überreicht, vom Vorstand der Fachhochschule das Buch von Willi Bredel „Ein neues Kapitel“.

## Heidelberg

Bei den SP-Wahlen vom 13.12.—17.12.71 an der Heidelberger Universität erreichte die „Kommunistische“ Hochschulgruppe (KHG, NRF) 38 Stimmen (von 76). Die „K“HG stellt auch den AStA. Der MSB konnte seinen Stimmenanteil vergrößern, brachte jedoch keinen Kandidaten durch.

## Nahostseminar in München

**Am 29. und 30. Januar 1972 veranstalten das Münchener Palästina-Komitee und die Gruppe München des MSB Spartakus ein Nahost-Seminar. Ort: Mensa der Techn. Universität München, Beginn: 29.1.72, 10 Uhr. In einem einleitenden Referat wird der Nahe Osten in der Globalstrategie des Imperialismus und die Rolle Israels behandelt. (anschließend Diskussion). Drei Arbeitskreise behandeln dann folgende Themen: AK 1 - Nationale Fragen - „Judenfrage“ - Palästinensische Befreiungsbewegung; AK 2 - Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg im arabischen Raum - Kommunistische Weltbewegung und Naher Osten; AK 3 - BRD-Imperialismus und Naher Osten; AK-Berichte im Plenum mit anschließender Diskussion. Schlußreferat: Aktuelle Situation im Nahen Osten. Anschließend Diskussion.**

Anmeldung an: Klaus D. Fischer,  
8 München 5, Pestalozzistr. 27

## Karlsruhe

In einer Grußadresse an die Teilnehmer des 13. Jahreskongresses der CISNU am 6. Januar in Frankfurt (Main) betonte der AStA der Universität Karlsruhe, daß der 13. Jahreskongress der CISNU stattfinde zu einem Zeitpunkt, „an dem das Großkapital und seine jeweiligen Repräsentanten die Großangriffe auf die gesamte demokratische Opposition zu verstärken versuchen. Dies zeigt sich insbesondere bei den anhaltenden Versuchen der Diskriminierung, Verfolgung und Unterdrückung des demokratischen Kampfes von CISNU, dies zeigt sich bei den Vorlagen der Bundesregierung zum Verfassungsschutzgesetz und dem reaktionären Ausländergesetz, wo den ausländischen Arbeitern und Studenten in der Bundesrepublik, die die Wahrheit über die Regierung in ihrer Heimat ver-

bieten wollen, ein Maulkorb umgehängt werden soll. Die Festigung der Aktionsgemeinschaft wird somit zur wichtigsten Aufgabe aller Demokraten und Sozialisten. Nur im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, dem Imperialismus und seinen Steigbügelhaltern, können wir die Interessen unserer Völker durchsetzen.

Wir wünschen Eurem Kongreß einen fruchtbaren und erfolgreichen Verlauf.“

## Hamburg

Bei einer Wahlbeteiligung von 83,8 Prozent (!) konnte bei den Konventswahlen an der HWP Hamburg der MSB SPARTAKUS seine Stellung festigen. Die 21 Sitze + 5 verteilen sich wie folgt:

SHB	12
MSB	7
GMS	3
(Trotzkisten)	
KB	1
Unabh.	3

## Köln

Bei den Satzungskonventswahlen an der PH Köln erhielten die Kandidaten des SHB, des MSB Spartakus und der Linken-Unabhängigen 80 Prozent der abgegebenen Stimmen und errangen 24 Sitze von 20 Mandaten. Nach Ansicht des AStA hat dieses Wahlergebnis „erneut bestätigt, daß die Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung in Forschung und Lehre von einer überzeugenden Mehrheit der Studenten getragen und unterstützt wird.“ Die vom RCDS betriebene faktische Auflösung der studentischen Selbstverwaltung sei scharf zurückgewiesen worden.

## München

Bei den SP-Wahlen in München konnte der RCDS seinen Stimmenanteil wesentlich vergrößern; mit 17 Sitzen ist er die stärkste Fraktion. Der MSB SPARTAKUS konnte insgesamt seinen Stimmenanteil vergrößern, errang jedoch keinen Sitz. Verteilung der Sitze:

RCDS	17
Rote Zellen (AK-Fraktion)	11
ML	5
SHB	6
Gast	2
GEW	6
IGK	4
Rechtsunabhängige	9
Linksunabhängige	4

## Bielefeld

In der Woche vom 29.11. bis 3.12. 1971 hat an der Fachhochschule Bielefeld die Urabstimmung für die Satzung der Studentenschaft stattgefunden. Das Ergebnis ist eine klare Absage an die Pläne des westdeutschen Monopolkapitals, die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen. An der Urabstimmung beteiligten sich 1986 Studenten, das sind 72,37 %. Von den abgegebenen Stimmen sprachen sich 77,4 Prozent für die Satzung aus, das ist gleichzeitig die absolute Mehrheit der gesamten Studentenschaft nämlich 55,9 %. Nur 13,85 % der abgegebenen Stimmen waren gegen die Satzung bei 8,6 % Enthaltungen.

Das höchste Abstimmungsergebnis gab es im Fachbereich I (Design). Hier lag die Abstimmungsbeteiligung bei 84,5 %, wovon sich 95,6 % für die Satzung aussprachen, bei 0,4 % Gegenstimmen und 3,6 % Enthaltungen.

Dieser Erfolg ist gleichzeitig ein Erfolg des MSB SPARTAKUS, denn es waren Spartakisten die maßgeblich am Zustandekommen der Satzung beteiligt waren.

## Spartakisten solidarisch mit streikenden Metallern

### Mannheim

Auf Initiative der Spartakisten beschloß der Studentenrat der Höheren

Fachschule (Fachhochschule) für Sozialberufe Mannheim einstimmig eine Solidaritätserklärung an die streikenden Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden.

Vertreter der Studentenschaft überbrachten die Solidaritätserklärung den Streikleitungen der einzelnen Betriebe in Mannheim.

Im Streiklokal der Motorenwerke Mannheim verlas ein Vertreter der Studentenschaft, der gleichzeitig Mitglied des MSB SPARTAKUS ist, die Solidaritätserklärung vor den anwesenden Metallarbeitern (siehe Bild).



Mit den Arbeitern solidarisierten sich auch Studenten der Höheren Fachschule Mannheim – hier bei den Motorenwerken.

Weitere Solidaritätsadressen gingen den Streikenden vom ASTA der Universitäten Bonn und Karlsruhe zu.

75 Karlsruhe  
Ettlinger Straße 3 a  
30. 11. 1971

## Industrie-Gewerkschaft Metall Für die Bundesrepublik Deutschland Verwaltungsstelle Karlsruhe

### Allgemeiner Studentenausschuß ASTA

7500 Karlsruhe 1  
Adenauer Ring 7

Die Streikleitung der Ortsverwaltung Karlsruhe nahm die Solidaritätsbeweise von über 350 Professoren, Studenten und Arbeiter der Universität Karlsruhe mit Freude zur Kenntnis.

Es wird immer klarer, daß Studenten und Arbeiter in vielen Bereichen für das gleiche Ziel kämpfen.

Mitbestimmung und demokratische Kontrolle in Forschung, Ausbildung und Personalfragen, Mitbestimmung im Betrieb und Universität sind unabdingbare Bestandteile eines sozialen Rechtsstaates. Die ausgesperrten und streikenden Arbeitnehmer der Verwaltungsstelle Karlsruhe wünschen den Studenten viel Erfolg in ihrem Kampf um mehr Rechte an der Universität und gegen die Zementierung des Bildungsnotstandes.

Für die am 1. 12. 1971 stattfindende Demonstration übermitteln wir unsere volle Solidarität.

Industriegewerkschaft Metall  
für die Bundesrepublik Deutschland  
Ortsverwaltung Karlsruhe  
Walter Pfirrmann

## Bielefeld

GEW, SHB, SAO und MSB SPARTAKUS sowie die Studentenvertretung der Universität Bielefeld führten am 25. 11. 71 eine Informations- und Solidaritätsveranstaltung zu den Arbeitskämpfen in der Metallindustrie durch. Vertreter der IG Metall sprachen zu ca. 150 Studenten, Assistenten, Professoren, und erläuterten die Forderungen der Gewerkschaft in diesem Tarifkampf. Gewerkschaftsvertreter und Studenten sprachen sich u. a. für eine engere Zusammenarbeit von Studenten und Arbeitern aus. Die Versammelten verabschiedeten einstimmig eine Solidaritätsadresse, die den streikenden Kollegen übermittelt wurde.

## Frankfurt

Seit Semesterbeginn studieren an der FHS Frankfurt, wie bereits berichtet, 35 Kommilitonen ohne formelle Zulassung zum Studium. Das Verwaltungsgericht hat die Klage auf Zulassung abgelehnt. Die Dozenten des Fachbereichs, die sich zum Teil mit den Kommilitonen solidarisierten, erhielten vom Kultusministerium einen Drohbrief.

Um die Forderung nach sofortiger Zulassung der 35 Nachdruck zu verleihen, ist die Studentenschaft des Fachbereichs Sozialarbeit in der Zeit vom 13.-15. Dezember in einen dreitägigen Warnstreik getreten. Sie will mit dieser Maßnahme die Aufmerksamkeit breiter Teile der Öffentlichkeit auf die unzureichende soziale Versorgung und die Ausbildungsmisere der Sozialarbeiter lenken.

Der Streik fand bei der Presse, Rundfunk und Fernsehen große Resonanz.

Dennoch ist der Kampf gegen den Numerus Clausus, der am Fachbereich Sozialarbeit bereits eine 3semestrige Tradition hat, noch nicht für die Studenten entschieden. Das Kultusministerium weigert sich nach wie vor, den 35 Komm. einen Studienplatz zu bewilligen, obwohl allein in Hessen über Tausend Sozialarbeiter fehlen.

## Heidelberg

Ca. 1000 auf einem Teach-In versammelte Studenten verabschiedeten eine von der DKP-Hochschulgruppe eingebrachte Resolution, die die Solidarität der Studenten mit den zum Streik für eine 11%ige Lohn erhöhung entschlossenen Metallern beinhaltete. Gleichzeitig verpflichteten sich die Studenten, ihre praktische Solidarität im Falle des Streikes in einer Spendensammlung zum Ausdruck zu bringen.

Demgemäß leiteten SPARTAKUS u. DKP-Hochschulgruppe sofort bei Streikbeginn die Spendensammlung ein. So konnte der Vorsitzende des MSB auf einer Großkundgebung der IG-Metall am 25. 11. an nähernd 3000 streikenden Metallern 206,- DM überreichen.

# Bücher

Wir beginnen in diesem Heft mit der Veröffentlichung von Vorschlägen zur Lektüre demokratischer und sozialistischer Schriftsteller in unsystematischer Reihenfolge. Ein Teil der aufgeföhrten Titel ist in westdeutschen Verlagen (auch als Taschenbuch) erschienen; ein Teil ist ausschließlich in Verlagen der DDR publiziert. Diese Bücher sind erhältlich über den **Brücken Verlag GmbH, 4 Düsseldorf, Postfach 1928** und über die **Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH (WLVG), 235 Neumünster, Postfach 470**. Sie können auch über fortschrittliche Buchhandlungen bestellt werden, soweit diese selbst sie nicht vorrätig haben.

- Anna Seghers**  
„Das siebente Kreuz“  
„Die Toten bleiben jung“  
„Der Aufstand der Fischer von St. Barbara“  
„Die Entscheidung“  
„Das Vertrauen“  
(z.T. in BRD-Verlag; Luchterhand)
- Alfred Döblin**  
„Berlin Alexanderplatz“  
(BRD-Verlag)
- Bert Brecht**  
„Flüchtlingsgespräche“  
(BRD-Verlag; Suhrkamp)
- Hermann Kant**  
„Die Aula“  
(BRD-Verlag)
- Dieter Noll**  
„Die Abenteuer des Werner Holt“  
(BRD-Verlag)
- Michail Scholochow**  
„Der stille Don“  
„Neuland unterm Pflug“  
(BRD-Verlag)
- Willi Bredel**  
„Die Väter“  
„Die Söhne“  
(DDR-Verlag; Aufbau)
- Arnold Zweig**  
„Erziehung vor Verdun“  
„Der Streit um den Sergeanten Grischka“  
(BRD-Verlag)
- Heinrich Mann**  
„Die Jugend des Königs Henri Quatre“  
„Die Vollendung des Königs Henri Quatre“  
„Der Untertan“  
(BRD-Verlag)
- Maxim Gorki**  
„Meine Universitäten“  
„Meine Kindheit“  
„Die Mutter“  
(z.T. in BRD-Verlag)
- Erwin Strittmatter**  
„Ole Bienkopp“  
„Der Wundertäter“  
(BRD-Verlag)
- Erik Neutsch**  
„Spur der Steine“  
(DDR-Verlag)

- Nikolai Ostrowski**  
„Wie der Stahl gehärtet wurde“  
(DDR-Verlag)
- Konstantin Simonow**  
„Man wird nicht als Soldat geboren“  
„Die Lebenden und die Toten“  
„Tage und Nächte“  
(BRD-Verlag)
- Günther Wallraff**  
„Industriereportagen“  
(BRD-Verlag; Rowohlt-Taschenbuch)
- Ilja Ehrenburg**  
„Julio Jurenito“  
„Lasik Roitschwantz“  
(BRD-Verlag)
- Bruno Apitz**  
„Nackt unter Wölfen“  
(DDR-Verlag; Mitteldeutscher V.)
- Anton Makarenko**  
„Der Weg ins Leben“  
(DDR-Verlag)
- Galina Nikolajewa**  
„Schlacht unterwegs“  
(DDR-Verlag)
- John Reed**  
„Zehn Tage, die die Welt erschütterten“  
(BRD-Verlag; Rowohlt-Taschenbuch)
- Martin Andersen Nexö**  
„Ditte Menschenkind“  
(DDR-Verlag)
- Christa Wolf**  
„Der geteilte Himmel“  
(BRD-Verlag)
- Wassili Fjodorow**  
„Das illegale Gebietskomitee arbeitet“  
(DDR-Verlag)
- Johannes Bobrowski**  
„Levins Mühle“  
„Lituatische Claviere“  
(BRD-Verlag)
- Günter de Bruyn**  
„Buridans Esel“  
(BRD-Verlag)
- (Die Redaktion bittet um weitere Vorschläge.)

E. Weinert

## Bei Dichtes

Neulich war ich bei Dichters eingeladen,  
Da roch es nach Lorbeeren und Gesprächen mit  
Gott.

Es gab lyrische Hammelkarbonaden  
Und hinterher Aphorismenkompott.

Herr Dichter sprach über die letzte Schaffens-epochen  
Und kaute gedankenvoll Petersilie.  
Es kam mir vor wie ein Bild aus der „Woche“:  
Der Dichter im Kreise seiner Familie!

Frau Dichter machte in Seelenergüssen  
Und sprach, als Herr Dichter mal austreten ging,  
Von der Tragik derer, die dichten müssen.  
Worauf sie noch mal mit Kompott anfing.

Nach Tisch kamen noch zwei weitere Genies,  
Beide mit katafalkischen Mienen,  
Aus denen sich unschwer erkennen ließ:  
Es lebte die gleiche Tragik in ihnen,

Herr Dichter schob uns in seine Zelle.  
Da war er eben von einem Drama genesen.  
Wir lagerten uns pittoresk an der Quelle.  
Herr Dichter drang es, was vorzulesen.

Und er las, bis seine Bronchien pfiffen.  
Die lautesten Stellen aus jedem Akt.  
Wir saßen finster und angegriffen,  
Von seiner starken Dynamik zerhakt.

Dann klappte er zu, mit verhangten Pupillen.  
Frau Dichter schmolz über seine Knie.  
Im Dunkeln funkeln hörnerne Brillen,  
Die räusperten was von Kosmosophie.

Hierauf traten die anderen Herren aus dem Schatten,  
Manuskripte wurden heftig gezückt,  
Die sie alle zufällig bei sich hatten,  
Und jeder las nun den eignen Konflikt.

Herr Dichter saß ganz von oben runter,  
Das geschlossene Auge nach innen getunkt.  
Doch die anderen wurden gewaltig munter  
Und deklamierten geballt, ohne Reim und Punkt.

Das eine Genie kriegte tragische Inspiration,  
Die eine Hand am Klavier, die andre am Schlipse.  
Und melodramte lyrisch und kakophon.  
Es war eine schauerliche Apokalypse.

Dann redeten sie mit verstauchten Manschetten;  
Sie wären innerlich völlig Kristall,  
Und wie sie dauernd mit Gott zu ringen hätten,  
Und glühend dahinzuschweifen durchs All.

Ich bin leise weinend davongelaufen.  
Mir hing schon die ganze Seele raus.  
Denn so viel Tragik auf einem Haufen,  
Das hält die beste Gesundheit nicht aus.

(1925)